



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 83

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 83

.....  
vom 16.12.2020

.....  
del 16/12/2020

Präsident  
Vizepräsidentin  
Vizepräsident

Josef Nogger  
Rita Mattei  
Manfred Vallazza

Presidente  
Vicepresidente  
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 83

---

vom 16.12.2020

**Inhaltsverzeichnis**

Landesgesetzentwurf Nr. 65/20: "Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2021" (Fortsetzung). . . . .  
Seite 1

Landesgesetzentwurf Nr. 66/20: "Haushaltsvorschlag der Autonomen Provinz Bozen 2021-2023" (Fortsetzung). . . . .  
Seite 1

Landesgesetzentwurf Nr. 67/20: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2021" (Fortsetzung). . . . .  
Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 83

---

del 16/12/2020

**Indice**

Disegno di legge provinciale n. 65/20: "Legge di stabilità provinciale per l'anno 2021" (continuazione). . . . .  
pag. 1

Disegno di legge provinciale n. 66/20: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano 2021-2023" (continuazione). . . . .  
pag. 1

Disegno di legge provinciale n. 67/20: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità provinciale per l'anno 2021" (continuazione). . . . .  
pag. 1

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler**

**Ore 10.03 Uhr**

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Für den Namensaufruf ersuche ich um die Anmeldung.

*Bestätigung der Anwesenheit über die "Concilium"-Plattform (anstelle des Namensaufrufs) – conferma della presenza sulla piattaforma "Concilium" (invece dell'appello nominale)*

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Punkt 173 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 65/20: "Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2021"* (Fortsetzung).

Punkt 174 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 66/20: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen 2021-2023"* (Fortsetzung).

Punkt 175 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 67/20: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2021"* (Fortsetzung).

Punto 173) all'ordine del giorno: *disegno di legge provinciale n. 65/20: "Legge di stabilità provinciale per l'anno 2021"* (continuazione).

Punto 174) all'ordine del giorno: *disegno di legge provinciale n. 66/20: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano 2021-2023"* (continuazione).

Punto 175) all'ordine del giorno: *disegno di legge provinciale n. 67/20: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità provinciale per l'anno 2021"* (continuazione).

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir bei der letzten Fraktionssprechersitzung die Problematik der Abgabe von Änderungsanträgen oder Änderungsanträgen zu Änderungsanträgen angesprochen haben. Es sollte versucht werden, diese zeitgemäß, also bis zum Ende der Generaldebatte, abzugeben, damit genügend Zeit für die Übersetzung, Einordnung usw. besteht. Sonst sind wir wieder gezwungen, die Sitzung für ein, zwei Stunden zu unterbrechen.

Gemäß Artikel 101 werden die drei Gesetzentwürfe gemeinsam behandelt, wobei die Redezeit insgesamt höchstens eine Stunde beträgt. Ich eröffne die Generaldebatte. Wer möchte das Wort? Frau Abgeordnete Foppa, bitte.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Herr Präsident! Geehrte Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag! Wir haben heuer die Diskussion über den Landeshaushalt mit zwei Gedenkminuten begonnen. Das war sehr ungewöhnlich und sehr angebracht. Die Gedenkminuten galten den über 600 Menschen, die in Südtirol 2020 in Zusammenhang mit dem Coronavirus gestorben sind. In diesen beiden Minuten der Stille haben wir dieses Jahr reflektiert, gespiegelt. Es ist heuer kein Jahr, in dem unsere Haushaltsreden der Anlass für die kleine Kritik sind. Es geht um mehr.

2020 ist das Jahr, in dem nichts mehr ist, wie es war. Wir waren in das Jahr gegangen, mit dem besten Business as usual. Der x-te Rekordhaushalt in Folge versprach ein blühendes Jahr. Aufgerüttelt von den Fridays for Future gab es innige Versprechungen einer verstärkten Aufmerksamkeit gegenüber dem Klimaschutz. Jedes Gesetz sollte auf seine Klimaverträglichkeit geprüft werden. Nachhaltigkeit, seit Jahren Motto

der Haushaltsreden, sollte zum Leitansatz der Landespolitik werden. Die Wintersaison war voll im Gange und man schöpfte aus dem Vollen. Ein paar lästige MahnerInnen nervten zwar mit Wachstumskritik und radikalen Umbauabsichten der Gesellschaft, aber das war wie ein Raunzen, an das man sich längst gewöhnt hatte. Dann kam Corona, und wie es im Theater das "Freeze" gibt, so gab es auch bei uns das Große Einfrieren. Mir kam damals das Bild der Eiswürfel. Jede und jeder von uns war in seinem Kästchen eingefroren. Und da war es plötzlich fundamental, wie dieses Kästchen war. Soziale Unterschiede, im Leben vor Corona zum Teil noch aufgefangen durch Mobilität und Geselligkeit, erhielten eine absolute Dimension. Hatte man einen Balkon oder gar einen Garten, dann gab es Möglichkeit zum Frischluftschnappen, sonst nicht. Hatte man kleine Kinder, war man plötzlich im Hauptberuf Pädagogin und den eigentlichen Hauptberuf führte man irgendwie weiter. Wohnte man in Bozen, Meran oder Leifers, wurde einem der Auslauf limitiert, wohnte man am Wald, drohten Strafen vom Förster. War man im öffentlichen Dienst, hatte man zumindest ein sicheres Gehalt, war man freiberuflich oder – schlimmer - eine Künstlerin – ja, wie tat man da? Hatte man einen Betrieb, dann war es gut möglich, dass man, auch wenn man solide aufgestellt war, um die Existenz bangen musste, immer noch muss. War man in einem systemrelevanten Beruf, wusste man nicht mehr, wo einer der Kopf stand. War man zum Stillstand verdonnert, musste man sich mit nie enden wollenden Tagen zurechtfinden. Es gab auch Menschen, denen die Auszeit gutgetan hat. Für sie war es ein langes Luftholen in einem Alltag, der sie sonst ausbeutet und auspresst wie Zitronen. Es gibt Menschen, die den zweiten Lockdown schlimmer empfinden als den ersten, die sich jetzt unter der Schwere der Dauervideokonferenz oder der Einsamkeit erdrückt fühlen.

Die Wahllosigkeit von Corona macht so ratlos. Persönlich empfinde ich eine Art Zärtlichkeit, wenn ich Szenen des Ersten Lockdown sehe, nicht die schrecklichen Szenen von Tod und Qual, sondern jene der Menschen, die sich trösteten und halfen und erfinderisch wurden, um geistig und psychisch (aber auch physisch, denken wir an die Bilder der Turnübungen auf den Dächern und Balkonen) zu überleben. Die Absonderung voneinander macht unser Gesellschaftsgefüge spröde. Es gibt es Sprünge. Brüche sind aufgegangen. Wir wissen, dass Bruchlinien immer entstehen, wo es Verwerfungen gibt, die nur darauf warten, aufzubrechen. Heuer ist klar geworden, dass unser Südtiroler Gefüge voller Oberflächenkitt ist. Denn 2020 sind die notdürftig gekitteten Stellen in voller Wucht aufgebrochen: Deutsche verstanden die ItalienerInnen plötzlich überhaupt nicht mehr. Stadt und Land hatten völlig andere Bedürfnisse und aufgrund derer entwickelten sich entgegengesetzte Haltungen im Hinblick etwa auf Freiheit und Disziplin. Die Alltage von Männern und Frauen drifteten auseinander und der Rückfall in alte Rollenbilder war immediat. Wer sozial besser gestellt war, konnte sozial Schwache ausblenden. Man lief sich ja auch nicht mehr über den Weg. Neid, Zorn, Frustration machten sich breit.

Die Kluft zwischen Politik und Bevölkerung riss total auf. „Die da "oben“ wurden zur Projektionsfläche für jeglichen Ärger. Der Landeshauptmann spricht von einer gereizten Stimmung". Das ist sehr gnädig formuliert. Es handelt sich um die größte Polarisierung, die Südtirol seit 1939 erlebt haben dürfte. Die Risse gehen quer durch die Familien und Freundschaften. Kommt Euch diese Formulierung bekannt vor? Es gibt einen permanenten Zwang zum Bekenntnis. Ist man für die Maßnahmen oder dagegen, für die Freiheitseinschränkungen oder dagegen, für die Schigebiete oder dagegen, für die orange Zone oder dagegen, für die Weihnachtsfeier oder dagegen? Irgendwann war man sogar "für Corona" oder dagegen, Eine absurde Fragestellung, die wir aber vermutlich alle nicht nur einmal beantworten mussten.

Erklärbar ist diese Polarisierung mehrfach: Erstens kollidieren in der Coronakrise zwei Grundrechte: das Recht auf Freiheit und das Recht auf Gesundheit. Je nachdem, was man im Moment mehr braucht - ich sehe das sehr existenziell und konkret, und sage daher nicht: je nachdem was einem wichtiger ist -, steht man auf der einen Seite oder auf der anderen. Wer vulnerabler ist, wird eher auf die Maßnahmen pochen, die sie oder ihn schützen. Wer sich sicherer fühlt, kämpft wahrscheinlich eher für die Freiheit. Kulturelle Prägungen tragen ebenfalls zur Polarisierung bei. Es gab und gibt auch Changierende, je nach Kontext, und es gibt Abdriftende. Die "Freiheitsfraktion" ist gefährdet, den Verschwörungstheorien anheim zu fallen. Bitte nennen wir sie nicht Verschwörungstheoretiker, denn sie sind schlicht keine Theoretiker! Die "Gesundheitsfraktion" ihrerseits ist in extremis einer Neigung zu Kontrolle und Denunziation ausgesetzt. Beide Richtungen sind in ihrer radikalisierten Version autoritär, und darin liegt auch die große Gefahr dieser Polarisierung. Denken wir daran, dass vor den großen Faschismen des 20. Jahrhunderts nicht nur der Erste Weltkrieg gewesen war, sondern auch die gigantische Welle der Spanischen Grippe. Hier sehe ich die Notwendigkeit des starken Parlamentarismus, und ich glaube, das eint uns über die Parteigrenzen hinweg. So viel gesundes politisches und demokratisches Gespür haben in diesem Haus alle Abgeordnete - Enzian vielleicht ausgenommen -, als dass wir uns nicht alle zusammen klar von diesen Radikalisierungen abgrenzen würden. In diesem Jahr habe ich das sehr geschätzt.

Der zweite Grund für diese Polarisierung liegt in der erzwungenen Trennung zwischen den Menschen. E qui voglio tornare al minuto di silenzio con cui ho iniziato questo discorso. Il primo minuto di silenzio lo abbiamo dedicato alla forse più conosciuta vittima del Covid, a Lidia Menapace. Conoscevo Lidia, ma non tanto da vicino. Ci incontravamo alle manifestazioni, dove a volte marciavamo accanto, e alle conferenze sulle donne, dove a volte dialogavamo insieme. Lidia era per noi femministe un grandissimo punto di riferimento. Sono stata al suo funerale. È stato il più triste funerale a cui io abbia mai assistito. Non perché eravamo meno in lutto di altre volte. Ma perché sentivo che si erano spezzati tutti i fili tra noi. Lo racconto in italiano in onore di Lidia che avrebbe credo compreso questo discorso. Si sono spezzati i fili, die Fäden sind gerissen. Auch unter uns Frauen, die wir uns normalerweise auf einem Gewebe bewegen, das uns hält und an dem wir gemeinsam weben. Wir haben es auch hier im Landtag erlebt. Die Einsamkeit der Menschen hat den Diskurs verändert, auch den politischen Diskurs. Negli spazi tra la mia opinione e la tua ci sono le sfumature e parlando, scambiandoci, discutendo, litigando, le scopriamo e le condividiamo. Se questo spazio in mezzo è annientato, ognuno resta con la sua opinione e quindi è più probabile che ci si trovi in una posizione estrema piuttosto che in mezzo. Die Mitte entsteht meistens aus der Begegnung. Parlamentarismus ist diese Begegnung. In aller archaischen Dimension ist der gute alte Parlamentarismus bedeutsamer denn je. Ich bin gerade in diesen Monaten zur glühenden Parlamentaristin geworden. Sono in totale disaccordo su questo con il M5\* che pensa che la democrazia fatta da videoconferenze e votazioni a botte di clic sia un passo avanti. Invece proprio quest'anno io sento di dover difendere il parlamentarismo in cui ci si deve guardare in faccia, in cui senti le parole non solo attraverso l'orecchio, in cui ti incontri, e a volte a metà strada.

Indessen hat sich heuer die Debatte im Landtag genau wie die gesellschaftliche Debatte polarisiert, verkantet und verhärtet. Noch nie waren wir weiter voneinander entfernt. Vielleicht haben wir auch das Verständnis füreinander verloren. Nichts ist mehr, wie es war, auch hier in unserem Landesparlament nicht. Der Landeshauptmann hat seine Rede in einem fast leeren Saal gehalten. Noch nie war er so allein wie heuer. Die Einsamkeit an der Spitze spiegelt die Einsamkeit der Menschen.

Vorrei citare su questo un passaggio di uno splendido saggio che sto leggendo in questo periodo, di Chiara Valerio, "La matematica è politica": Dice, la Valerio: "*Ovviamente la matematica non procede per voto o alzata di mano, ma per ipotesi e verifiche. Se i nostri politici avessero studiato matematica, e se studiandola l'avessero capita, si comporterebbero diversamente rispetto alle cariche dello Stato che ricoprono perché non agirebbero come singoli, ma come funzioni di un sistema più ampio del loro ego, e soprattutto non si preoccuperebbero delle cose, ma delle relazioni tra le cose [...], sarebbero consci di quanto l'abuso di posizione e di occasione indebolisca altre posizioni del medesimo sistema democratico.*" Diese Worte geben zu denken. Wären sie anerkannt, dann würden vielleicht einige der wilden Machtkämpfe, die in der politischen Mehrheit toben, aufgegeben, weil auch die Herren der Landesregierung merken würden, wie sehr sich die ganze Achse schwächt, und in diesem Jahr auch gleich das ganze gesellschaftliche Gefüge mit.

2020 ist das Jahr der Krise. In diesen Wochen zu Jahresende wird darüber viel gesagt und geschrieben. Es ist die größte Krise der Nachkriegszeit. Die wirtschaftlichen Dimensionen sind noch gar nicht in Zahlen zu fassen. Die Daten zur Arbeitslosigkeit indessen werfen immense Schatten voraus. Die Daten zur psychischen Belastung, zu Trauer, Gewalt, Stress, zu Zukunftsangst werden schnell ihre Abstraktheit verlieren und als konkrete Folgen in der unmittelbaren Umgebung von uns allen spürbar sein. In unserer westlichen Erfolgskultur gilt Krise als Problem. Wer möchte schon in einer Regierungskrise, Ehekrise, Sinnkrise, Wirtschaftskrise stecken? Oft gilt während dieser Zeit, dass man nur warten muss, bis sie vorbei ist, dann wird schon wieder "Normalität" einkehren. Das Abwarten, also das Totstellen, ist eine der drei menscheitsgeschichtlich gefestigten Reaktionsmuster auf Krisensituationen. Die beiden anderen sind Angriff und Flucht, wobei wir derzeit alle drei Formen erleben. Kollektive Krisen schaffen Ohnmacht.

Derzeit wird Krise normalerweise behandelt wie eine Krankheit. Auch Krankheit ist per se Krise. Sie wird separat behandelt, wie ein fehlgelaufener Mechanismus, der wieder in Gang, in den Rhythmus gebracht werden muss. Dabei hat Krise eine andere Bedeutung. So wie wir nach einer Krankheit nicht mehr dieselben sind, so wird auch die Welt nach dieser Krise nicht dieselbe sein. Nach der Krise ist etwas anders. Damit dies nicht Bruch und Chaos ist, muss die Art der Krise erkannt werden. Wenn nicht die Gesamtströmung angegangen wird, sondern nur stabilisierende Maßnahmen gesetzt werden, dann ist Krise zerstörend. In diesem Sinne vermisste ich ganz radikal etwas in der Rede des Landeshauptmanns zum Haushalt 2021: Das radikale Reformprogramm nach der Krise durch Covid-19. Non poca roba.

Ich habe heuer nicht vermisst, dass in der Haushaltsrede einzelne Punkte nicht angesprochen wurden. Es ist nicht das Jahr, in dem wir über die Zukunft des Postdienstes oder die Zusammenlegung von Tourismus-

verbänden diskutieren müssen. Es ist das Jahr, in dem es zu erkennen gilt, wo die Brüche verlaufen und wie man das Auseinanderbrechen der Gesellschaft verhindern kann. Vielleicht. In der Analyse können wir davon ausgehen, was uns Covid gelehrt hat.

2020 war das Jahr der Verletzlichkeit, der Verwundbarkeit, der Infragestellung alles bisher Gewohnten. Wir haben gemerkt, dass nichts, kein Managementkonzept, kein Wirtschaftsprogramm, kein Business-Plan einem Virus standhält, das sich dank Globalisierung aufmacht, um die Welt zu erobern. Wie schnell ist doch alles zusammengebrochen, leider nachhaltig zusammengebrochen. 20 bis 30 Prozent der Betriebe könnten in Italien gar nicht mehr aufmachen.

Wir haben gemerkt, dass unsere überdrehte Mobilität zur Verbreitung des Virus beigetragen hat und was es für Luft und Natur bedeutet, wenn der Verkehr ausbleibt. Wir haben gemerkt, dass das Tabuisieren und Ghettoisieren von Alter und Tod dazu geführt hat, dass das Virus die Verletzlichsten am massivsten getroffen hat - die alten Leute - und wie wichtig plötzlich jene sind, die überbeschäftigt und unterbezahlt in der Pflege und Betreuung arbeiten. Wir haben gemerkt, wie die Einsparprogramme der letzten Jahre das Gesundheitssystem beeinträchtigt haben und wie froh wir um die peripheren Krankenhäuser waren, die man bis vor kurzem noch der Rationalisierung opfern wollte.

2020 war auch das Jahr der Erschöpfung. Erschöpft waren viele schon vor Covid. Heuer hat sich die Anspannung und Belastung um ein Vielfaches gesteigert. Die Familien, insbesondere die Frauen, haben sich in diesem Jahr als Airbag der Gesellschaft bewähren müssen. Sie haben abgefedert und abgefangen und alle vor schlimmen Blessuren bewahrt. Aber Achtung! Ein Airbag ist erstens gefährlich und zweitens hat er die Eigenschaft, dass er nur einmal aufgehen kann. Daher muss die Erschöpfung der Frauen, der Arbeitenden, der Familien ernst genommen werden. Das gilt auch für die Jugendlichen im Fernunterricht. Ich habe letzte Woche eine Klasse virtuell durch den Landtag führen dürfen und als ich die Frage stellte "E voi, come state?", ist mir der resignierte, müde, frustrierte Tonfall der Antwort der OberschülerInnen in den Ohren geblieben. Die Antwort war: "Male". Von Verletzlichkeit und Erschöpfung ausgehen, das wäre schon einmal ein radikaler Perspektivenwechsel.

Ein Landeshaushalt der Nachhaltigkeit und des Zusammenhalts, wie vom Landeshauptmann beschworen, muss von denen ausgehen, die an der schwächsten Stelle stehen. Das war heuer nicht ganz so. Die längste Zeit wurde den Stärksten und Lautesten im Land nachgegeben. Die rabiante Auflehnung mancher Verbände in den letzten Wochen zeigte, wie wenig man es gewohnt war, sich einzuordnen, sich in die größere Aufgabe des allgemeinen Gesundheitsschutzes unterzuordnen. Auf dem Diktat der Verbände hatte sich denn auch der #Sonderweg Südtirol - es war übrigens auch das Jahr der Hashtag-Gesetze - gestützt. Die Autonomie unseres Landes wurde bemüht, vielleicht missbraucht - wir haben gewarnt -, um eine Woche früher zu öffnen. Ob man das heute noch so machen würde, ist fraglich. Das gute alte Südtiroler Sprichwort „Alles Schlechte kommt aus Rom“ hatte immer auch Bequemlichkeiten geschaffen. Das weiß der Bildungslandesrat sehr gut, der in letzter Zeit diesen Durnwalderschen Ansatz mit großem Erfolg aufgegriffen hat. Ganz sicher hätte auch der Landeshauptmann lieber auf dem berühmten bitteren Schild zur Ladenschließung gelesen „Wegen Conte geschlossen“. Selbstverwaltung ist zweischneidig, vor allem, wenn ein Virus dazwischenkommt, das sich eigenwillig über die Grenzen hinwegbewegt und zwischen Autonomie und Normalregion keinen Unterschied macht. Was wir daraus lernen können, ist vor allem aber, dass es die Zusammenhänge zwischen Zentralverwaltung und Lokalverwaltung immer wieder neu zu diskutieren gilt und dass Autonomie immer im Binom mit Demokratie gesehen werden muss. Nach oben zum Zentralstaat hin und nach unten. Und hier, Herr Landeshauptmann, muss ich kurz verweilen. Ich hatte heuer vorgehabt, nachdenklich und nachsichtig zu sein und auch zu würdigen, was er leistet. Er hatte es gewiss nicht leicht und ich habe ihn nie beneidet.

Es war ein sehr schwieriges Jahr für die Demokratie, für alle Parlamente. Die Exekutive musste schnelle und oft unbeliebte Entscheidungen treffen, manchmal wurden sie auch erst im Nachhinein von der Legislative ratifiziert oder diskutiert. Wir haben viel darüber gesprochen in diesem Jahr. Es ist der Eindruck, dass diese 16. Legislatur gar nicht mehr auf die Beine kommt. Durch das Stolpern von einer Notlage in die nächste dehnt sich die Zeit. Dieses Jahr kann man wie zwei Jahre rechnen. Wir alle sind zwei Jahre älter geworden. Einigen von uns sieht man es auch an. Es gab Höhen und Tiefen. Der Hickhack um den Untersuchungsausschuss zu den Schutzausrüstungen war für den Landeshauptmann kein Ruhmesblatt. Die Informationsschleife mit dem Landtag, die sich während der zweiten Welle eingebürgert hat, ist in Ordnung. Hier könnte man ansetzen, um die Demokratie, die demokratischen Abläufe, zu verbessern, auch hier ausgehend von den Schwächsten. In einer Demokratie ist das die Bürgerin und der Bürger.

Und jetzt fehlen mir leider meine Gegenüber – der Landeshauptmann und der Landtagspräsident -, denen ich ein bisschen die Leviten lesen müsste. Was Sie für das nächste Jahr vorhaben, Herren Landeshauptmann und Landtagspräsident, ist - ich kann es nicht anders sagen - eine Sauerei. Ich spreche vom Landesgesetzentwurf Noggler zur Direkten Demokratie, das die Abschaffung des bestätigenden Referendums, die Aushöhlung des Bürgerrates, die Aussiedelung des Büros für politische Bildung vom Landtag an die Eurac - vielleicht an das Büro für Autonomy Experience, also ans Autonomiemarketing? - und den Ausbau des politischen Einflusses beinhaltet. Wir sehen also, dass das Gesetz in Bezug auf die Raumordnung nicht das einzige Gesetz bleiben soll, das man noch nicht mal zur Anwendung kommen lässt, bevor man beginnt, es zu ändern und zu verschlechtern. Nun soll das Gesetz für Direkte Demokratie dasselbe Schicksal ereilen. Liegt es vielleicht daran, dass beide Gesetze mit Einbindung der BürgerInnen entstanden sind? Offensichtlich ist das eine ganz schlechte Voraussetzung für die Haltbarkeit der Gesetze in unserem Land. Sepp Noggler und Arno Kompatscher, was Sie hier vorhaben, ist ein Hohn für alle jene, die sich für mehr Beteiligung eingesetzt und ihre Gedanken eingebracht haben, die zu den Veranstaltungen gekommen sind, die gestritten haben, um zu einem Kompromiss zu gelangen. Ich spreche wohlgerne von den Bürgerinnen und Bürgern, die dieses Gesetz mitgeschrieben haben und die Sie jetzt regelrecht verschaukeln. Ohne Grund noch dazu! Es hat bis dato keine einzige schlechte Erfahrung mit einem bestätigenden Referendum gegeben. Noch kein einziger Bürgerrat hat stattgefunden. Das Büro für politische Bildung hat noch keinen Bleistift gebraucht. Was für ein schlechtes Zeichen, Landeshauptmann und Sancho Landtagspräsident Pansa. Sie werden nie mehr als Verfechter von Partizipation zu gelten haben. Das war einmal!

Angesichts dieses Sündenfalls sind auch die Nachhaltigkeitsbeteuerungen in Ihren Haushaltsreden leere Worte. Nachhaltigkeit ohne Beteiligung ist nicht. Wie wollen Sie die Nachhaltigkeit vorantreiben, wenn Sie die Beteiligung zurückschrauben? Am Prozess erkennt man immer, ob der Inhalt ehrlich ist oder nicht. Und an den demokratischen Prozessen kann man die Ehrlichkeit der politischen Führung verifizieren.

Die Reform nach dem Krisenjahr 2020 müsste eine radikale Reform sein. Mein Vorschlag für den passenden Hashtag: #brauchenwirdaswirklich? Die Grundfrage der Nachhaltigkeit ist die Verifizierung dessen, was wirklich wichtig und notwendig ist. Wir können gern auf den Kinderlandtag hören, da war es in der Klarheit der Jugend deutlich formuliert. Die Forderungen der jungen Leute waren nicht: Ausbeutung, Recht des Stärkeren -mit Betonung auf "des" -, Interessensvorzug, Raubbau, Trennung der Sprachgruppen, Ausgrenzung, Kommando. Vielmehr wünschte man sich: Gesundheit, Wohlbefinden, Gemeinschaft, Auskommen, Schutz der Umwelt, Gerechtigkeit. Auf dieser Grundlage dürfte es gar nicht einmal so schwer sein, die Agenda 2021 festzulegen und die wichtigsten Gesetzesvorhaben umzusetzen. Die Wohnbaureform - sie kommt ja auch heuer wieder nächstes Jahr - nach Maß der Menschen, der Generationen, der Umweltverträglichkeit. Der Sozialplan, ausgehend von Mitsprache und Schutz der Verletzlichkeit. Die Klimaagenda, mit einer ehrlichen Debatte über Energie, Demokratie und Verantwortung. Die Landwirtschafts- und Verbraucherwende im Zeichen von Klimaschutz und Biodiversität. Die Enthierarchisierung und Horizontalisierung des Gesundheitswesens mit Schwerpunkt von Prävention und Territorium. Eine neue Würdigung der Arbeit. Die Verantwortungsübernahme für das Gemeinwohl seitens aller - mit dem Lob an die Steuermoral im Lande wäre ich vorsichtig, wenn das Ausmaß der nicht gezahlten Steuern 1/5 des Landeshaushalts ausmacht -. Die Gleichstellungsreform, Thema, in dem jeder einzelne Schritt ein unendlicher Kampf ist. Und, nein, Herr Landesrat für Chancengleichheit, das Bügeln ist sehr wohl ein Maßstab für Geschlechtergerechtigkeit! Auch an den Hemden werdet ihr sie erkennen! Und, ja, das Problem ist weitreichender und geht von der Gehalts- und Rentenschere über die Vertretung in den Gremien bis zum elementarsten Grundrecht des Schutzes vor Gewalt. Was gibt es hier noch alles an Kultur- und Vereinbarkeitsarbeit zu leisten!

Zusammenhalt und Vertrauen waren die Schlüsselworte, die der Landeshauptmann, Chef der Regierung SVP/Lega Salvini für das Jahr 2021 ausgegeben hat. Gute Worte, wenn sie mit Leben gefüllt und nicht von den Prozessen selbst schon an der Wurzel widerlegt werden. Ich würde daher noch ein Schlüsselwort dazu fügen, nämlich Ehrlichkeit. Das würde uns auch in der Kommunikation nach außen nicht schaden. Vor allem aber würden wir unserem Selbstbild gerechter werden. Wir können damit beginnen, ehrliche Worte zu verwenden.

Wir sind ein Land, in dem es sich zu leben lohnt. Wir müssen uns aber nicht dazu erheben, alljährlich der "lebenswerteste Lebensraum in Europa" zu werden. Das ist eine Floskel, die gar nichts bedeutet und uns nur stresst. Woran wollen wir unsere Lebenswertigkeit messen? Am BIP pro Kopf, an der Suizidrate, an den Scheidungen, an den Quadratmetern Wohnraum pro Familie? Ist das Trentino lebenswerter als Südtirol, Meck-

lenburg- Vorpommern lebenswerter als Andalusien? Schauen wir, dass das Leben im Lande ganz simpel und einfach lebenswert ist. Das ist schon viel genug; das ist alles was wir für unser Land tun können.

Dass wir aufhören uns so zu überschätzen, könnte ein Effekt von Corona sein. Dass wir Demut nicht nur in Antrittsreden üben, sondern im politischen Alltag und, warum nicht, auch im Marketing. Ehrlichkeit, Wahrheit. Zeigen wir uns auch in unserer Verwundbarkeit. Dann wird auch das Vertrauen wachsen. Forse così qualche filo si riallaccia. Gute Arbeit für 2021 e una buona vita a tutte e a tutti.

### **Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: Rita Mattei**

**PRESIDENTE:** Grazie, consigliera Foppa. Do la parola al consigliere Dello Sbarba.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Grazie presidente! Care colleghe e cari colleghi, egregia vicepresidente della Giunta provinciale grazie di essere da sola, ma almeno Lei è qual

Come la collega Foppa anch'io credo che quello che noi facciamo in questo momento per affrontare l'emergenza determina e determinerà come saremo dopo, come usciamo da questa emergenza. In questo senso io ho trovato in un discorso che ho apprezzato – l'ho anche fatto sapere al presidente Kompatscher – però ho trovato un'ambiguità su questo, perché sembra che adesso si tratti di proteggere quello che è da proteggere, sostenere tutto ciò che è da sostenere, questo è chiaro, ma così com'è, e alle sfide del clima, eccetera, ricominceremo a pensare e a lavorare nel momento in cui sarà passata l'emergenza.

No, io credo che il modo in cui noi affrontiamo l'emergenza, le misure che noi prendiamo in questo momento determinino la via d'uscita dalla pandemia. La pandemia, come tutte le crisi radicali, e questa è una crisi radicale, è anche un processo di grande trasformazione, l'Europa e il mondo usciranno trasformati, gli equilibri usciranno trasformati, anche la società uscirà trasformata, le istituzioni usciranno trasformate, quello che stiamo facendo e sperimentando nelle istituzioni in questa fase segnerà anche noi rappresentanti politici, anche dopo. Con quello che facciamo adesso noi stiamo preparando il mondo di dopo e decidiamo se sarà migliore o peggiore, se sarà più equo o più ingiusto, se sarà più democratico o meno democratico e quindi non c'è un primo tempo e un secondo tempo, quello che facciamo in questo tempo decide ciò che sarà il tempo futuro.

Il presidente Kompatscher nella sua relazione ha parlato sostanzialmente di due elementi, ha parlato di necessità di una coesione sociale e quindi di solidarietà e di fiducia nelle istituzioni, che io tradurrei fiducia che la democrazia possa funzionare, che la democrazia possa funzionare anche nell'emergenza, che la democrazia possa essere meglio delle dittature anche nell'emergenza, anche per sconfiggere il virus e Voi lo sapete, c'è qualcuno che pensa che le dittature funzionino bene.

Io credo che questa fiducia e questa coesione i nostri cittadini e le nostre cittadine l'abbiano dimostrata, questo bisogna dirlo e bisogna ringraziarle e ringraziarli per questo, lo abbiamo dimostrato nell'adesione speranzosa al *test* di massa, qui forse qualcuno con questa parola *Befreiungsschlag* ha dato un po' troppe illusioni, però c'è stata un'adesione convinta, io credo che non fosse un'adesione come qualcuno pensava suscitata dalla speranza di uscirne alla svelta, ma fosse proprio il senso di collettività, il senso di partecipare a un'azione collettiva, di poter fare qualcosa.

Guardate che i cittadini e le cittadine sono molto più informati e molto più consapevoli di quanto spesso noi pensiamo, non credo che qualcuno si illudesse che fosse il colpo di liberazione, ma credo che sia stato un grande esercizio democratico, anche di queste 10.000 persone volontarie o delle strutture della Protezione Civile, o delle strutture della Sanità, che l'hanno gestito. È stato un grande momento di partecipazione democratica e io so che questa cosa non si è fermata, perché per esempio noi sappiamo che questi *test* vanno avanti in maniera selezionata, ci sono 20.000 persone al mese richiamate al *test* e queste 20.000 persone devono accettare, perché è tutto volontario, di farsi testare una volta alla settimana, in un mese quindi 4 volte. Bene, io so da persone interne che stanno organizzando questa cosa che sono pochissime le persone chiamate che rifiutano, la maggior parte delle persone aderisce, quindi i cittadini e le cittadine hanno dimostrato fiducia nelle istituzioni e dimostrano solidarietà e coesione in una fase difficilissima, questa seconda ondata mette molto a rischio questi due valori.

Quello che vedo poco, o vedo meno di coesione magari è nella politica e vedo poco, egregia vicepresidente, anche coesione nella Giunta provinciale. Io vedo le fratture semmai sul campo della politica, qualche scarsa solidarietà la vedo nel campo della politica, vedo che c'è qualche libero battitore – sono più liberi battitori, libere battitrici non ne vedo in questo momento – ma vedo qualche libero battitore che fa il giochetto dello



scavalco, fa il giochetto di chi vorrebbe aprire di più, ma c'è l'altro che glielo impedisce, questo c'è a livello nazionale, c'è a livello europeo, ma c'è anche qua e queste sono tutte manovre che guardano – non è un modo di dire – veramente alle prossime elezioni, veramente al prossimo *Landeshauptmann* e non al bene comune e alle esigenze dell'ora che stiamo vivendo e qui io spero e consiglieri a tutti quelli e a tutte quelle che stanno nella Giunta provinciale, che hanno grossissime responsabilità, di ascoltarci almeno tre volte il discorso che Angela Merkel ha fatto davanti al *Bundesrat* anche lei sul bilancio 2021, soprattutto nel momento in cui ha abbandonato i foglietti e verso l'atteggiamento così sprezzante e anche ostentatamente individualistico di chi contestava le misure ha ripetuto che l'illuminismo e la scienza sono alla base della civiltà europea e che solo su questa strada si può affrontare la pandemia e non sulla base di voci o di ostentazioni di individualismo che in questa fase non possono funzionare.

Lei rivendicava la fiducia nella scienza, il presidente Kompatscher in maniera abbastanza simile ha detto “certo, io parto dai dati economici, parto dalla crisi, ma parto innanzitutto dai dati epidemiologici”, sono quelli, non è la volontà o meno di fare i gradassi verso Roma che ci deve guidare, anche perché a volte fare i gradassi, quando fare i gradassi significa aprire prima, può funzionare bene, può essere anche popolare, quando bisogna chiudere prima perché i nostri dati sono peggiori che nel resto del Paese, allora funziona di meno il fare gli autonomi da Roma.

Partire dai dati epidemiologici, partire dalla fiducia che cosa significa fiducia nella scienza? Io credo che significhi anche qui fiducia nella cooperazione scientifica, fiducia in un sistema di procedure trasparenti, verificabili che ci garantiscono la prevalenza dell'interesse collettivo, del bene comune, della tutela della salute comune, anche delle persone più fragili.

Fiducia nella scienza non è fiducia nel singolo *guru*, qui credo che a volte i sistemi di informazione non facciano un buon servizio, non è andarsi a cercare l'ultimo esperto, magari in pensione, che si inventa che il virus è un'invenzione, che in fondo è solo un'influenza e che di influenza tutti gli anni muoiono anche migliaia di persone, no perché è questa frammentazione individualista, è la ricerca dell'individuo che ti conferma le tue prevenzioni che non funziona.

Fiducia nella scienza significa fiducia in procedimenti trasparenti che per esempio garantiscono che i vaccini funzionino, che i dati epidemiologici corrispondano a un quadro vero della situazione, che le valutazioni sui sistemi sanitari siano credibili, quindi che funzioni il sistema collettivo, che funzioni la democrazia, questo è in fondo il punto, che funzioni la democrazia, che funzionino i processi della democrazia e che si possa aver fiducia in chi guida i sistemi, chi guida le istituzioni.

In fondo è la convinzione che di fronte alla pandemia, a mio parere, dovrebbe essersi rafforzata, che non ci si salva da soli. Quei 360.000 che hanno partecipato al *test* di massa, questo ci hanno detto, che sono convinte e convinti che nessuno si salva da solo, mai come adesso e non ci salva neanche la somma degli individualisti, cioè che il collettivo non è la somma delle esigenze individuali, mai come oggi io credo non sia vero il principio dell'economia classica di Adam Smith che diceva che l'egoismo individuale dentro un sistema di mercato produce il bene collettivo, non produce il bene collettivo, produce frammentazione e produce egoismo.

Guardate, molti – anche la collega Foppa prima – giustamente citano l'esperienza precedente della grande pandemia del secolo scorso, cioè la cosiddetta “influenza spagnola”. Ha molte similitudini, se Voi leggete gli studi storici su quell'epidemia, vedete che ci sono cose molto simili, c'erano quelli che dicevano che era inventato, che era finto, che non era vero. Ci fu una scuola di medici in Germania che la chiamò *Pseudo-Grippe* per dire che era un'invenzione, c'era chi scaricava sull'altro le responsabilità e dava dell'untore ad altri Paesi, tanto è vero che la chiamarono “spagnola”, ma prima per esempio in Senegal la chiamavano “l'influenza tedesca” e negli Stati Uniti “l'influenza messicana” e così via e poi si misero d'accordo con spagnola perché era l'unico Paese che non era in guerra e quindi non aveva la censura di guerra e ne parlava. E poi in fondo i sistemi di prevenzione e di lotta a questa pandemia erano quelli delle mascherine, erano quelli dell'igiene personale, erano quelli del non assembrarsi, erano quelli dell'isolamento e della quarantena, questi erano gli ingredienti, noi per fortuna abbiamo anche un po' più di medicinali e dei sistemi pubblici di sanità e avremo, spero presto, un vaccino affidabile. Anche la spagnola ebbe tre ondate, la prima nel giugno-agosto del '18, la seconda nell'ottobre-dicembre del '18 e fu l'ondata veramente mortale, si arriva si stima tra i 50 e i 100 milioni di morti negli studi che si fanno adesso, e poi una terza ondata nel febbraio-maggio del '19. Vedete che si si dovesse ripetere questa cosa, speriamo di poter evitare la terza ondata, ma ormai molti esperti dicono che almeno a livello globale è abbastanza probabile, noi saremmo ai 2/3 della seconda ondata, speriamo all'ultimo terzo della seconda ondata.

Però da quell'esperienza noi dovremmo imparare una cosa, perché che cosa successe? Che trasformazione ci fu in quella pandemia? In quella pandemia il mondo entrò con una sanità che sostanzialmente era in mano da un lato ai medici privati e dall'altro alle istituzioni caritatevoli – e poi ci pensò anche l'esercito, perché c'era anche l'ultima fase della guerra – e dopo la pandemia nacquero i grandi sistemi sanitari pubblici, questo successe dal punto di vista sociale e sanitario, nacquero dall'influenza spagnola i grandi sistemi sanitari pubblici, cioè fu rimesso in discussione il rapporto tra pubblico e privato.

C'era un mondo liberale a quei tempi, dove c'erano grandissime differenze e dove in tanti Paesi c'era il voto per censo, votavano i ricchi, si salvavano i ricchi e si tutelavano la salute i ricchi, e lì fu rimessa in discussione, proprio alla luce della sensazione che nessuno si poteva salvare da solo, la questione del rapporto tra pubblico e privato e ci fu un grandissimo sforzo verso il rafforzamento della sfera pubblica sia nei sistemi democratici con il *new deal*, sia nei sistemi autoritari, tutte e due queste tipologie di sistemi ebbero in comune, con forme completamente diverse, un grande rafforzamento dei sistemi pubblici e nacque lì in quella pandemia la spinta per il sistema sanitario pubblico.

E adesso qui arrivo al punto che volevo toccare: anche adesso la questione che a me pare più importante per definire come noi vogliamo uscire da questa crisi, è proprio quale rapporto tra pubblico e privato, tra sfera privata e sfera pubblica, perché a me pare – questa è la mia tesi che cercherò di dimostrare – che su questo corra il discrimine cioè rapporto pubblico-privato, interesse pubblico e interesse privato, singolo-collettivo, sfera pubblica-sfera privata e che noi siamo entrati e stiamo attraversando questa fase, perché eravamo impostati prima su questo, negli ultimi 7-8 anni, con una prevalenza crescente della dimensione privata su quella pubblica.

Adesso cercherò di articolare questa cosa in tre esempi, la politica del trasporto pubblico locale, la politica della casa e la politica sanitaria, a mio parere su questi tre piani, che cercherò brevemente di spiegare, sono stati fatti passi negli ultimi tempi e sono stati impostati provvedimenti negli ultimi tempi che allargano la dimensione privata e restringono l'impegno della dimensione pubblica e io chiedo alle colleghe e ai colleghi se noi pensiamo di affrontare la crisi in questo modo e pensiamo di poter uscire con un mondo in cui la dimensione privata ha più influenza, più risorse della dimensione pubblica.

Parto dal sistema di trasporto pubblico locale. Noi sappiamo qual era la situazione da cui siamo partiti, che è molto diversa da molte altre situazioni, da quella del vicino Trentino, dove il trasporto pubblico locale è gestito da un operatore interamente pubblico, Trentino Trasporti, società interamente pubblica, che è addirittura proprietaria dell'aeroporto di Mattarello, oltre che delle linee di trasporto pubblico locale.

Noi abbiamo avuto un sistema molto diverso, costruito negli anni, ed era la delega a diversi privati, ma con un privato largamente dominante – la società SAD – di funzioni pubbliche, cioè questo privato ha ricevuto negli anni una serie di funzioni, cioè non solo l'appalto per singole linee di trasporto, ma ha avuto anche la delega di funzioni che dovevano essere eminentemente pubbliche, tipo le biglietterie, il sistema di tariffazione di biglietti, il sistema degli orari, l'informazione all'utenza, la raccolta di informazioni e le statistiche.

Questo è avvenuto anche grazie alla piccola foglia di fico della piccola partecipazione pubblica che la SAD aveva per una certa fase, che ha giustificato la delega di funzioni pubbliche a questa società, poi questa partecipazione pubblica se n'è uscita, la società è interamente privata – era sempre largamente privata – non c'era più neanche la foglia di fico della partecipazione pubblica, ma le funzioni pubbliche a questa società che era privata e che è privata, sono rimaste, tanto è vero che moltissime cittadine e cittadini che io incontro ancora adesso e pensano che la SAD sia una società pubblica e bisogna spiegarglielo che invece è un imprenditore privato come gli altri.

Naturalmente questa posizione si è costituita nel tempo, diciamo che si è costituita quando c'era un'altra Giunta e un altro presidente della Provincia e quando sembrava che i destini del trasporto pubblico locale passassero tutti da Falzes. È chiaro che quando un privato conquista una posizione così di forza, quando qualcuno la vuole mettere in discussione, reagisce aggressivamente.

Noi abbiamo avuto un'audizione come commissione d'inchiesta sul trasporto pubblico con gli esperti della Giunta provinciale, il professor Mantini e la dottoressa Carmeli, cioè quelli che Vi hanno assistito, presidente Deeg, per tutta la fase delle gare e questi esperti, questo consulente e questa consulente ci hanno detto che ovunque quando il gestore uscente si sente mettere in discussione le proprie posizioni, ha reagito aggressivamente, ha reagito con querele, ha denunciato i responsabili del procedimento di gara, ovunque, in tutta Italia, ma ci hanno detto anche che il Sudtirolo aveva una particolarità, che l'aggressività di questo conflitto non aveva pari nel resto d'Italia e questa aggressività ovviamente è direttamente proporzionale alla posizione

di forza acquisita dal soggetto privato negli anni, che gli è stata fatta acquisire, che gli è stato concesso di acquisire negli anni passati.

Ora, per uscire da quello che era successo, dal *rebus* della gara prima indetta, poi annullata, eccetera, noi come Consiglio provinciale abbiamo approvato nel giugno del 2019 una mozione che impegnava la Giunta “ad adottare” – leggo – “per il trasporto pubblico locale un modello *in-house* o un’azienda speciale pensati appositamente per la realtà della nostra provincia”, quindi un modello *in-house* o un’azienda speciale, ovviamente pubblica. Chi ha votato questa mozione aveva in testa un modello ben preciso, almeno io lo avevo in testa, ma anche altri che mi guardano, cioè un modello totalmente pubblico che non esclude la possibilità – ce lo ha detto l’esperta Maria Cristina Carmeli – di subaffidamenti ai privati secondo la legge europea e secondo la nostra legge degli appalti, affidamenti che possono arrivare da un minimo del 10% dei servizi a un massimo del 30% dei servizi.

Questo avevamo in testa, cari colleghi, quando abbiamo votato quasi all’unanimità la mozione sul trasporto pubblico locale basato sul modello *in-house* e questo ci siamo illusi, a questo punto, di aver votato quando abbiamo votato proprio nel luglio del 2019 una modifica della legge, scrivendo che il servizio di trasporto pubblico locale è prevalentemente garantito dalla Provincia autonoma di Bolzano attraverso un modello di gestione pubblica *in-house* o azienda speciale. Questo pensavamo, pensavamo a un modello *in-house* con subaffidamenti fino al 30% ai privati, ma con una regia totalmente pubblica, non solo al momento della gara, ma anche al momento della gestione, del controllo, perché un subaffidamento è una cosa, invece una gara principale è un’altra.

Che cos’è venuto fuori? Che cosa ha deciso la Giunta provinciale? La Giunta provinciale ha deciso che il modello *in-house* coprirà il 45% dei servizi di trasporto pubblico, mentre il 55% dei servizi verrà affidato tramite gara in 10 lotti ai privati, quindi c’è un’area di trasporto pubblico e un’area di trasporto privato vinto con gara, non subappaltato, non subaffidato, ma vinto con gara.

Noi abbiamo chiesto ai Vostri esperti durante l’audizione, alla dottoressa Carmeli – io lo avevo chiesto in una *Anfrage* all’assessore Alfreider, che però non mi ha risposto – se c’era qualche ostacolo giuridico alla realizzazione di un sistema al 100% *in-house* con subaffidamento. L’assessore Alfreider non mi ha risposto, la dottoressa Carmeli, che è la consulente dell’assessore Alfreider e della Giunta, ha risposto che non c’era nessun ostacolo giuridico, tanto è vero, per esempio, che lei sta facendo la consulente in un Comune della provincia di Genova che adotterà il sistema 100% *in-house* pubblico, quindi che non c’era nessun ostacolo giuridico e il professor Mantini, il Vostro consulente, ci ha detto che è una scelta politica, che la Giunta provinciale ha politicamente scelto di dare il 55% del trasporto pubblico ai privati e ci ha anche detto “capisco la delusione,” – lo ha detto a me e al collega Renzler che protestavamo durante l’audizione su questo modello – “capisco che quando nella legge avete approvato ‘prevalente’, almeno il 51% poteva essere pubblico, però quello sta nella decisione politica che ha preso la Giunta provinciale, evidentemente la Giunta provinciale è voluta venire incontro ai privati”, quindi è una scelta politica, noi siamo partiti da un’idea di servizio pubblico e siamo arrivati che il 55% del servizio sarà gestito ancora di privati.

Ma non solo, l’assessore Alfreider è una persona che a volte a mio parere ci dà un po’ di fumo negli occhi, per esempio lui facendo la conferenza stampa, cari colleghi e care colleghe, non so se avete notato, ha dato grandissima enfasi al fatto che questo servizio pubblico, questa rete di servizio pubblico, il 45%, sarebbe stata la ‘rete di trasporto ecosostenibile’, dove noi avremmo visto i miracoli del trasporto ecosostenibile, bus elettrici, bus a idrogeno, però più sottolineava che la parte pubblica avrebbe costituito l’asse fondamentale ecosostenibile, più noi dovevamo capire che invece questa ecosostenibilità non veniva richiesta nella stessa misura alla parte privata, la parte privata avrà delle condizioni diverse, noi useremo la parte pubblica per coprire anche le mancanze della parte privata, magari, per compensare le emissioni della parte privata e la parte privata ci ridurrà gli effetti di lotta al clima.

E perché questo? Anche questo gli esperti ce l’hanno spiegato, qui è un problema di profitti, care colleghe e cari colleghi, garantire un servizio ecosostenibile con le migliori tecnologie costa e se noi pretendiamo che il servizio pubblico locale, privato o pubblico non importa, abbia certi *standard* uguali, questo significa ridurre i margini di profitto di chi fa servizio pubblico come privato.

Questa è la scelta che doveva fare la Giunta provinciale e questa è la scelta che non ha voluto fare, perché primo ha scartato il modello totalmente *in-house* e non c’erano ostacoli giuridici, secondo ha disegnato un sistema in cui la migliore ecosostenibilità è in capo all’asse pubblico e non all’asse privato. Io allora credo che quando il presidente Kompatscher parla di un Sudtirolo verde e resiliente, che raggiunge la neutralità climatica non come l’Europa nel 2050, ma nel 2030, vorrei ricordare che una fonte fondamentale di emissioni

è il trasporto, vorrei ricordare che fino a poco tempo fa, anzi anche adesso, le nostre statistiche sulla quantità di CO<sup>2</sup> messe per abitante le calcoliamo escludendo il trasporto, perché se no i dati sarebbero molto peggiori e quindi io credo che con questo sistema di trasporto, con questa divisione pubblico-privato e con questo spazio così forte ai privati e in queste condizioni sarà più complicato avere un Sudtirolo verde e resiliente.

Secondo esempio – e qui sono contento che ci sia la collega Deeg, perché la riguarda – è il tema della casa. Lei, collega Deeg, ci ha invitato a una prima chiacchierata, un primo scambio di idee, ci ha presentato alcune idee ovviamente molto generali sulla nuova legge sull'edilizia pubblica e La ringraziamo anche perché abbiamo potuto avere un quadro chiaro su cui ho riflettuto a lungo, poi sono andato anche a cercare soprattutto sullo schemino, cioè su come si dividono i terreni tra edilizia pubblica ed edilizia privata, che è un tema molto delicato, ovviamente e che ha le sue radici nella legge urbanistica, nelle normative urbanistiche.

Noi partiamo anche qui da una situazione di fatto e la situazione di fatto è che noi abbiamo alle spalle decenni di politica dell'edilizia agevolata, che è una delle colonne fondamentali del *welfare* provinciale, è anche una delle condizioni essenziali per cui noi non abbiamo molti più poveri e molte più persone in difficoltà di quante ne potremmo avere.

Questa edilizia, questi 13.000 alloggi IPES, ma anche tutto l'incentivo, eccetera, ha salvato tantissima gente dai debiti, ha garantito il diritto alla casa a tantissime persone, quindi è un asse fondamentale del benessere, del ben vivere o del vivere dignitoso nella nostra provincia, quindi è un punto, assessora, delicatissimo della nostra vita materiale e quando siamo arrivati nel 2014 a discutere la legge urbanistica, c'erano due linee nella maggioranza. Una linea diceva "andiamo avanti con la politica pubblica dell'edilizia agevolata, perché solo una politica pubblica, non orientata al profitto, può garantire a tutti almeno la prima casa" – quello era l'obiettivo –, quindi avanti così, naturalmente modernizzando le politiche pubbliche, cercando di capire per esempio come potenziare il mercato degli affitti, come creare un mercato degli affitti a prezzi sostenibili, perché non possiamo pretendere che in provincia di Bolzano tutti diventino proprietari di case, non è una società moderna quella dove il 75% o l'80% delle persone sono proprietari di case, le società più moderne, più dinamiche hanno una parte di affitto, cioè quindi di elasticità, di flessibilità, di mobilità molto più ampia. Quindi c'era l'idea che andasse completata con una nuova politica degli affitti, ma mantenendo i fondamenti della politica dell'edilizia agevolata, soprattutto la famosa suddivisione 60%-40% tra edilizia pubblica convenzionata ed edilizia privata nel momento in cui si va a creare nuove zone.

Questa era una linea, l'altra linea era l'idea che si dovesse considerare conclusa questa politica, che questa politica aveva dato i frutti che aveva dato – e ne aveva dati –, però non era più perseguibile per vari motivi e che bisognasse passare a una politica in cui il mercato, e quindi l'impresa privata, avesse il compito di garantire l'alloggio, garantire la casa alla popolazione sudtirolese.

Queste due linee in quel momento, una diciamo socialdemocratica e una liberale e liberista, si scontravano nella Giunta provinciale e nel momento della legge urbanistica non ebbero una loro soluzione, io mi ricordo quanto anche con i colleghi dell'ala degli *Arbeitnehmer* della SVP ci siamo spaccati la testa, quanto anche con gli esponenti delle cooperative, quante riunioni abbiamo fatto con i sindacati e quanto scoprivamo, spesso con vecchi funzionari. Ricordo il dottor Spitaler che ringrazio ancora una volta per le tante sollecitazioni, me lo ricordo lassù con la ex assessora Franzelin, che avevano gli occhi sgranati e i capelli dritti in testa quando vedevano cosa c'era, quando la legge urbanistica è arrivata in aula e praticamente c'erano pezzetti di edilizia agevolata, ma non riuscivano a ritrovare gli elementi fondamentali dell'edilizia agevolata, io mi ricordo che la faccenda della creazione della comunione dei beni tra vari proprietari terrieri, che è la premessa per fare il 60-40, ce l'abbiamo infilata all'ultimo momento, perché ci hanno implorato, perché hanno detto "guardate che se non mettete questa roba, qui di edilizia agevolata non se ne fa più da nessuna parte!"

Quindi c'era questo scontro, questo scontro era irrisolto dentro la legge urbanistica e questo scontro è rimasto irrisolto fino ad oggi e io Le dico una cosa, assessora Deeg, questo scontro adesso è in mano a Lei, questo bivio è in mano a Lei, Lei ha questa grossissima responsabilità, noi ogni volta che Lei difenderà una politica pubblica ovviamente La sosterranno, ma adesso, visto che è in mano a Lei, Le vorrei fare un elenco di mine sotto questa politica che ci sono già.

Il primo passo negativo verso una privatizzazione del tema è stato sostituire come obiettivo della legge urbanistica, prima c'era "soddisfare il fabbisogno abitativo primario", voleva dire dare a tutti la prima casa, e su questo obiettivo ruotava tutta la legislazione, adesso il perno attorno a cui tutto ruota è il concetto di "apartamenti per residenti", che è un'altra faccenda, perché le persone che hanno bisogno abitativo primario sono persone che non hanno la prima casa e che quando hanno la prima casa l'ente pubblico è soddisfatto, il vincolo per residenti – che c'era anche prima, ma che a mio parere è secondario rispetto al diritto alla prima

casa –, l'appartamento per residenti non distingue né se i residenti sono ricchi o sono poveri, né quante case hanno i residenti, tanto è vero – altra piccola mina – che quando noi abbiamo messo in legge il censimento delle seconde case per individuare i paesi dove c'è più del 10% di seconde case, noi abbiamo escluso le seconde case dei residenti in provincia di Bolzano, quelle non si contano, cioè noi ce l'abbiamo con le seconde case dei milanesi e di quelli di Monaco, ma non ce l'abbiamo con le seconde case dei nostri, le seconde, le terze, le quarte, le quinte, eccetera. Quindi il primo *vulnus* è stato dare priorità al concetto di residenza rispetto al bisogno della prima casa, al diritto alla prima casa, questa è la prima questione.

La seconda: Lei ci ha dato questo schemino – io me lo ero fatto, però finché non ce l'ho ufficialmente ... – Lei sa che nella legge ci sono tre articoli in cui si parla di 60-40, 40-60, questo non si capisce più, finalmente ce l'abbiamo e cosa abbiamo? Abbiamo che se prima con la vecchia legge c'era il 60% di edilizia agevolata e IPES nelle aree e 40% no, adesso la cosa è rovesciata, cioè edilizia agevolata più IPES 40%, cioè quest'area è passata dal 60 al 40, quindi la componente del 40% del 60% è quello che prima era il 60% e il 20% che cos'è? Sono le abitazioni a prezzo calmierato e le abitazioni riservate ai residenti, ma sia l'una che l'altra, quelle a prezzo calmierato non so, dipende se ci guadagnano, se no la fa qualcun altro, ma sia l'una che l'altra è edilizia privata, la fanno i privati, infatti gli imprenditori hanno subito detto questa cosa, hanno fatto un documento l'altro giorno e hanno subito detto "accesso dei privati alle aree di edilizia pubblica". Queste le fanno i privati, quindi un 20% del 60% lo fanno i privati e va bene il *Preisbildung* ma le *Wohnungen für Ansässige* possono essere quanto si vuole, possono essere vendute ad altri, basta che siano residenti, quindi io posso creare 5 appartamenti e poi venderli, eccetera, quindi si è rovesciato, dal 60 in realtà siamo passati al 40 per IPES e cooperative, inoltre cosa si fa sul 40 residuo? Io mi ricordo una riunione con quelli delle cooperative e del KVV eccetera e loro dissero "guarda, è vero che si riduce al 40 dal 60 il nostro spazio nel 60%, però il 40 restante, quello che si tiene il privato, non è libero, perché" – e mi fecero vedere una frase dell'articolo 19, ultima frase del comma 1 dell'articolo 19, quello sul plusvalore di pianificazione – "se leggi bene qui c'è scritto che quel 40% libero, deve essere convenzionato al 60% se si realizzano abitazioni, se è residenziale".

Forse non tutti se ne sono accorti, ma con il disegno di legge n. 63, quello ultimo di riforma dell'urbanistica c'era l'articolo 4 che modificava il comma 1 dell'articolo 19 ed eliminava questa cosa, cioè l'obbligo di convenzionare il residenziale realizzato nel 40% rimasto ai privati. Lo ha eliminato e guardate non tutti se ne sono accorti perché lo ha eliminato in un modo raffinato, cioè ha detto "gli ultimi due periodi sono sostituiti dagli altri due periodi" e allora uno legge i due periodi nuovi, si chiede cosa vogliono dire e non si accorge che il secondo periodo serve solo a eliminare quello che c'era prima, cioè è una toppa, è un tappetto, è una foglia di fico, in realtà è più importante quello che viene cancellato che non quello che viene messo, e quello che è stato cancellato è che nel 40% residuo tutto il residenziale che si poteva realizzare, almeno al 60% andava convenzionato, adesso è libero, tanto è vero che in questo schema che ci ha dato la collega Deeg il 40% c'è scritto *freier Wohnbau*, non c'è scritto 60 convenzionato e 40 libero, è tutto libero, se uno fa tutto *Wohnbau*, è tutto libero.

Infine progetti di riqualificazione urbanistica, i PRU, che si fanno attraverso convenzioni urbanistiche, ebbene, cari colleghi e care colleghe, per i PRU, che sono tutte aree rimesse in gioco – avete visto cosa fa Benko, butta giù tutto ed è come se fosse terreno vergine – non c'è il dovere del convenzionamento, non c'è il 60 e 40, non c'è un tubo, tanto è vero che se Voi Vi andate a leggere il disegno del PRU che riguarda l'areale ferroviario – non quello di Benko, quello grande – non ci sono alloggi convenzionati, non c'è edilizia sociale e andate a chiedere a Benko quanti alloggi convenzionati fa lui nella sua area, credo il 5%, quindi abbiamo tutta quell'area a Bolzano, che sarà l'area di realizzazione edilizia.

Queste sono tutte tracce su cui io metto in guardia la collega Deeg, sono tutte tracce di quella linea, i segni che nella legge già quella linea di lasciar fare al mercato hanno inserito nella nostra legislazione. Io penso che sia un'illusione pensare che il privato spontaneamente, e facendoci anche un profitto, risolve il tema del diritto alla casa, in particolare della prima casa per tutti a prezzo accessibile, questa è una missione pubblica. Guardiamo l'Austria, si parla sempre dell'Austria, per favore su questo guardiamo Vienna, questa è una missione pubblica, a meno che non siate disposti, cari colleghe e care colleghe, a comprimere i margini di profitto dei privati e a obbligarli a fare queste robe, a comprimere fortemente. Non lo so se siete disposti, non mi sembra di averlo capito.

Ultimo punto – sanità. Negli ultimi 7, 8, 10 anni è aumentata e si è estesa tantissimo la sanità privata, sono spuntate cliniche private come funghi, si sono rafforzate quelle che c'erano e noi pazienti sempre più

spesso veniamo dirottati sulle cliniche private. Guardate, è un'esperienza con la mia età che io faccio quasi mensilmente, mi rivolgo per principio anche alla struttura pubblica e poi vengo dirottato alla clinica privata.

Fino adesso noi abbiamo detto no alla sanità a due velocità, a due classi, la privata per i ricchi, che ti prende subito e la pubblica sempre più per chi non si può permettere la privata. Abbiamo detto che per il diritto alla salute ci vuole un sistema pubblico, ci vuole un sistema universale, cioè rivolto a tutti, anche agli ultimi e alle ultime, un sistema equo, un sistema gratuito e qui i *ticket* già cominciano a mordere, un sistema di qualità, soprattutto un sistema *no profit* e soprattutto anche un sistema integrato con il sistema sociale, con il sistema ecologico, eccetera, questo noi abbiamo detto.

Adesso a che punto siamo? Siamo in una fase intermedia, siamo nella fase in cui il pubblico concede di crescere al privato, concima il privato, dà acqua alle piante private, abbiamo visto in *Brennercom*, abbiamo visto in SAD, abbiamo visto in tante occasioni, cioè il pubblico alimenta il privato. In che forma? Per esempio l'assessore Widmann pensa di aver risolto – non l'ha risolto – il problema delle lunghe file alle visite specialistiche semplicemente dirottando i pazienti e le pazienti alle cliniche private, con rimborso pubblico di quei servizi.

Quindi non siamo al fatto che visto che l'ospedale pubblico non mi prende, devo andare dal privato e devo pagare un sacco di soldi, no, il sacco di soldi lo paga l'ente pubblico, lo pagano le tasse dei cittadini e delle cittadine, però il problema è che in questa soluzione che è fondamentale, quella del diritto ad avere una visita specialistica in tempi ragionevoli, delegando ai privati, spostandola sui privati, deleghiamo una funzione essenziale, cioè il privato non è semplicemente una figura al margine del sistema pubblico, ma diventa un sostituto del sistema pubblico, si mangia il sistema pubblico e si mangia il finanziamento pubblico.

Io credo che prima o poi ci dobbiamo chiedere quanti dei flussi finanziari che escono dalle casse pubbliche nel corso degli anni si sono spostati dall'investimento nel pubblico verso il privato, io credo che questo conto lo dovremo fare e sono sicuro che aumenterà questa parte privata, questo flusso di denaro pubblico dirottato verso le cliniche private, e così cosa facciamo? Facciamo crescere il privato, che attira professionisti, che si specializza, che si rafforza, certo, ha tanto lavoro, glielo diamo noi questo lavoro, e offre servizi che gli ospedali non riescono più a garantire, non solo non riescono più ma non sono neanche più troppo impegnati a garantirli, perché in fondo quando io telefono al CUP la signorina mi dice subito “guardi, per questo esame” – l'ho fatto l'altro ieri – “ospedale di Bolzano agosto 2021, ospedale di Brunico luglio 2021, clinica privata XY tra 15 giorni”, e la signorina è sollevata, perché mi può dare un'alternativa, è contenta la signorina del sistema pubblico che mi risponde. Per cui il sistema pubblico viene sgravato da un impegno, viene anche privato di finanziamenti, perché vengono spostati sul terreno privato e si abitua a non dover più rispondere a certi bisogni, a parte che quell'esame il sistema privato me lo ha già spostato tre volte e quindi sono già a tre mesi e mezzo, quindi non vorrei, assessora, che mentre il pubblico ti dice “luglio 2021” io con il sistema privato di tre settimane in tre settimane arriverò a farmi quell'esame nel luglio 2021 uguale, perché succede anche questo.

Io ho dei dubbi sul fatto che questo sia un sistema efficiente, che questo sia un sistema semplificato, perché complicano le cose, tra pubblico e privato vieni mandato come una pallina da ping pong e soprattutto ho dei dubbi che questo sia un sistema meno caro, ci costerà, ci costerà un sacco di soldi, per lo meno quanto ci costerebbe il sistema pubblico, ma io credo anche di più perché noi ai privati dobbiamo garantire margini di profitto per coprire un diritto essenziale che è quello della salute, allora noi pensiamo che il sistema pubblico esista qui per annaffiare il sistema privato, o per garantire i diritti fondamentali dei cittadini?

Io credo, assessora, che questo tema del privato e del pubblico, della logica del profitto o della logica della socialità, della comunità, dell'interesse collettivo, dei diritti fondamentali, sia un crinale, quando noi chiediamo ai cittadini e alle cittadine la coesione, dobbiamo offrirgli un sistema che crea coesione, non che crea individualismo, che crea frammentazione, che crea privatizzazione, perché è il sistema che induce gli atteggiamenti delle persone, non sono gli atteggiamenti delle persone che possono rimediare alle falle del sistema. Io credo che queste cose che ho elencato, e sono contento che Lei, assessora, mi abbia ascoltato attentamente, che abbiamo tutti tempo per correggerle, possiamo correggere, possiamo riorientare gli investimenti verso una sanità pubblica, universale, equa, gratuita, possiamo rilanciare l'intervento pubblico per il diritto alla casa e cominciare a discutere di quanto bisogna mettere un limite alla speculazione, perché il diritto alla casa ha un nemico, è la speculazione e quanto bisogna cominciare a pensare a una moratoria del sistema degli affitti, non dico un equo canone provinciale, ma qualcosa di simile, perché da solo l'imprenditore ha fatto l'investimento, ci vuole guadagnare il più possibile, quindi come l'intervento pubblico nella casa garantisce il diritto alla casa, e poi come fare tutto il sistema di trasporto pubblico ecosostenibile, non solo il 45% del sistema pubblico.

Io credo che solo così, con un forte orientamento pubblico verso il bene collettivo, verso i diritti fondamentali, libero dalla speculazione e dal profitto, solo così si può uscire dalla pandemia, dalla fase di trasformazione che stiamo vivendo con un'Europa verde, equa, democratica, resiliente, quella che diceva il presidente Kompatscher, e un Sudtirolo dentro l'Europa che magari fa anche meglio di altri Paesi in questa strada della solidarietà, dell'equità, dell'ecologia e della democrazia.

Guardate, in fondo una delle cose più importanti che sono successe in questa pandemia è che l'Europa si è riscoperta, io sono felicissimo che ci sia stato l'accordo tra i 27 Paesi sui finanziamenti e sul Piano di uscita dalla pandemia. Sono felicissimo che ci sia un accordo e un coordinamento sulla distribuzione dei vaccini, mi sono commosso quando Angela Merkel ha fatto quel discorso al *Bundestag* che non era un discorso solo per i tedeschi, era un discorso per tutta l'Europa, era un discorso di dimensioni europee, in cui si diceva – e questa è la cosa – che da questa pandemia si deve uscire con più solidarietà, perché nessuno si salva da solo. Cerchiamo per favore di essere degni e al passo di questa Europa che si è riscoperta e che forse davvero per la prima volta è diventata un'Unione Europea solidale e incamminata, spero, sulla strada della sostenibilità.

### **Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler**

**PRÄSIDENT:** Frau Abgeordnete Ladurner, bitte.

**LADURNER (SVP):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Fehler machen und aus Fehlern lernen. Es in Zukunft besser machen. Das ist die beste Form der Fehlerkultur. Wo sind in diesem Jahr Fehler passiert? Welche Lehren ziehen wir daraus? Welche Fehler dürfen uns in Zukunft nicht passieren? Über Fehlerkultur werde ich in der diesjährigen Haushaltsdebatte sprechen, über Fehler in den unterschiedlichsten Bereichen, aber auch über einen ganz persönlichen Fehler.

Ja, 2020 war ein richtig besch...eidenes Jahr. Im Rückblick war es ein Jahr, das Länder, Politik und Medizin gefordert hat, das Krankenhäuser und deren Personal an den Rand der Belastbarkeit gebracht hat, das von Familien, Frauen, jungen Menschen, alleinstehenden und kranken Personen, von Schule, von Unternehmen und Wirtschaft, von uns als Gesellschaft alles abverlangt hat. Alles hat seine Wichtigkeit und jeder sieht es aus seiner Perspektive, aber eines hat es uns gezeigt: die Gesundheit steht über allem! Mit großer Solidarität und Zuversicht konnte Südtirol einige Herausforderungen meistern – und so begegnet unser Land auch dieser Krise. Über den Berg sind wir aber leider noch lange nicht.

Jetzt haben wir Ende 2020. Und es gibt mit den neu entwickelten Impfstoffen allmählich Licht am Ende des Tunnels. Es ist mehr als nachvollziehbar, dass manche diesen Impfstoffen mit Skepsis begegnen, vielleicht weil er in einem unwahrscheinlich rasanten Tempo entwickelt wurde, vielleicht weil es Vorbehalte gegenüber möglichen unzureichenden Testungen gibt oder vielleicht weil man Impfungen generell skeptisch gegenübersteht. Aber eines ist auch klar: Die Impfung ist der Silberstreifen am Horizont. Sie ist kein Zaubertrank und auch kein Wundermittel, das Besserung von heute auf morgen bringt. So ehrlich müssen wir zueinander sein. Wir sind gut beraten, mit dem Virus leben zu lernen. Schritt für Schritt, mit weiterhin konsequenter Einhaltung der AHA-Regeln und einer umfangreichen und gut durchdachten Impfstrategie werden wir den Weg aus dieser Krise schaffen.

Mit dieser Impfung haben wir etwas geschaffen, was es so noch nie zuvor gab. Innerhalb eines Jahres wurde ein wirksamer Impfstoff entwickelt. Das bisher schnellste Prozedere - Kollege Ploner korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege - dauerte ganze vier Jahre. Es ist unglaublich und beeindruckend, was die Menschheit schaffen kann, wenn sie zusammensteht und am selben Strang zieht. Einen Ausweg aus dieser Krise kann es aber nur, und ich betone nur, dann geben, wenn die Gesellschaft als Ganzes zusammensteht und eine notwendige Durchimpfungsrate inklusive Durchseuchung von circa 70 Prozent erreicht. Wenn wir es nicht schaffen, die Menschen von etwas so Richtigem und Wichtigem zu überzeugen, machen Wissenschaft und Politik einen Fehler. Diesen Fehler dürfen wir uns nicht erlauben.

Als Beispiel gesunder Fehlerkultur möchte ich hier die Europäische Union hervorheben: In der ersten Welle im Frühling hat jeder Staat die Ellenbögen ausgefahren und einzeln für sich Schutzmaterialien händerringend gesucht und zu teils horrenden Preisen ankaufen müssen. Aus diesem Fehler hat die EU gelernt. Sie kauft nun als großer Player günstig Impfdosen an und verteilt sie gerecht und koordiniert unter den Mitgliedstaaten.

Es ist nun Mitte Dezember. Wir befinden uns seit nunmehr fast einem Jahr in einer Pandemie. Eine Pandemie ist kein Wahlkampf! Es geht nicht darum, wer wann was und wo am raschesten lockert – also um

Lockerungsorgien, wie Kanzlerin Merkel treffend bemerkte –, sondern einzig und allein darum, wie wir durch die stürmische See dieser Krise möglichst sicher zurück in ruhigere Fahrwasser gelenkt werden. Unpopuläre Entscheidungen sind dabei unausweichlich: Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann, erst recht dann nicht, wenn es um eine Krise geht, wie es sie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt haben, bei der es um Menschenleben, Gesundheit und Existenzen geht. Erst im Rückblick wird sich zeigen, wer dabei die nötige Weitsicht hatte und diesen schwierigen Spagat zwischen Schutz der Gesundheit und einem bestmöglichen sozialen und wirtschaftlichen Leben geschafft hat.

Es ist denkbar einfach, im Rückblick Entscheidungen zu kritisieren. Diese in einer Krisensituation ad hoc treffen zu müssen, ist naturgemäß schwieriger. Im Nachhinein ist man immer schlauer und erkennt Fehler. An dieser Stelle sei der Landesregierung, insbesondere dem Landeshauptmann, für das effiziente und rasche Krisenmanagement gedankt, und ganz besonders den Personen an vorderster Front in den Krankenhäusern, Pflegeheimen, Zivilschutz, in Vereinen wie dem Weißem Kreuz, an den Kassen in Lebensmittelgeschäften, Versorgungsstrukturen, Bildungseinrichtungen, um nur einige zu nennen.

Diese Krise ist eine gesamtgesellschaftliche Krise. Insbesondere aber ist es auch eine Krise der Frauen geworden. Die Frauen waren es und sind es teils noch immer, die zwischen Arbeit im Homeoffice, Kinderbetreuung, Hausaufgabenunterstützung und Haushalt Doppelt- und Dreifachbelastungen ausgesetzt sind. Alte Rollenbilder à la "Frauen hinter den Herd" haben sich in den letzten Monaten wieder stärker herauskristallisiert. Die Coronakrise hat die Gleichberechtigung um Jahre zurückgeworfen: Obwohl die Rechte eigentlich dieselben wären, sind die Pflichten zwischen Mann und Frau häufiger nicht identisch und die Lasten ungleich verteilt. Hinzukommt die weiter zugenommene Gewalt gegen Frauen hinter verschlossenen Türen. Gleichzeitig sind es die Frauen, die größtenteils in systemrelevanten Berufen arbeiten und sprichwörtlich den Laden am Laufen gehalten haben. Leider erhalten sie da vielfach nicht die nötige Wertschätzung, die ihnen gebührt. Vom Applaus allein kann niemand leben, sicher hätten sie sich greifbarere Formen der Anerkennung verdient. Hier haben wir immer noch die Chance, aber auch die Aufgabe, einen Fehler zu vermeiden.

Zu den Verlierern dieser Krise zählen auch wir Junge. Eine ganze Generation verzichtet in der Pandemie auf einen Teil ihrer Jugend. Das Loch, welches das Social Distancing in das Leben von jungen Menschen reißt, ist existenziell, weil sie viele Dinge später womöglich nicht mehr nachholen können: Ein Auslandsjahr machen, so richtig den Schulabschluss feiern, neue Menschen kennenlernen, sich verlieben, einfach jung sein. Der Soziologe Michael Corsten forscht an der Universität Hildesheim über die sogenannte Generation Corona, also über die jungen Menschen, die gerade ihren Schulabschluss nicht feiern dürfen, ihre Kommilitoninnen nicht kennenlernen und sich jeden Tag neu orientieren müssen. Was ist heute erlaubt? Was ist heute möglich? Die Generation Corona, die ja auch die Generation Klimakrise ist, muss lernen, ohne Kompass auszukommen. Der überwiegende Teil dieser "jungen Menschen" aus den Generationen Y und Z nimmt die Maßnahmen ernst, versteht die gesellschaftliche Relevanz davon und handelt danach. Sie verzichten bewusst und verantwortungsvoll auf ihr Jungsein, im Wesentlichen aus Liebe zu ihren Eltern und Großeltern. Wenn wir an Risikogruppen denken, denken wir vielfach an genau diese älteren und vorerkrankten Menschen. Als Gesellschaft und Politik dürfen wir aber nicht die jungen Menschen außer Acht lassen. Die Jugend mag sich zwar weniger um ihre körperliche Gesundheit sorgen, sehr wohl aber um ihre psychische Gesundheit und ihre Zukunftsperspektiven. Es waren und sind gerade auch die jungen Menschen, die für Zusammenhalt stehen, die wertvolle Initiativen ins Leben gerufen haben und einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung dieser Krise leisten. Es sind jene, die für die Schwächeren in unserer Mitte einkaufen gehen. Es sind jene, die als Freiwillige und mit Schutzausrüstung bei #Südtiroltestet dabei waren. Es sind jene, die ihr Betriebspraktikum und Prüfungen via Zoom abhalten müssen. Gerade deshalb müssen wir ihnen Zukunftsperspektiven aufzeigen und ihnen Grund zur Zuversicht geben.

Neben all den Schwierigkeiten, Schicksalen und Tragödien, hat diese Zeit auch Dinge mit sich gebracht, die sich als Chance für die Zukunft auftun. Nehmen wir beispielsweise die Digitalisierung: Hier haben wir in den vergangenen Monaten einen Quantensprung vollzogen. Wäre es vor einem Jahr in vielen Bereichen noch undenkbar gewesen, Sitzungen online abzuhalten oder im Homeoffice zu arbeiten, zeigt sich heute, was Technik zulässt, wenn sich die Menschen darauf einlassen – freiwillig oder gezwungenermaßen –, wo sie Vorteile bietet und genauso aber auch wo die Grenzen der Technologie liegen. Die Digitalisierung kann unser Leben erleichtern, niemals aber kann oder soll Digitalisierung soziale Kontakte ersetzen müssen. Es gilt deshalb, positive Erfahrungen mit in die Zukunft zu nehmen, Prozesse weiter zu verbessern und einen gesunden Mix aus Präsenz und digitaler Zusammenkunft herzustellen, immer mit Blick auf die individuellen Bedürfnisse. Das Homeoffice und Smart Working kann für viele Menschen eine tolle Sache sein, vielleicht weil man die



Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser unter einen Hut bekommen, einen Beitrag zur Reduzierung von Emissionen leisten oder sich die Zeit flexibler einteilen kann. Für manch anderen kann es aber auch eine Belastung darstellen. Aus diesem Grund sollten beide Realitäten miteinander und nebeneinander möglich sein.

Im Hinblick auf die Digitalisierung möchte ich auch die Immuni App nennen. Diese App wurde mit einem guten Grundgedanken entwickelt, aber im Nachhinein betrachtet nur suboptimal angegangen. Wie oft haben Sie eine Meldung der App bekommen, dass jemand, mit dem Sie in Kontakt waren, positiv getestet wurde? Ich persönlich kein einziges Mal. Das mag daran liegen, dass die Nutzerin selbst die App über ihre Infektion informieren muss. Würde das die Ärztin direkt tun, wäre die Kontaktverfolgung vermutlich erfolgreicher. Was ich damit sagen will: Wenn der Prozess an sich schlecht ist und dann digitalisiert wird, hat man am Ende einen schlechten digitalisierten Prozess. Und Stichwort Immuni: Warum haben bei dieser App so viele Menschen Bedenken um ihre Privatsphäre, wohingegen die App zum Cashback so einen Zulauf hatte, dass es zu einem Kollaps der Systeme kam? Da stellt sich doch die Frage: In welchem Verhältnis steht Gesundheitsschutz zu max. 150 €?

Apropos Digitalisierung. Nicht immer ist alles, Gold was glänzt. Schauen wir uns beispielsweise an, was und wer sich aller im Internet tummelt. In einer freien Demokratie muss Platz für Meinungsvielfalt sein. Selbstverständlich. Jeder darf seine eigene Meinung haben, aber nicht seine eigenen Fakten schaffen. Desinformation verbreitet sich im Internet in Lauffeuergeschwindigkeit. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Lügen anerkannt und quasi als "neue Wahrheit" gewertet werden, wenn sie nur genügend Menschen glauben und verbreiten. Das Problem heute ist nicht der Mangel an Fakten, Informationen und Quellen. Das Problem ist vielmehr, dass Lügen gewissermaßen salonfähig geworden ist und manche nicht zwischen Fakten und Fiktion differenzieren können. Florian Aigner, Physiker und Wissenschaftspublizist in Wien, beobachtet treffend: *"Die Bevölkerung zerfällt in Gruppen, die jeweils ihr eigenes Bild von der Welt zur Wahrheit erklären: Corona gibt es nicht. Klimawandel ist harmlos. Impfen ist gefährlich, weil uns Bill Gates Computerchips implantieren will. In den USA gibt es zwei verschiedene Ansichten darüber, wer zum Präsidenten gewählt wurde. Das Problem dabei ist nicht, dass zu wenige Fakten zur Verfügung stehen oder dass komplizierte Zusammenhänge nicht erklärt werden. Das Problem ist, dass lügen nicht mehr als unanständig gilt. Die Gefahr ist nicht Dummheit, Unkenntnis von Statistiken und Fakten, sondern moralische Verkommenheit."* Es scheint, als wären Menschen für Emotionen empfänglicher als für Fakten und Zusammenhänge. Es muss sich richtig anfühlen, nicht richtig sein. Wer die niedrigen Instinkte bedient, ist populär. Anstelle von Medien- und Popstars brauchen wir ProblemlöserInnen, – in einer Krise noch einmal mehr. Es ist allerdings ein gutes Zeichen, dass Menschen, die mit diesen Praktiken an die Macht gekommen sind und sie zu zementieren versuchen, auch wieder abgewählt wurden. Das stimmt zuversichtlich. Wir können unseren Fortschritt am Mut unserer Fragen und am Tiefgang der Antworten bemessen, unserer Bereitschaft, dem Gewicht zu geben, was wahr ist, und nicht was sich nur gut anfühlt.

Im Netz gewinnt man den Eindruck, als wären für einige Bildung und Hausverstand Mangelware. Einzige Heilmittel dagegen wären eben eine gute solide Bildung und Hausverstand. Im Internet leben manche Menschen in ihrer Filterblase, und dort werden sie blind und taub für die Wissenschaft. Andere Meinungen und wissenschaftliche Erkenntnisse gehen dabei unter. Du siehst nur mehr, was du selbst glaubst und denkst. Jede rationale Meinung oder faktenbasierte Ansicht wird ausgeblendet. Der Algorithmus sozialer Medien verursacht einen selbstverstärkenden Prozess. Dadurch ergibt sich eine Sektenbildung im Netz und die Verrohung der Sprache. Ich denke, bei persönlichem Gegenüberstehen würde manches anders laufen.

Dabei stellt sich mir eine grundlegende Frage: Wie gehen wir miteinander um? Stichwort Hass und Hetze, #hatespeech, im Internet. Ich könnte hier einige Stilblüten aus den Kommentarzeilen in diversen Internetplattformen zitieren. So viel Wichtigkeit möchte ich diesen häufig und zumeist anonymen SchreiberInnen aber nicht schenken. Und ich denke, jede und jeder von uns kennt solche Beispiele zur Genüge.

Kritik und Raum für freie Meinungsäußerung muss es selbstverständlich immer geben, aber sie sollte stets in einer gewissen Art und Weise erfolgen, mit einem Mindestmaß an Respekt. Dass dabei teils jeglicher Anstand verloren geht, Angriffe weit unter der Gürtellinie gestartet werden oder einfach wahllos Dampf abgelassen wird, komme wer oder was wolle, geht einfach gar nicht. Das Netz darf kein rechtsfreier Raum sein. Wäre es nicht schön, wenn im Internet die Möglichkeit bestünde, dass Jedermann und Jederfrau dort schnell und einfach etwas zur Anzeige bringen kann? Dann würde sich so manche Kommentatorin vor dem Drücken der Enter-Taste vielleicht nochmals überlegen, ob der Kommentar etwas zur Diskussion beitragen kann und sachlich fundiert oder schon strafrechtlich relevant ist. Das nur als Gedankengang am Rande.

Werte Kolleginnen und Kollegen, bitte erlauben Sie mir, im Zusammenhang mit sozialen Medien und Fehlerkultur an dieser Stelle, hier im Landtag, auch in ganz persönlicher Angelegenheit zu sprechen. Im Rückblick auf dieses bewegte Jahr, muss auch ich einen Fehler eingestehen, einen, der mich besonders ärgert, weil ich es hätte besser wissen müssen, weil ich ihn nach wenigen Minuten revidieren wollte und gelöscht habe, es aber bereits zu spät war - Ihr wisst ja, ein Screenshot ist schnell gemacht, weil ich mich nach intensiven Wochen und Monaten auf etwas Zeit mit meiner Familie gefreut hatte, weil ich zu einem Zeitpunkt, an dem das Ausmaß und die Tragik durch dieses Virus noch lange nicht absehbar waren, eine wirklich unglückliche, ja "teppete" Aussage getätigt habe und weil ich mich sofort dafür entschuldigt habe, es aber leider nicht mehr rückgängig machen kann. Ja, manches Mal hatte und habe ich den Eindruck, als würden wir uns in unserem wunderschönen Land generell schwer tun mit einer gesunden Fehlerkultur, über Fehler zu sprechen, sie anzunehmen, sie dann aber irgendwann auch wieder ruhen zu lassen und sich den wirklich wichtigen Dingen zuzuwenden. Aber hey, es werfe den ersten Stein, der noch nie einen Fehler gemacht hat. Fehler machen ist menschlich. Schlimm ist aber, wenn man daraus nicht lernt. Ich habe gelernt - das könnt Ihr mir glauben - und es wäre schön, wenn ich neben diesem Ausrutscher an meinen Bemühungen und meiner Arbeit gemessen und bewertet würde. Durch meine Aussage habe ich niemandem Leid oder Schaden zugefügt, aber ich habe damit vielleicht ungewollt den einen oder anderen verletzt. Dafür und in aller Form nochmals: Es tut mir leid! Durch eine gute und gesunde Fehlerkultur kann man selbstkritisch Sachen reflektieren und hinterfragen. Wer es noch dazu schafft, nicht nur selbstkritisch zu sein, sondern mit gebührendem Abstand sich selbst nicht ganz zu ernst zu nehmen, zeugt von Humor. Denn wer über andere lacht, zeigt nur Schadenfreude, keinen Humor. Und dabei sagen PsychologInnen, dass es gerade der Humor ist, den wir besonders in Krisenzeiten brauchen und nicht verlieren dürfen. Und wie Lidia Menapace – Gott hob' sie selig - einst zu sagen pflegte: *"Ironie und Selbstironie sind das Salz des Lebens, es tut gut über sich selbst zu lachen."*

Zum Schluss noch einmal zurück zur Ist-Situation. Die Pandemie ist allgegenwärtig, aber sie wird vorbeigehen. Die Klimakrise hingegen nicht. *"Die Erde hat Fieber – nicht 38 Grad, sondern 42 Grad"*, sagte jüngst Reinhard Feichter. Und er hat Recht. Damit auch künftige Generationen noch eine Zukunft auf diesem Planeten haben können, ist ein dringendes Handeln notwendig. Es gilt, neue nachhaltigere Wege einzuschlagen, in der Wirtschaft, aber auch in der Gesellschaft und im Handeln eines jeden einzelnen von uns. Es gilt, das Leben krisenfest und zukunftsfähig zu gestalten. Das kann nur gemeinsam gehen, gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten und dem GreenDeal hin zu einem neuen ökologischen Selbstverständnis. Hier können wir als "Klimaland Südtirol" eine Schlüsselrolle einnehmen und als Vorbild dienen; das Potential dazu haben wir.

Zwei große Chancen sehe ich hierfür unmittelbar im kommenden Jahr 2021: 1. Die Mittel, die über den EU-Recovery-Fund, die für Nachhaltigkeit und Klimaschutz bereitgestellt werden und 2. Die A22-Konzession, die wir unbedingt in eigenen Händen behalten müssen. Arbeiten wir weiter an Lösungen für das größte Risiko unserer und kommender Generationen, auch in der Pandemie, und sprechen wir darüber. Wir haben keinen Planeten B und damit auch keinen Plan B. Plan A – die Rettung des Klimas – muss klappen. *"Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit haben wir die Macht über das Schicksal unseres Planeten und uns selbst zu entscheiden. Wir leben in einer Zeit großer Gefahr, aber unsere menschliche Spezies ist jung, und neugierig, und mutig. Sie wirkt sehr vielversprechend"*, sagte Astrophysiker Prof. Carl Sagan schon zu Zeiten des Kalten Krieges. Diese Aussage hat aber nichts an Relevanz eingebüßt.

Im Austausch mit den meisten Menschen zeichnet sich mir immer wieder ein Bild: Der Großteil versteht die Relevanz und die Notwendigkeit für Klimaschutz, Umweltschutz und auch für die getroffenen Maßnahmen in Bezug auf die Pandemie. Sie tragen Maske und halten Abstand. Einzelne, die sich im Internet zu Scharen treffen, tun den Klimawandel als Schwindel und Corona als große Lüge ab. Sie behaupten, das Virus diene einem böseren Zweck der Regierung oder anderer geheimer Mächte. Manch andere legen auch schlicht einen Menefregismus an den Tag, und ich bin mir manches Mal nicht sicher, was schlimmer ist.

Eines ist ganz klar, und damit adressiere ich genau diese Menschen: Wer uns aus dieser Krise herausführen wird, sind ÄrztInnen, Pflegekräfte, ForscherInnen, VirologInnen, EpidemiologInnen, ImmunologInnen, sprich: ExpertInnen auf ihren jeweiligen Fachgebieten und nicht Aluhutträgerinnen, Attila Hildmann und Verschwörungstheoretikerinnen, die sich Videos auf Youtube anschauen und meinen, dadurch gleich viel Expertise zu erhalten wie Menschen, die sich Zeit ihres Lebens auf die Erforschung von Seuchen spezialisieren. Als Gesellschaft sollten wir nicht den Fehler machen, uns von Jüngern alternativer Fakten leiten zu lassen und zu meinen, dass sie in der Mehrheit seien. Wir dürfen nicht müde werden, mit Evidenz dagegenzuhalten und die

Probleme dieser Zeit anzusprechen und Menschen mit Wissen zu vertrauen. Denn durch Wissen schafft man Vertrauen. Vielen Dank.

**RIEDER (Team K):** Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, "*In der Politik ist es niemals zu spät. Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang.*" Das Zitat stammt vom ehemaligen deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer. Diese Aussage ist zeitlos und gewinnt gerade jetzt wieder zusehends mehr an Aktualität. Ein "weiter so wie bisher" wird in nächster Zeit nicht mehr ausreichen. Dies gilt für die Geldmittel, die wir in Zukunft zur Verfügung haben, werden, aber vor allem für die Form der Politik, für die Inhalte, die wohl oder übel auch für neue Anfänge stehen müssen.

Die Corona-Pandemie überschattet nicht nur Südtirol. Alle Länder Europas und in der ganzen Welt stehen vor ungeheuren Herausforderungen. Wir können uns über den Haushalt, den der Landeshauptmann vorgestellt hat, nicht beklagen, sondern – ich glaube- sogar fast freuen. Trotzdem werden Abstriche unumgänglich sind. Gleichzeitig ist er aber auch ein Appell an uns, alle sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Sektoren da und dort auch neu zu denken und Veränderungen nicht nur anzukündigen, sondern auch in den verschiedenen Sektoren zu wagen.

Unter neue Anfänge fällt für mich durchaus auch die Weiterarbeit an Themen und Entscheidungen, die gut waren. Dazu gehört weiterhin die Unterstützung der vielen Leute, die draußen in der Corona-Zeit Unglaubliches geleistet haben und immer noch leisten. Viele stellen sich den täglichen Herausforderungen trotz der schwierigen Zeiten und bleiben optimistisch. Sie versuchen, mit Disziplin und Ausdauer dieser Epidemie Paroli zu bieten. Denen müssen wir immer wieder sagen, wie wertvoll ihre positive Grundhaltung ist und wie sehr sie damit auch Hilfestellung für die Politik und für ganz viele Leute leisten.

In diesen Zeiten steht Politik unter strenger Beobachtung, bei den BürgerInnen draußen und bei den Medien, wobei die Rückmeldungen nicht immer schmeichelhaft sind. Wenn wir als Landtag nach außen vermehrt zeigen würden, dass wir unsere Arbeit im Wettbewerb mit den besten Ideen und weniger nach Parteidenken voranbringen, dann würden wir ein gutes Signal der Zusammenarbeit und des Gemeinsamen hinaus an die Bevölkerung senden. Ich bin mir sicher, dass dann auch die Akzeptanz von politischen Entscheidungen allerorts zumindest etwas höher wäre.

Ich gehe heute bewusst weniger auf die Geldmittel im Haushalt 2021 ein, sondern vielmehr auf die Grundprinzipien, die mit dem Haushalt und der damit zusammenhängenden Politik einhergehen müssen. In dem Zusammenhang haben wir folgende Anforderungen zu gewährleisten, die in dieser außerordentlichen Zeit greifen müssen: Politik und wir als deren VertreterInnen müssen die Menschen mitnehmen. Wir müssen einhalten und umsetzen, was wir versprechen. Wir müssen Klarheiten schaffen, wo Anrechte auf finanzielle Unterstützung bestehen und wo wir in Zukunft etwas zurückstecken müssen.

Die täglichen Entscheidungen gerade in dieser Zeit sind alles andere als einfach. Ich beneide den Landeshauptmann nicht, wenn er derzeit nahezu täglich Einschränkungen erklären und verantworten muss. Und da frage ich mich manchmal schon, was in dieser Landesregierung los ist. Manche Landesräte schweigen, andere lassen dem Landeshauptmann ihren Missmut über Entscheidungen über die Medien zukommen, die Verbände ziehen am Rockzipfel des Landeshauptmannes.

Die Corona-Situation verlangt uns allen Verzicht ab. Die Leute sind nervös, haben Existenzängste, sind zu Recht besorgt und verunsichert. Gerade deshalb müssen wir PolitikerInnen erklären, informieren aber auch zu Entscheidungen stehen, die nicht populär und trotzdem notwendig sind. Vielleicht wäre es allzu menschlich, wenn wir da und dort auch Fehler eingestehen würden. Und deshalb rege ich an: Politik und wir alle müssen die Menschen mitnehmen, im Sinne von Notwendigkeiten überzeugen, erklären und andere Meinungen akzeptieren.

Gehen wir kurz zum Thema Gerechtigkeit. In den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass das SARS-Cov2-Virus ungerecht ist. Es gilt keine Gerechtigkeit. Bestehende soziale Unterschiede werden in dieser Krise verstärkt. Wer es vorher schon schwer hatte, hat es jetzt noch schwerer. Die Schwachen in unserer Gesellschaft trifft die Krise schwerer als die Wohlhabenden. Menschen, die es schon vor der Krise schwer hatten, mit ihrem Einkommen ans Monatsende zu kommen, trifft es jetzt besonders hart, denn Arbeitslosenunterstützung und Lohnausgleich sind dementsprechend niedrig. Daher müssen wir als Politik die Ungerechtigkeit des Virus' im Auge behalten und für einen Ausgleich sorgen. Darauf müssen wir achten, wenn wir mit Unterstützungsmaßnahmen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden der Pandemie einzudämmen versuchen. Unsere Aufgabe bei den Krisenhilfen ist es, auf die Treffsicherheit zu achten. Die Zeit des Gießkannenprinzips ist vorbei. Es geht nicht allen UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen schlechter als vor der Krise.

Nicht, wer am lautesten schreit, soll Unterstützung bekommen, sondern jene, die wirklich Hilfe brauchen. Es gibt auch hier vier Varianten: Die Berufssparten und Branchen, die in den Zeiten von Corona mehr arbeiten und somit auch mehr Einkommen haben, jene, die immer gearbeitet haben und somit immer ein gesichertes Einkommen und gute Umsätze hatten, jene, die teils in Lohnausgleichsklasse oder mit dem Arbeitslosengeld über die Runden kommen mussten oder Betriebe, die wenig oder keine Umsätze hatten und mit Hilfszahlungen zurechtkommen mussten und schließlich die wirklichen VerliererInnen der Krise. Das sind zum Großteil jene, die es auch schon vor der Krise schwer hatten. Ich denke da besonders an die Saisonangestellten, an Menschen mit prekären Arbeitsverhältnissen, Zeitverträgen oder Arbeiten auf Abruf. Sie fallen zum Teil durch den Rost oder bekommen eine Unterstützung, die nur eine Überbrückung ist. Fakt ist, dass die öffentlichen Mittel begrenzt sind. Wir müssen schauen, wer diese Unterstützungen braucht. Was wir in diesem Zusammenhang nicht vergessen dürfen, ist die Tatsache, dass die öffentlichen Mittel nicht unendlich sind. Es muss uns allen bewusst sein, dass wir SteuerzahlerInnen diese Rechnung irgendwann auch begleichen müssen.

Wir greifen derzeit in die Grundrechte der Menschen ein. Das nervt, und gerade deshalb braucht es Überzeugungsarbeit und auch viel Geduld. Wenn zu den Einschränkungen finanzielle Sorgen und Existenzängste dazukommen, dann erleben wir alle eine neue Situation, die wir uns vor der Epidemie nicht vorstellen konnten.

Ich komme zum zweiten Punkt: Halten, was wir versprechen. Unser Haushalt wird nicht alle finanziellen Forderungen decken können, auch wenn er ein Rekordhaushalt ist. Nicht alles, was wir uns bisher leisten konnten, werden wir uns auch in Zukunft leisten können. Irgendwann werden auch die vielen Unterstützungsmaßnahmen auslaufen. Wir müssen den Leuten ehrlich sagen, was der Haushalt an Mitteln hergibt und dann festlegen, was wir uns in Zukunft leisten können und was warten muss. Unsere Eltern haben uns Kindern seinerzeit oft folgenden Satz gesagt: „*Dos vomeggwo ammo net*“ Aus dem Ahrntaler Dialekt übersetzt, heißt das: "Das können wir uns zumindest derzeit nicht leisten". Das werden wir in den nächsten Jahren vielleicht das eine und andere Mal sagen müssen.

"Wir werden mit diesem soliden Haushalt wiederum vieles voranbringen", so die Ankündigung des Landeshauptmannes. Diese Aussagen hören sich gut an, wecken Hoffnungen, aber auch Forderungen. Halten, was wir versprechen: Ein Beispiel ist die Ankündigung unseres Gesundheitslandesrates der Grippeimpfung für alle, groß angekündigt in der Zeitung, um danach festzustellen, dass gar nicht genug Impfstoff zur Verfügung. Und so ist es in vielen Bereichen: Wir können nicht über die Presse Mitteilungen haben und es danach nicht halten. Auf die Frage, warum die Wartezeiten bei den Wohnbauansuchen so lang sind, hat die Frau Landesrätin geantwortet, dass sich die Wartezeiten mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz verkürzen würden. Da frage ich mich, warum nicht gleich, warum müssen wir auf das Wohnbauförderungsgesetz warten?

Damit komme ich zum dritten Punkt komme: Wir müssen Klarheiten schaffen, wo Anrechte auf finanzielle Hilfen bestehen und wo wir in Zukunft etwas zurückstecken müssen. Viele Leute warten draußen immer noch auf die Covid-Hilfen vom Frühjahr, wobei es sich zum Großteil um die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen handelt. Sie haben sich durch den bürokratischen Dschungel durchgearbeitet. Die zweigeleisige Schiene der staatlichen und der Landesförderungen ist für die Leute, die auf sich selbst oder die Patronate angewiesen sind, sehr schwer zu durchschauen. Ich habe viele Anfragen in Zusammenhang mit diesen Ansuchen um Hilfestellung bekommen. Die Leute brauchen die finanziellen Ausgleiche nicht irgendwann, sondern jetzt. Ich möchte diesbezüglich auch auf einen Umstand hinweisen, den wir immer präsent haben sollten. Unsere Leute, die Betriebe, die Schulen wollen arbeiten. Viele der SüdtirolerInnen sind es nicht gewohnt, zu Bittstellern zu werden. Und viele davon fühlen sich dabei nicht wohl. Das Anstellen um Hilfgelder verletzt sie in ihrer Ehre, denn sie sind es gewohnt ihrer Arbeit nachzugehen und auf eigenen Füßen zu stehen. Auf diese Selbstverantwortung können und sollten wir wieder vermehrt bauen.

In dem Zusammenhang frage ich mich auch, ob wir als Land Südtirol alle Möglichkeiten zum Bürokratieabbau, zur Vergabe von Dienstleistungen ausgeschöpft haben? Wären Vereinfachungen und lokale Gegebenheiten bei Ausschreibungen und Dienstleistungen im Rahmen unserer Autonomie möglich? Vor nicht allzu langer Zeit hat man die Vollautonomie, die Finanzautonomie Südtirols als Zielsetzung angekündigt. Wo bleiben diesbezüglich die Fortschritte und die Hoffnungen, die mit solchen Aussagen geweckt wurden? Haben wir die vom Landeshauptmann angekündigte Durchforstung des Haushaltes vorgenommen? Wo bleiben die Konsequenzen dieser Durchforstung? Wo gäbe es Einsparungspotential? Wo stehen sich die Bürokratie und Verwaltungsabläufe selbst im Wege? Diesbezüglich besteht Handlungsbedarf; diese Herausforderungen müssen wir angehen und sagt mir bitte nicht, dass dies eh schon alles passiert.

Ich möchte mit einem Gedankengang schließen, der als Anregung auch für Entscheidungen unsererseits gelten sollte. Unser Land Südtirol ist sehr gut durchstrukturiert; die Verbände, die Interessensvertretungen leisten für ihre Mitglieder gute Arbeit. Dass dabei deren politische Ausrichtung nicht unbedingt überparteilich ausfällt, kennen wir zur Genüge, und diese Fäden reichen hinaus bis in die letzten Gemeinden Südtirols. Wir müssen aber stets präsent haben, dass nicht alle Leute in Verbänden gut vertreten und organisiert sind. Die agieren dann etwas leiser, sind in den Medien nicht präsent und finden trotzdem einen Weg, wie sie tagtäglich den Herausforderungen begegnen. Diese Leute dürfen wir nicht übersehen. Besonders die Frauen sind die VerliererInnen der Pandemie. In der Krise haben sie mehr als schon bisher die unbezahlten Sorgearbeiten übernommen und werden vermehrt in ihre "traditionelle Rolle" zurückgedrängt, mit all den damit verbundenen negativen Folgen auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Karrieren und die Altersversorgung. Wir sollten auch für jene Frauen eine Antwort finden, die zeitlebens ihre Arbeit, ihren Einsatz zum Wohle ihrer Kinder, der Familie eingebracht haben. Wann ringen wir uns endlich durch, diesen Frauen eine finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen? Die Mittel für private Vorsorge reichen vielfach nicht, um diese Fälle abzufedern. Wo bleibt die von Ihnen gemachte Ankündigung der Mindestrente für alle, Herr Landeshauptmann? Ich kenne diesbezüglich natürlich die staatlichen Rentenregelungen, die zur Anwendung kommen, aber das Land Südtirol muss da einen anderen Weg finden, damit diese Leute nicht durch den Rost fallen und zu Bittstellern werden.

Ich komme noch zu jenen Menschen, die in systemrelevanten Berufen arbeiten. Gerade in diesen Berufen arbeiten sehr viele Frauen. Denken wir an die Pflege in der Sanität oder in den Seniorenheimen, aber auch im Bildungsbereich. Großes Thema sind natürlich die laufenden und steigenden Kosten. Selbstverständlich geht es dabei auch immer um die Lohnkosten der öffentlichen Bediensteten. Vor kurzem wurden zwei Teilverträge abgeschlossen, darunter auch der Bereichsübergreifende Kollektivvertrag für circa 12 Millionen Euro für 33.500 Bedienstete im öffentlichen Dienst. Dass dabei für den einzelnen Bediensteten nicht sehr viel herauskommt, kann sich jeder selber ausrechnen. Der zweite Teilvertrag betrifft das Sanitätspersonal, genauer gesagt das nicht ärztliche Personal im Sanitätsbetrieb. Zwar wurde mit diesem Vertrag endlich die Koordinierungszulage für das Personal im Gesundheitswesen erhöht, aber die versprochene Aufwertung der sanitären Berufsbilder wurde erneut aufgeschoben. Darüber, dass Sie bei der Angleichung der Lehrer staatlicher Art an jene der Landeslehrer keinen einzigen Schritt weitergekommen sind, will ich gar nicht reden. Gerade bei den Kollektivverträgen im Bereich Sanität und Bildung möchte ich Sie bitten, ehrlich zu sein. In den letzten Jahren wurde die Verhandlung dieser Verträge immer wieder aufgeschoben. Sie werden mir doch nicht erzählen wollen, dass in den nächsten Jahren angesichts der Krise große Gehaltserhöhungen und Anpassungen möglich sein werden. Selbstverständlich geht es mir nicht nur um die Angestellten im öffentlichen Dienst. Es geht auch um die Angestellten in der Privatwirtschaft. Wir werden ein großes Problem haben, nämlich das Problem der Arbeitslosigkeit. Darüber werden wir im nächsten Jahr reden müssen. Wir dürfen den Mittelstand nicht vergessen, denn der Mittelstand wird immer zur Kasse gebeten, aber wenn es um Beiträge geht, fällt er oft durch den Rost.

Vielleicht habt ihr gemerkt, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen im Südtiroler Landtag: Ich habe bei den Herausforderungen, die anstehen, bewusst die Wir-Form gewählt. Dies deshalb, weil ich mich und wohl wir alle uns verpflichtet fühlen, unseren konstruktiven Beitrag zu leisten, wenn das Haushaltsgesetz genehmigt wird und die Finanzmittel, die ja die Steuergelder aller SüdtirolerInnen sind, zugewiesen werden. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** *Ich beginne jetzt.* Grazie presidente! Un conduttore molti anni fa iniziò il suo impegno televisivo dopo alcuni anni di assenza con delle parole ...

**PRÄSIDENT:** Si sente male.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Si sente male?

**PRÄSIDENT:** Adesso meglio.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Forse perché avevo messo i fogli sul microfono, se va bene così proseguo.

**PRÄSIDENT:** No, purtroppo no.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Farò l'intervento nel pomeriggio, presidente.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung. Der Abgeordnete Urzì wird am Nachmittag Stellung nehmen. Herr Knoll, möchten Sie ihre Wortmeldung noch am Vormittag machen?

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ja.

**PRÄSIDENT:** Gut, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Tat ist heuer ein außergewöhnliches Jahr. Wir alle wurden im Frühjahr von einer Situation überrascht, die wir uns wohl kaum hätten vorstellen können. Sie zeigt uns nicht nur die Schwächen der Institutionen auf, sondern auch die Schwäche unserer Gesellschaft. Wir alle sind – ich sage das ein bisschen salopp – Kinder des Wohlstandes und Kinder einer krisenfreien Zeit. Wir Abgeordnete im Landtag sind alle Nachkriegsgeborene und in eine Welt hineingewachsen, die nicht nur überschaubar, sondern in vielen Bereichen planbar war. Zum ersten Mal erlebt unsere Gesellschaft eine Krise, mit der wir nicht erprobt sind umzugehen, von der wir nicht wissen, wie wir darauf reagieren sollen. Das unterscheidet uns vielleicht von den vorhergehenden Generationen, die Weltkriege durchgemacht und andere Krisen wie Option usw. mitgemacht haben. Eine Pandemie hat in Relation zu einem Krieg natürlich eine ganz andere Dimension. Von uns wird verlangt, zu Hause zu bleiben, während die Generation vor uns oft nicht wusste, wie sie Essen auf den Tisch bekommen sollte. Das zeigt uns schon auch ein bisschen die Verhältnismäßigkeit auf. Nichtsdestoweniger hat diese Krise auch unser Land hart getroffen, wirtschaftlich, gesellschaftlich, aber auch autonomiepolitisch. Wenn ich sage, dass sie uns die Grenzen unserer Gesellschaft auf, dann sage ich, dass sie uns auch die Grenzen unserer politischen Möglichkeiten und damit einhergehend natürlich auch die Grenzen unserer Autonomie auf. Wir haben in diesem Jahr in vielen Bereichen auch die Endlichkeit, um nicht zu sagen das Ende der Autonomie kennengelernt. Das sehen wir gerade in diesen Tagen wieder. Wir werden in wenigen Tagen das Weihnachtsfest feiern und wissen bis heute noch nicht, ob und in welcher Form die Bürger in unserem Land Weihnachten feiern dürfen, da wir nicht selber bestimmen dürfen. Nicht wir als Individuen, nicht wir als Land Südtirol können darüber entscheiden, wie wir das Weihnachtsfest feiern, ob und unter welchen Voraussetzungen wir die eigenen Eltern treffen dürfen. Wenn wir vor einem Jahr über derartige Möglichkeiten auch nur philosophiert hätten, wir wären für verrückt erklärt worden. Niemand hätte auch nur andenken können, dass wir in eine Situation kommen, in der wir nicht selbst bestimmen können, ob wir unsere Eltern, Partner usw. treffen können. Wir sind seit Wochen in dieser Situation, wobei es natürlich müßig ist darüber zu diskutieren, ob diese Situation vorauszusehen gewesen wäre, ob man anderweitig darauf hätte reagieren können. Alle Länder weltweit sind von der ersten und zweiten Welle überrascht worden und haben nicht rechtzeitig darauf reagiert. Wir erleben auch die Endlichkeit der Europäischen Gemeinschaft. Wie oft haben wir in den letzten Jahren in vielen schönen Sonntagsreden diese schönen Worte vom vereinten und grenzenlosen Europa gehört, von dieser Zusammenarbeit nach der Überwindung von Weltkriegen usw. Dann müssen wir uns schon die Frage stellen, auf welchen Füßen dieses Haus Europa gebaut ist, wenn es im Grunde genommen bei der ersten Krise – wir reden nicht von einem Krieg, sondern von einer Gesundheitskrise – zusammenbricht. Wir haben in der ersten Welle erlebt, dass von der Solidarität der EU-Staaten überhaupt nichts übriggeblieben ist. Aufgrund der Schnelllebigkeit unserer vergessen wir allzu schnell bestimmte Entwicklungen. Denken wir nur daran, dass vor einigen Monaten Staaten Auslieferungsstopps für Schutzanzüge und Schutzausrüstung verhängt haben, weil man nicht wollte, dass andere Staaten Schutzausrüstung aus dem eigenen Land bekommen. Da sieht man sehr deutlich, dass von der europäischen Solidarität nichts mehr übriggeblieben ist. Erst letzte Woche fand in Brüssel wieder ein großer Gipfel statt, und da habe ich mir ein bisschen die Frage gestellt, um was es da eigentlich geht. Geht es um die Frage, wie wir Europa gemeinsam stärker machen können oder geht es um die Frage, wie wir die Krise gemeinsam bekämpfen können? Darum ging es nicht. Es ging um etwas anderes, nämlich ums Geld. Ich habe oft den Eindruck, als ob Europa in der Wahrnehmung der Regierungen – damit meine ich nicht die Landesregierung, sondern die staatlichen Regierungen – manches Mal nur als Geldtopf wahrgenommen wird, wo man sich bedienen kann, um vielleicht manches Mal staatliche Nachlässigkeit zu sanieren. Das haben wir in Italien in den letzten Jahren ganz stark erlebt, auch in diesem Jahr. Italiens ist ein Staat, der unglaublich verschuldet ist, was auch mit der

Misswirtschaft der letzten Jahrzehnte zu tun hat. Ich habe oft ein bisschen den Eindruck, als ob man die Corona-Beiträge, die aus Europa kommen, als Willkommensgeschenk sieht, um damit die Staatsfinanzen zu sanieren. Man bekommt jetzt passend zu Weihnachten einen Geldsäckel in die Hand, um damit die Schulden der Vergangenheit bezahlen und die Misswirtschaft der vergangenen Jahre kaschieren zu können. Wenn das der Geist Europas ist, dann können wir uns malen, dass bei der nächsten Krise, die vielleicht nicht nur eine reine Gesundheitskrise sein wird, von Europa nicht viel übrigbleiben wird. Dass das nicht Schwarzmalerei ist, haben wir bereits 2015 gesehen, als es um die Flüchtlingskrise ging. Auch damals war von diesem gemeinsamen Geist eines gemeinsamen Europas nicht viel übrig. Auch da ist jeder Staat in seinen eigenen Nationalismus verfallen und es ging nur darum, wie man die eigene Grenze schließen und das Problem an der Grenze abfangen kann. Das hat mit der Flüchtlingskrise vielleicht noch einigermaßen funktioniert, aber spätestens mit der Viruskrise haben wir gesehen, dass es nicht mehr funktioniert. Das Virus lässt sich nicht von bewaffneten Soldaten oder von einem Schlagbaum an der Grenze abhalten. Es lässt sich auch nicht dadurch abhalten, dass man Grenzen dichtmacht. Kein Staat in Europa ist dadurch verschont geblieben, dass irgendwelche Grenzen geschlossen wurden. Die Staaten in Europa sind mehr oder weniger alle gleich von der Pandemie betroffen. Es gibt nicht die Insel der Seligen, die nicht davon betroffen sind. Im Grunde genommen zeigt sich, wie wichtig hier eine Zusammenarbeit wäre. Leider verfällt man gerade in diesen Tagen wieder in den alten Nationalismus, wieder in das grenzstaatliche Denken und nicht in die Frage, was man gemeinsam tun könnte. Im Gegenteil, man schottet sich wieder ab. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind natürlich die Grenzregionen in ganz Europa und somit auch Südtirol. Grenzsicherungen können aus der Philosophie eines zentralistisch geführten Staates vielleicht irgendwo nachvollziehbar sein, aber für die Menschen vor Ort sind das unlösbare Probleme. Wir haben diese Problematik bereits in der ersten Welle gehabt und haben nichts daraus gelernt. Die Grenzen sind wieder geschlossen worden und seit November haben wir die Situation, dass man den Partner und die eigene Familie nicht mehr treffen kann. All das ist derzeit auf legalem Wege nicht möglich, und ich sage noch einmal. Hätten wir vor einem Jahr darüber gesprochen, so hätte man uns für verrückt erklärt. Wir müssen uns die Frage stellen, was unsere Autonomie noch Wert ist, wenn wir nicht einmal selber entscheiden können, ob wir unsere Eltern oder Partner besuchen können, die auf der anderen Seite der Grenze wohnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier nicht wegschauen. Wenn ich sage "wir", dann meine ich bewusst wir als Abgeordnete, wir im Südtiroler Landtag. Es ist leicht, von einem Europa ohne Grenzen zu philosophieren. Es ist leicht, von einem Europa der Regionen zu philosophieren, aber die Frage ist, was wir tun, um dieses grenzenlose Europa möglich zu machen. Wo haben wir uns als Land Südtirol gewehrt, als es darum ging, die Grenze am Brenner zu schließen? Ist jemand von uns an der Grenze oben gestanden oder hat irgendjemand von uns in Rom Protest eingelegt? Haben wir als Landtag offiziell dagegen protestiert oder bewusst Widerstand geleistet? Man kann nicht eine Grenze schließen, die Familien voneinander trennt. Nichts von alledem ist geschehen. Es hat vielleicht ein paar informelle Gespräche gegeben, aber nichts Substanzielles. Dieses Nicht-mit-uns ist notwendig, um auf die Bedürfnisse der Menschen in unserem Land einzugehen. Nichts zu tun, bedeutet, die Menschen in die Illegalität zu drängen. Wir brauchen uns nichts vormachen. Trotz Gemeinde- und Provinzgrenzen, die nicht überschritten werden durften, haben sich die Menschen das nicht verbieten lassen und haben sich trotzdem getroffen. Wir haben unzählige Zuschriften von Bürgern bekommen, die gesagt haben, dass sie sich das nicht verbieten lassen und trotzdem ihre Eltern treffen. Ich habe einen tragischen Fall einer Familie, wo sich eine Frau in der ersten Welle darangehalten hat. Ihr Vater hat einen Herzinfarkt erlitten und sie hat ihn nie wieder lebend gesehen. Sie hat mir danach einmal geschrieben, dass sie froh gewesen wäre, wenn sie sich nicht an die Gesetze gehalten hätte, denn dann hätte sie ihren Vater noch einmal lebend getroffen. Da frage ich noch einmal: Handeln wir oder lassen wir uns behandeln? Das Schlimmste, was man in dieser Krise tun kann, ist nichts zu tun. Südtirol hat in den letzten Wochen gehandelt, und hier möchte ich ausdrücklich Landesrat Widmann hervorheben, der mit seiner Idee einer Massentestung zumindest einmal den Versuch unternommen hat, nicht nur in der passiven Rolle zu verharren, sondern auch aktiv etwas zu tun. Die Südtiroler haben unter Beweis gestellt, dass sie bereit sind, sich an einer solchen Initiative zu beteiligen. Wenn wir uns die Massentestungen in anderen Ländern anschauen, so können wir als Südtiroler stolz darauf sein, wenn wir sehen, wie viele Menschen sich in Südtirol daran beteiligt haben. Ob das dann die ultimativ beste Initiative war oder ob es nicht auch andere Initiativen gegeben hätte, steht auf einem anderen Blatt Papier, aber wichtig ist, dass man überhaupt einmal etwas tut und handelt.

Ich stelle in dieser Krise auch noch etwas anderes fest. Wenn ich davon spreche, welchen Wert unsere Autonomie hat, dann muss ich leider auch feststellen, dass wesentliche Grundpfeiler der Autonomie im Grunde genommen der Corona-Krise geopfert werden. Es gibt in der Hierarchie immer ein Problem, das wich-

tiger oder größer ist, anstatt dass man sich auch um die kleinen Probleme kümmern würde. Das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache gehört zu den wesentlichen Grundsäulen der Autonomie. Wir hatten schon vor der Krise das Problem, dass im Gesundheitswesen – nicht nur in den Krankenhäusern, sondern auch in der Pflege – immer mehr Personen arbeiten, die die Sprache der Mehrheitsbevölkerung – ich sage bewusst nicht der deutschen Bevölkerung – nicht sprechen. Das sehen wir in der Corona-Krise noch in verschärftem Maße. Ich muss hier leider feststellen, dass wir eine Landesregierung haben, für die der Gebrauch der Muttersprache offenbar kein Anliegen mehr ist. Wir haben erst in dieser Woche wieder gesehen, dass die Landesregierung selbst ein Praktikum ausgeschrieben hat, und zwar für Menschen, die Italienisch lernen wollen und wo darauf hingewiesen wird, dass es Landesämter gibt, in denen ausschließlich oder größtenteils nur Italienisch gesprochen wird. Da frage ich mich, ob die Landesräte eigentlich von diesen Dingen wissen? Ist das die Politik, die sich die Väter der Autonomie für unser Land vorgestellt haben? Wir mussten jahrelang dafür kämpfen, dass in den öffentlichen Stellen auch Einheimische angestellt werden, damit die deutsche Sprache aus der öffentlichen Verwaltung nicht verdrängt wird, so wie es in der Zeit des Faschismus und in den 50-er und teilweise auch 60-er Jahren der Fall war. Und jetzt nehmen wir stillschweigend hin, dass es in Südtirol offenbar Landesämter gibt, in denen ausschließlich Italienisch gesprochen wird, und darauf sind wir auch noch stolz. Ist das unsere Südtirol-Autonomie? Wo geht die Reise bitteschön hin? Wir können uns ausmalen, dass in ein paar Jahren nicht mehr viel von unserer Muttersprache übrigbleiben wird. Das haben wir bei den Ärzten gesehen. Da heißt es ja auch: "Bevor wir keinen Arzt haben, nehmen wir lieber einen, der nur Italienisch sprechen kann." Es gibt Pfleger, die nur Italienisch sprechen. Wir können das auf alle Bereiche unseres Lebens ausdehnen. Bei der Post können wir auch sagen: "Bevor wir die Post überhaupt nicht zugestellt bekommen, nehmen wir Briefträger, die nur Italienisch sprechen können." Für die Polizei gilt dasselbe, auch für das INPS/NISF. In allen Ämtern können wir sagen: "Wir bekommen kein qualifiziertes Personal. Lieber als gar kein Personal, nehmen wir eben solches, das nur Italienisch spricht." Wenn wir diese Philosophie verfolgen, dann werden wir irgendwann an einen Punkt kommen, an dem wir uns fragen müssen, für was wir überhaupt noch Deutsch sprechen. Wir können ja eh alle Italienisch. Ich weiß, dass diese Warnungen immer wieder kommen, aber sie werden nicht gehört, wobei die Schläge gegen die Grundsäulen der Autonomie immer tiefgreifender werden. Ich würde mir hier eine Landesregierung wünschen, die mehr Wert auf die Grundsäulen der Autonomie legt. Es geht hier nicht darum, für oder gegen etwas zu sein. Es geht nicht darum, ob man dafür oder dagegen ist, dass jemand mehrere Sprachen spricht, sondern es geht darum, ob der Grund für eine Autonomie in Zukunft überhaupt noch gegeben ist. Wir haben die Autonomie nicht deshalb, weil wir so schöne Berge haben oder weil bei uns so gute Äpfel wachsen, sondern weil wir ein Land sind, das aufgrund der geschichtlichen Ereignisse zu Italien gekommen ist, das aber nicht Italien ist, dessen Bewohner nicht Italiener sind. Wenn wir uns selbst zu Italienern machen und auch noch stolz darauf sind, dass wir Landesämter haben, in denen kein Deutsch mehr gesprochen wird, dann gute Nacht.

Der Landeshaushalt ist in diesem Jahr wieder üppig, aber damit hängt auch die Frage zusammen, wie es um die Wirtschaftsbetriebe in unserem Land steht. Wir erleben, was es bedeutet, auf der falschen Seite der Grenze zu wohnen, nicht nur die Familien und Partner, die sich nicht treffen dürfen, sondern auch die Wirtschaftsunternehmen, die Gastronomie, die im ersten und zweiten Lockdown immer wieder ihre Tore schließen musste. Es stehen nicht nur die Existenzen dieser Unternehmen und Gastronomen auf dem Spiel, sondern auch Arbeitsplätze. Denken Sie auch an die vielen Zulieferer, die damit zusammenhängen. Wenn es in unseren Dörfern kein Wirtshaus mehr gibt, dann hängt damit auch das kulturelle Leben in unseren Dörfern zusammen. Wir mussten erleben, dass wenige Kilometer weiter auf der nördlichen und östlichen Grenze – also in Nord- und Osttirol - Gastronomiebetriebe, die im zweiten Lockdown schließen mussten, bis zu 80 Prozent des Einkommensverlustes ersetzt bekommen haben. In Südtirol gab es das nicht. Wenn man also auf der falschen Seite der Grenze wohnt, hat man schlichtweg Pech gehabt. Dieses "Pech gehabt" ist aber nicht nur ein persönlicher, sondern auch ein wirtschaftlicher Nachteil und damit natürlich auch ein Wettbewerbsnachteil. Der Standort Südtirol wird für viele Unternehmen immer unattraktiver. Das ist mit der Corona-Krise jetzt besonders spürbar geworden. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass immer mehr Betriebe aus Südtirol abgewandert sind. Dasselbe gilt für junge Fachkräfte; nehmen wir das Beispiel der Mediziner her. Viele Jungärzte kommen nicht mehr nach Südtirol zurück. Es hat einmal eine Umfrage der Hochschülerschaft gegeben, bei der herausgekommen ist, dass sich zwei von zehn Studenten, die Medizin studiert haben, vorstellen können, nach ihrem Studium nicht mehr nach Südtirol zurückzukehren. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Bedingungen sind schlecht, es gibt unglaublich viele bürokratische Hürden in Bezug auf die Anerkennung der Studientitel usw., die finanzielle Entschädigung ist geringer usw. Das lässt sich inzwischen auf ganz viele



Bereiche der Wirtschaft in unserem Land ausdehnen. Die Corona-Krise offenbart also für das Land Südtirol die Problematik, zum falschen Staat zu gehören. Der italienische Staat hat in den letzten Wochen viele schöne Versprechungen gemacht, was man alles unterstützen möchte, die Kassenbon-Lotterie usw., aber irgendwo müssen wir uns doch die Frage stellen, wer das alles bezahlen soll. Der italienische Staat war schon vor der Corona-Krise praktisch bankrott. Er hat neben Griechenland die meisten Schulden in Europa. Durch die Corona-Krise ist der Schuldenstand noch einmal rasant gestiegen. Der Staat versucht, mit Geld, das er eigentlich nicht hat, gegen die Corona-Krise zu kämpfen, mehr schlecht als recht, aber das wird nicht auf Dauer funktionieren. Wer soll das irgendwann einmal alles zahlen? Das hat ja wirtschaftliche Auswirkungen. Es ist zu befürchten, dass die Wirtschaftskrise in den nächsten Jahren noch viel größer werden wird, als es die Gesundheitskrise derzeit ist. Glauben wir nicht, dass Südtirol davon nicht betroffen sein wird. Wir haben es in den 90-er Jahren schon einmal erlebt, dass der italienische Staat in einer Nach- und Nebelaktion eine Kontosteuer eingeführt hat, mit der den Bürgern über Nacht einfach ein Teil ihres Geldes vom Konto abgezogen wurde. Jetzt wird darüber gesprochen, eine Vermögenssteuer einzuführen. Diejenigen, die schon einige Legislaturen hier im Landtag sind, haben erlebt, dass auch die Finanzautonomie von Seiten des italienischen Staates nicht eingehalten wurde, indem Beiträge, die dem Land Südtirol aufgrund der Autonomieverhandlungen zustehen, nicht ausbezahlt wurden. All das steht uns wieder bevor; da brauchen wir uns nicht in den Sack zu lügen. Der italienische Staat hat jetzt noch weniger Geld als vor der Krise und wird sich dieses Geld irgendwann irgendwo holen müssen. Wo holt er es? Bei jenen Personen, die Geld haben, und dazu zählen nun einmal auch wir Südtiroler, nicht weil wir das Geld geschenkt bekommen oder weil es bei uns auf den Bäumen wächst, sondern weil wir ein Land sind, in dem die Menschen fleißig arbeiten, Steuern zahlen und in den letzten Jahren auch gut gewirtschaftet wurde. Gut wirtschaften heißt nicht, dass man einen Geldesel daheim hat und dass man sich nur nach Belieben bedienen kann, weil man es jetzt eben gerade braucht. Es ist notwendig, dass sich das Land Südtirol fragt, ob das überhaupt noch zukunftsfähig ist, ob wir es uns unseren nächsten Generationen überhaupt noch zumuten können, unter solchen Voraussetzungen Teil eines Staates zu sein, der uns nichts als Schwierigkeiten macht. Wo haben wir überhaupt noch einen Vorteil von der Zugehörigkeit zum italienischen Staat? Wenn ich von Autonomie spreche, dann sage ich auch, dass wir unsere Autonomie in den letzten Jahren zu einer Finanzautonomie verkommen lassen haben. Jetzt spielt die Finanzautonomie auch nicht mehr, und im Grunde genommen bleibt gar nichts mehr übrig. Wenn wir uns ein bisschen die Rhetorik der letzten Wochen und Monate anhören, so hört man immer wieder: "Wir müssen auf das pochen, was Rom tut. Wir müssen erst einmal schauen, was Rom entscheidet und können hier nicht alleine entscheiden. Rom hat hier mitzusprechen." Es geht also nicht mehr darum, was wir wollen oder was wir unser Land notwendig wäre. Die Diktion lautet immer nur noch: "Wir müssen schauen, was Rom will." Das ist keine Autonomie, liebe Kolleginnen und Kollegen! Autonomie bedeutet selber entscheiden und Selbstbestimmung. Wie oft wurde auch von der Regierung gepredigt, dass die Autonomie eine Form der inneren Selbstbestimmung sei. Wo bestimmen wir noch selber? Wir dürfen nicht einmal selber darüber bestimmen, wie wir Weihnachten feiern. Das ist unsere Autonomie im Jahr 2020! Da geht es nicht ums Schlechtreten, sondern es geht darum, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Im Rahmen der Wirtschaftskrise wurde bereits einmal das nationale Interesse wiedereingeführt, was bedeutet, dass Autonomiebestimmungen ausgehebelt werden können, wenn es um die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des italienischen Staates geht. Jetzt sind wieder Sondermaßnahmen erlassen worden, bei denen es um die staatlichen Interessen im Zuge der Pandemie geht. Aber wer garantiert uns, dass diese Rechte, die jetzt beschnitten werden, nicht dauerhaft beschnitten werden? Was einmal weg ist, ist weg. Auf Europa – das sehen wir ganz deutlich – brauchen wir uns in dieser Frage nicht verlassen, denn Europa besteht nicht aus den Europäern, sondern aus den Nationalstaaten. Wenn die erste Krise vor der Tür steht, dann haben diese nichts anderes im Sinn, als auf den eigenen Staat zu schauen. Da geht es nicht mehr um Solidarität. Deshalb muss das Land Südtirol aufpassen, dass die Corona-Krise nicht auch zu einer handfesten Autonomie-Krise im ethnischen und wirtschaftlichen Sinne wird. Die Verteilungskämpfe werden auch in Südtirol ausbrechen. In vielen Bereichen werden wir uns fragen müssen, ob wir uns dieses oder jenes noch leisten können. In manchen Bereichen ist es sicher sinnvoll, sich diese Frage zu stellen, denn in den letzten Fragen wurde auch vieles gefördert, bei dem man sich die Frage stellen musste, ob es das wirklich braucht. Manches Mal ist es also durchaus nicht verkehrt, bestimmte Dinge zu hinterfragen. Wenn dahinter aber die Frage steht, ob diverse Dinge in Zukunft erhalten bleiben können – denken wir beispielsweise an die vielen Vereine oder Freiwilligenorganisationen, die teilweise auf öffentliche Beiträge angewiesen sind -, so hat das auch substanzielle Auswirkungen. Wir sind nicht wie andere Regionen in Italien, in denen es keine freiwilligen Feuerwehren usw. gibt. All das funktioniert nur, wenn unser Land auch wirtschaft-

lich funktioniert. Wir sehen ja, auf welch tönernen Füßen unsere Wirtschaft steht. Wir haben immer geglaubt, dass es immer so weitergehen wird. Wir waren in den letzten Jahren verwöhnt. Es ist immer aufwärts gegangen, wenngleich es mit der Wirtschaftskrise einmal einen kleinen Dämpfer gegeben hat, aber im Großen und Ganzen ist es uns immer recht gut gegangen. Jetzt sehen wir, was passiert, wenn eine Krise ausbricht, der Tourismus nicht mehr läuft, Hotels nicht mehr aufsperrt und damit zusammenhängend auch die Gastronomie nicht mehr arbeiten kann, der Handel nicht mehr arbeiten kann usw. Wir müssen uns also Gedanken darüber machen, wie wir Südtirol zukünftig sicherer und breiter aufstellen können, denn niemand kann uns garantieren, dass der Tourismus in Südtirol wieder so sein wird, wie er vorher war. Wir vergessen allzu oft, dass unser Land derartige Dinge schon einmal durchgemacht hat, wenngleich unter anderen Voraussetzungen. Der Tourismus in unserem Land war vor dem Krieg nicht derselbe wie nach dem Krieg. In vielen Bereichen konnte nicht mehr an das angeschlossen werden, was vor dem Krieg war. Die Corona-Krise ist auch eine Wirtschaftskrise, die uns noch viele Jahre begleiten wird. Werden sich die Touristen in Zukunft noch leisten können, in Südtirol Urlaub zu machen, das heißt das Geld in Südtirol auszugeben? Wir haben ja bewusst großen Wert darauf gelegt, dass Südtirol preislich ein Hochsegmenttourismusland ist, das heißt, dass wir keine Billigdestination, sondern eine Qualität-Destination sind, was natürlich auch seinen Preis hat. Wenn sich Touristen das nicht mehr leisten können, dann hat das Auswirkungen auf unseren Tourismus.

Ich schließe nicht mit einem negativen, sondern mit einem positiven Ausblick. Wir haben in dieser Corona-Krise die Möglichkeit, etwas zu lernen, nämlich, dass es in unserer Gesellschaft, Geschichte und Wirtschaft nicht immer so weitergeht. Das heißt, dass wir die große Chance haben, ein Stück weit Veränderungen herbeizuführen. Wir haben in den letzten Jahren immer nur auf Kontinuität gesetzt; jetzt werden wir uns den neuen Gegebenheiten anpassen und Veränderungen in unserem Land zulassen müssen. Wir werden uns in vielen Bereichen neu erfinden müssen, und ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen werden. Wir haben als Land Südtirol schon ganz andere Krisen überwunden. Wir haben Weltkriege und Diktaturen überwunden und sind eigentlich immer gestärkt aus diesen Krisen herausgegangen, weil wir als Land geeint waren, vor allem aber, weil wir wussten, was gut für unser Land ist. Wenn wir gestärkt aus dieser Krise herausgehen wollen, dann werden wir uns wieder auf diese Wurzeln besinnen müssen. Wir dürfen uns nicht länger in Lethargie begeben und uns von anderen sagen lassen, was wir zu tun haben und was in unserem Land gemacht werden muss. Wir müssen selbst wieder die Feder in die Hand nehmen. Wir müssen selbst wieder Herr in unserem Haus werden und entscheiden, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. Nichts wäre schlimmer, als das Heft aus der Hand zu geben und unsere Zukunft vom Wohlwollen und von den Entscheidungen anderer abhängig zu machen. In diesem Sinne möchte ich meine Haushaltsrede mit dem Appell an den Südtiroler Landtag beenden, in der Krisenzeit weniger auf Parteiinteressen zu schauen. Da habe ich in den letzten Monaten eine große Entwicklung bemerkt. Wir waren in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch im Südtiroler Landtag ein recht fragmentiertes Grüppchen von verschiedenen Parteien und Ideologien in diesem Lande. Ich habe aber festgestellt, dass wir es in den letzten Monaten auch über Parteigrenzen hinweg geschafft haben, zu verschiedenen Themen einen Konsens zu finden. Wir haben das im Frühjahr geschafft, als wir den Menschen versprochen haben, einen eigenen Südtiroler Weg zu gehen. Ich bin der Überzeugung, dass wir als Oppositionsparteien noch nie so gut zusammengearbeitet haben wie in dieser Legislaturperiode und ich bin zuversichtlich, dass wir einen eigenen Südtiroler Weg gehen können und werden, wenn wir den Willen dazu haben, das Heft in die Hand zu nehmen und zu entscheiden, was für unser Land das Beste ist.

**PRÄSIDENT:** Möchte noch jemand am Vormittag mit seiner Stellungnahme beginnen?  
Herr Abgeordneter Ploner, Sie wären der nächste.

**PLONER Franz:** *(unterbricht)*

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.  
Abgeordneter Urzì, bitte.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Presidente chiedo scusa, è solo per dire che allora volentieri riprenderei io all'inizio del pomeriggio.

**PRÄSIDENT:** Selbstverständlich.  
Die Sitzung ist bis 14.30 Uhr unterbrochen.

ORE 12.54 UHR

-----

ORE 14.32 UHR

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

*Bestätigung der Anwesenheit über die "Concilium"-Plattform (anstelle des Namensaufrufs) – conferma della presenza sulla piattaforma "Concilium" (invece dell'appello nominale)*

Ich möchte noch mitteilen, dass wir die Sitzung heute um 17.30 Uhr beenden. In den letzten Jahren gab es immer eine kleine Weihnachtsfeier, die heuer natürlich entfallen wird. Trotzdem wird es ein paar Worte geben und den Abgeordneten, die hier sind, werden ein paar Kekse ausgeteilt, so dass man weiß, dass Weihnachten ist. Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, die hier im Saal sind, also nach Sitzungsende noch hier zu bleiben.

Wir fahren mit der Generaldebatte fort. Herr Abgeordneter Urzì, bitte.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Mi sono procurato le cuffie.

**PRÄSIDENT:** Funziona adesso, bravo!

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Grazie molte presidente! Dove eravamo rimasti? Mi rivolgo con questa domanda al presidente della Provincia, eravamo rimasti ai mutui e all'indebitamento della Provincia di Bolzano. Nel marzo scorso, nel pieno della crisi, la Giunta provinciale si riuniva in conferenza stampa evidentemente, un po' scimmiettando il presidente Conte, prima le conferenze stampa e poi il Consiglio provinciale, per annunciare che la Provincia era pronta ad assumersi l'onere dell'indebitamento diretto per 1 miliardo, 2 miliardi con la possibilità di licenziare anche dei *bond*, considerato che il *rating* della Provincia era sufficientemente alto per poterlo giustificare.

Eravamo rimasti proprio a questo, presidente, e mi piace anche recuperare questi passaggi, se li trovo nelle comunicazioni che furono fatte al tempo: "Si sta verificando l'emissione di *bond* provinciali, così come la concessione di prestiti da parte della Banca Centrale Europea, perché il buon *rating* della Provincia in questo senso rappresenta un ottimo punto di partenza" – comunicato ufficiale del 31 marzo 2020 da parte della Giunta provinciale, misure pronte il 31 marzo per oltre 2 miliardi di euro e così siamo andati tutti a letto molto più tranquilli.

Poi abbiamo scoperto, presidente, che invece per fare i *bond* bisognava mettere mano alla Costituzione della Repubblica Italiana e quindi i *bond* non si sono fatti, l'indebitamento non c'è stato e quindi ci siamo risvegliati un po' meno tranquilli.

Dove eravamo rimasti, presidente? Siamo rimasti alle parole del presidente Kompatscher l'altro giorno in aula, che ci ricorda come questa volta, dopo i *bond* di marzo che non si sono mai visti, è la volta del *Recovery fund*, 47 progetti per 2,4 miliardi e quindi siamo andati a letto tutti tranquilli, tanto è vero che i titoli di tutti i giornali sono stati proprio "47 progetti, 2,4 miliardi di regali dall'Europa alla Provincia di Bolzano", salvo poi rileggerci con un attimo di cautela in più le parole del presidente Kompatscher per poterle meglio inquadrare e le leggo, presidente. "L'Alto Adige è nelle migliori condizioni per accedere a queste risorse, abbiamo individuato 47 progetti per un volume di investimenti di circa 2,4 miliardi di euro. Siamo in grado di investire queste risorse e di concretizzare questi progetti, si tratta di infrastrutture per la mobilità, investimenti per l'istruzione, la formazione, per la sanità, per il sociale nonché per la transizione verde e digitale," – entusiasmo e applausi – "per la sola diffusione capillare della rete internet ultraveloce sono previsti investimenti per 350 milioni di euro." Poi è passata in secondo piano la frase dopo "Nelle prossime settimane e nei prossimi mesi" – quindi siamo già molto in là – "ci impegneremo al massimo, affinché le nostre proposte siano accolte", e così, presidente, eravamo andati a letto tutti più tranquilli e sereni e ci siamo risvegliati invece con la consapevolezza che il *Recovery fund* è una grande volontà, ma non c'è alcuna certezza.

Poi però abbiamo trovato nella relazione del presidente Kompatscher anche gli appelli alla fiducia nelle istituzioni e ovviamente un appello alla coesione sociale, ma ancora una volta è importante e interessante riprendere le parole che il presidente Kompatscher ha usato: "Senza fiducia non riesco a immaginare una vita

degnata di tale nome, dove c'è fiducia, anche le decisioni prese rapidamente sono attuabili nell'interesse della collettività." Ha ragione, presidente Kompatscher, siamo d'accordo con Lei, ma fiducia non significa fiducia incondizionata e soprattutto da parte di un amministratore questo concetto dovrebbe essere assolutamente chiaro.

D'altra parte ho letto una pagina prima di questo appello alla fiducia e alla coesione sociale un altro passaggio della Sua relazione: "Va sottolineato" – leggo testualmente dalle Sue parole – "che talune volte il disaccordo è stato conseguenza della competizione politica e dei desideri di singoli attori di aumentare la propria visibilità" ... di singoli attori di aumentare la propria visibilità ..., e allora, presidente, io mi chiedo a chi fosse rivolto questo appello. Io ritengo più ai componenti della Sua maggioranza, che a soggetti terzi, perché, mi creda, tutto possono fare i soggetti che sono fuori dalla maggioranza, le opposizioni, tutto possono sollevare, ogni obiezione è lecita, ma evidentemente non incide così tanto come le decisioni che possono essere assunte nella stanza dei bottoni.

Quindi posso presumere, presidente, che Lei si trovi in un momento estremamente difficile se addirittura in una relazione di bilancio, si trova a evocare quella che è la difficoltà nel gestire una relazione all'interno della Sua stessa maggioranza. Mi permetta di dire, presidente, con un minimo di malizia, all'interno anche del Suo stesso partito, altrimenti non avremmo avuto occasione di sfogliare il giornale degli imprenditori, il *Wirtschaftszeitung* e trovare in prima pagina Lei e l'*Obmann* Achammer citati come dei litiganti. Evidentemente questo, presidente, mi creda, non fa bene sicuramente alla fiducia delle istituzioni, sapere che all'interno della maggioranza e anche dell'intero primo partito dell'Alto Adige ci sia così forte vivacità e dialettica tanto da indurLa a ritenere che alcuni attori aumentino la propria visibilità politica solo attraverso questi comportamenti.

Certo presidente, mi permetto di dirLe anche che nella vita, quando si hanno in mano responsabilità, bisogna liberarsi degli adulatori e degli adulatori bisogna avere più diffidenza rispetto a coloro che ti criticano, perché è meglio confrontarsi con la realtà, quella vera, quella che sta fuori dal palazzo, liberandosi degli adulatori piuttosto che invece limitare il confronto con le criticità e i critici, ed è per questo che mi sento, presidente, di avere in un certo qual modo la delega, o per lo meno l'autorizzazione, a essere critico nei Suoi confronti, perché Le faccio un favore, è meglio avere qualche aduttore in meno, questo potrebbe aiutarLa nel Suo compito.

Devo però riconoscere, e forse proprio per questo riconosco, presidente, che la relazione che ho seguito l'altro giorno in aula è stata fra le più deludenti che abbia potuto ascoltare negli ultimi 20 anni o qualcosa di più di mio impegno in Consiglio. Anche nella sostanza, 12 paginette molto scarse, forse possiamo dire anche un insieme di buoni propositi, qualche buona banalità, ho letto che vorremmo una società più giusta, una società più forte, più fiduciosa nel suo futuro, cose che normalmente dovrebbero appartenere all'ordine delle cose e delle nostre aspettative. Mi piacerebbe anche recuperarne alcune alla memoria di questo Consiglio, ma basta semplicemente sfogliare la relazione per poterle distintamente trovare tutte, leggo per esempio "attualmente molte persone nutrono grande preoccupazione per il loro futuro e faremo fronte a questa preoccupazione a tutti i livelli", il che mi fa ancora una volta andare a letto molto sereno, ma francamente io, così come chiunque avesse avuto l'occasione di ascoltare il Suo intervento, faremmo fatica a comprendere in che cosa si traduce tutto questo, oltre a essere un'ottima buona intenzione.

Lei precisa, a dire la verità, "a questa preoccupazione si risponde a tutti i livelli nell'istruzione, preparando al meglio le nuove generazioni all'avventura della vita, poi anche a livello economico assicurando la creazione di valore aggiunto e posti di lavoro, ma anche a livello familiare, rafforzando la conciliabilità di famiglia e lavoro e ovviamente nell'ambito delle prestazioni sociali affinché il minor numero di persone possibile si senta abbandonato a se stesso". Questo presidente, non può essere l'oggetto di una relazione programmatica sugli impegni della Provincia per i prossimi tre anni, queste sono banalità, banalità allo stato puro che non creano né coesione né tanto meno fiducia nelle istituzioni.

Insomma, una buona predica di un buon padre di famiglia, diciamo così, che si è sentito addirittura – in omaggio a quel progressismo che è stato richiamato da alcuni commentatori di Suoi interventi – di fare un inno, ed è la prima volta in assoluto che mi capita di ascoltarlo, al pauperismo. Leggo testualmente le Sue parole, presidente, che mai, ribadisco, mai avrei potuto pensare di poter ascoltare in una relazione programmatica in sede di discussione di bilancio da parte di un presidente della Provincia.

"L'umanità sta chiaramente vivendo al di sopra delle sue possibilità, molte persone hanno affermato di essersi rese conto, soprattutto durante il *lockdown* di questa primavera, di quanto poco serva effettivamente per essere soddisfatti". Chiaro? Serve molto poco per essere soddisfatti, lo abbiamo scoperto dalle privazioni

di marzo e allora cittadini, se serve molto poco per essere soddisfatti, siate soddisfatti, non veniate a chiedere alla Provincia.

Questo è il senso della dichiarazione che urta la sensibilità dei cittadini che si trovano ad aver perso le certezze su cui potevano contare sino al giorno prima della crisi e ad essi si dice che comunque viviamo nella terra più bella del mondo, la nostra qualità della vita è meravigliosa – magari un po' meno, presidente, Le ricordiamo il costo della vita – e che devono accontentarsi di quello che si ha, perché solo in questa visione pauperistica, diciamo francescana, potranno trovare il senso della loro vita.

“Comprare cose”- cito ancora il presidente Kompatscher – “di cui non si ha bisogno solo per impressionare gli altri è qualcosa di cui l'umanità può fare a meno a favore di un futuro sostenibile”, no, non siamo in piazza San Pietro, siamo a palazzo Widmann, questa, presidente, non è la risposta a quello che i cittadini fuori dal palazzo chiedono.

Viviamo la più grave crisi del secolo o e io chiedo, lo chiedo a me stesso, lo chiedo agli osservatori più acuti di me, molto più acuti di me, da dove effettivamente ricaviamo dal bilancio la comprensione dell'eccezionalità del momento, non dalla relazione del presidente, in cui ricorre per una trentina di volte la parola Covid e quindi ci ricordiamo che esiste l'epidemia, ma dal bilancio dove ricaviamo la straordinarietà della situazione, da dove ricaviamo che a condizione straordinaria si risponde con strumenti straordinari.

Si ripropone invece il buono schema, già visto nelle ultime annualità, di suddivisione della spesa secondo criteri prestabiliti e secondo una logica di divisione delle risorse per ambiti. Nessuna traccia di riforme, quelle riforme sostanziali che possano dare il segno di un riscatto, di una richiesta, di un tentativo di riscatto, di un ridisegno, di un rimodellamento dell'idea che si ha di autonomia che, lo ribadisco, presidente, è il luogo delle opportunità, ma anche il luogo del costo della vita più alto d'Italia, è il luogo delle opportunità e della bellezza delle diversità, ma è anche il luogo della – ma lo dice Lei – distribuzione sballata delle risorse, e lo dice Lei nella Sua relazione.

Noi di tutto questo spirito riformatore non troviamo una riga e non troviamo una traccia di riforma anche per quanto riguarda la possibilità di rivedere la spesa, e la spesa corrente – ma, attenzione, mi sto riferendo anche a scelte su quali investimenti attuare – ebbene è la più alta, non dico di sempre, ma assolutamente in linea con il passato. Spesa corrente significa costi dell'amministrazione, gestione ordinaria significa non avere una visione. La Provincia di Bolzano non l'aveva ieri, ma quello che è più drammatico, non l'ha oggi nel pieno della più straordinaria emergenza sanitaria e sociale della storia del nostro territorio.

Allora, presidente, dobbiamo prendere atto che ci riproponete anche una collegata, una finanziaria che contiene ancora una volta una serie di misure totalmente estranee al bilancio, interventi legislativi di correzione, di integrazione, ma non contiene quello che ci si sarebbe attesi in una finanziaria di guerra, una finanziaria di emergenza e quindi una serie di misure precise, calcolate, puntuali, determinate, chiare e leggibili nei confronti di coloro che in questo momento soffrono di più della crisi e queste figure scompaiono in questa visione celestiale di richiesta di coesione sociale e di fiducia incondizionata nelle istituzioni. Noi la fiducia la riponiamo, ma la riponiamo sempre condizionata in rapporto alla qualità degli interventi che vengono svolti.

Non troviamo, presidente, traccia dei ristori sui quali si possa fondare un giudizio rispetto a questa manovra di bilancio di emergenza e di guerra, al contrario, presidente, ho posto solo qualche settimana fa più volte la domanda, e non ho ottenuto risposta, quando in sede di discussione sulla mozione presentata dalla maggioranza, con anche qualche firma di consiglieri di minoranza, in cui si diceva “Per tutti i maggiori costi che sono legati alle richieste che la Provincia ha fatto di chiusura di attività provvederemo noi” – grazie, per fortuna provvede la Provincia, se ha chiesto di più rispetto allo Stato, almeno questo – “ma solo sulle misure sulle quali erano previsti interventi di sostegno e di ristoro legati ai provvedimenti Ristoro 1 e 2”, in Parlamento siamo già al Ristoro 5, quindi vuol dire che 3, 4 e 5 sono esclusi da questo novero e avete fatto ancora una volta un bel gioco di prestidigitazione.

Allora, presidente, dobbiamo avere anche il coraggio di ricordarcelo e lo ha fatto Lei con un po' di imbarazzo, sembrava quasi scorgersi un po' di rossore nel viso, imbarazzo nel dire e affermare oggi, a 6 mesi di distanza, che la via altoatesina che si è scelta, che avete voluto scegliere, che avete a grande maggioranza votato in Consiglio provinciale era una via ideologica di rivendicazione di terzietà per potersi muovere in spazi non di autonomia, ma di indipendenza e la mancata predisposizione da parte del Governo – PD, 5 Stelle, sinistra radicale – ebbene è stato il prezzo pagato al quieto vivere della delegazione della SVP all'interno del Parlamento dove sempre più instabili – oggi ancora di più che a maggio – sono i numeri del Governo Conte al Senato.

E allora si è pagato il prezzo nel senso di mancanza di ricorso alla Corte Costituzionale, ma il paradosso di tutto questo è che la via altoatesina oggi si è ridotta a quello che Lei stesso ha comunicato al sottoscritto e poi agli altri colleghi del Consiglio provinciale, ossia che la Provincia non mette in campo in questo momento misure di ristoro economico nei confronti di nessuno, fintantoché non lo avrà fatto lo Stato, nella dimensione in cui lo Stato riterrà di farlo, punto e basta.

Il che significa che la via altoatesina si è risolta in uno *slogan* indipendentista, ma che in sostanza non ha prodotto assolutamente nulla, se non il totale caos di ordinanze che ogni settimana mettevano in discussione la chiarezza della lettura del quadro in cui la vita dei cittadini doveva svolgersi, tanto è vero che nemmeno molti colleghi consiglieri oggi hanno capito o sanno se possono stare nel proprio Comune, in provincia, se possono andare in Trentino, all'estero, sopra o sotto, perché la dimensione caotica della sovrapposizione di misure e ordinanze a puro scopo ideologico sovrapposte l'una all'altra evidentemente ha creato questa condizione.

Nel rapporto con Roma, presidente, si è sfruttata l'emergenza Covid anche per lucrare e questo è quanto più terribile io credo possa essere messo in conto alla responsabilità politica dei maggiori attori politici in Alto Adige. Si è sfruttata l'emergenza Covid per tentare di aggirare il pronunciamento della Corte costituzionale, che era previsto il 2 dicembre scorso, sul tema della possibilità del personale medico che non conosca la lingua italiana di essere iscritto in un albo speciale dell'Ordine dei medici di Bolzano.

Una misura che è stata oggetto di ricorso da parte del Governo e che oggi, per paradosso, ritroviamo con la stessa funzione all'interno del bilancio dello Stato all'articolo 85, una misura su cui è in atto un forte braccio di ferro, perché la sostanza possiamo definirla in questi termini ed è la sostanza peraltro perfettamente delineata nel pronunciamento del Governo Conte, del presidente del Consiglio dei ministri Conte, nel dichiarare anticostituzionale in quel passaggio la legge europea varata dalla Provincia di Bolzano che prevedeva esattamente quella medesima misura.

Se avrete il piacere, perché non può essere che divertente a questo punto leggerlo, di sfogliare questo ricorso alla Corte costituzionale firmato dall'Avvocatura dello Stato e promosso dal presidente Conte contro l'articolo della legge europea di Bolzano che introduceva la possibilità di iscrizione per medici che parlino solo la lingua tedesca all'albo, alla sezione speciale, all'albo speciale dell'Ordine dei medici di Bolzano, bene potrete gustarvi una serie di massime sulle quali sono chiaramente impostate le ragioni di obiezione da parte del Governo rispetto a quella norma e che oggi sono state completamente dimenticate nell'esame in sede di bilancio dello Stato dell'articolo 85 che riproduce esattamente la norma su cui il Governo Conte aveva promosso impugnazione alla Corte costituzionale, completamente dimenticate in omaggio ancora una volta, presidente, a quel necessario obolo che il Governo Conte deve nei confronti della Provincia di Bolzano – leggasi della SVP – per poter contare su quei voti necessari al Senato per garantire e mantenere una maggioranza.

Lo sapete, io ho rimproverato politicamente i soggetti coinvolti, fra questi anche quelli di Governo, fra quelli di Governo ci sono evidentemente il Partito Democratico, che su questo mantiene un profilo molto basso lasciando fare il gioco sporco ad altri, e i 5 Stelle che su questa materia erano stati estremamente critici in sede locale, salvo poi modificare la posizione anche se non modificando la posizione di tutti i parlamentari del Movimento 5 Stelle di cui leggiamo prese di posizione anche odierne sulla stampa locale – il *Corriere dell'Alto Adige* – di fortissima perplessità rispetto a queste misure.

Dicevamo che questo è il più grande favore alle *lobby*, e questo evidentemente è il tema che mi piace essere stato – non in riferimento a questo argomento – citato precedentemente già dal collega Dello Sbarba con grande precisione, il più grande favore alle *lobby*, a cui si prestano coloro che per natura costituente erano nati contro le *lobby* e contro le caste di ogni tipo.

La *lobby* della sanità privata, qualcuno pensava che fosse ammantata di romanticismo questa battaglia sul diritto del medico di lingua tedesca, germanico o austriaco, di potersi iscrivere in Italia? Qualcuno pensa forse, come invece è stato presentato, che questa misura serva a permettere al sistema sanitario, per lo meno in Alto Adige, di rinforzarsi attraverso medici che provengono dall'Austria, dalla Germania?

No, nulla di tutto questo, né romanticismo, né emergenza sanitaria, piacere puro alle *lobby* della sanità privata, che hanno e stanno rinforzando e trasferendo in Alto Adige il sistema delle cliniche private e a fronte della grave crisi del sistema della sanità pubblica, si opera attraverso non la dismissione reale, ma attraverso la dismissione di fatto di interi comparti che vanno ad alimentare il sistema della sanità privata, ma noi non abbiamo sufficienti medici in Alto Adige e probabilmente non ci sarebbe alcun interesse a prendere medici anche dal resto d'Italia.

E allora il sistema delle *lobby* che si è fatto sistema ammantato di romanticismo statutario, citando l'articolo 99, di giustizia delle minoranze linguistiche o di necessità legata al Covid, ebbene, il sistema delle *lobby* propone il meccanismo del reclutamento in Alto Adige di medici che possono tranquillamente non dialogare con il sistema sanitario nazionale, perché saranno l'alimentazione primaria non del sistema della sanità pubblica, perché lì dovrebbero comunque egualmente fare poi l'esame di seconda lingua, ma alimentare il sistema della sanità privata per fare affari, per fare soldi e tutti coloro che tutto questo sistema stanno sostenendo o fingendo di non capire, ne sono complici in senso totale e pieno, perché il prezzo di tutto questo lo pagherà non solo il sistema sanitario nazionale, non solo il sistema sanitario pubblico in Alto Adige, ma lo pagheranno i cittadini perché tutto questo ha un costo, perché il costo delle prestazioni sarà sempre esclusivamente sostenuto dalla finanza pubblica, quindi queste *lobby* le pagheremo noi con le nostre tasse, ma senza garantire ai nostri ospedali di funzionare meglio, ma garantendo solo a coloro che devono fare affari di guadagnare di più.

E allora, di fronte a tutto questo io ho ancora il coraggio di indignarmi, io mi rendo conto che in una provincia del conformismo, dove bisogna essere solo ed esclusivamente graditi o, meglio, accettati, accettati prima di buon grado e poi accettati magari in un altro modo, ebbene, presidente, io ho ancora la consapevolezza del dovere di indignarmi, Voi avete bisogno solamente di coloro che si piegano, non di coloro che hanno il coraggio di esprimere criticamente i loro punti di vista, tanto è vero che Lei richiede la fiducia, ma la richiede incondizionata e non la richiede condizionata alla libertà di pensiero e di espressione, e io non mi stancherò mai di oppormi a questo sistema.

E allora, presidente, parliamo in maniera molto chiara, l'Alto Adige di cui ci vantiamo, l'Alto Adige quello della sanità di cui abbiamo parlato poc'anzi del favore alle *lobby* e l'Alto Adige che mette a disposizione, la Sua Giunta, 10 milioni di euro per la contrattazione collettiva del personale medico, quando non c'è la consapevolezza sindacale, c'è una consapevolezza sociale del fatto che oggi questi denari non siano sufficienti, così come insufficiente è stato il concreto sostegno al personale infermieristico sul quale lo Stato si è attivato, ma qui in Alto Adige si è negato quanto lo Stato ha garantito in termini di indennità.

E, presidente, nella contrattazione per quanto riguarda la contrattazione della scuola, a proposito di future generazioni, leggevamo prima del Suo richiamo così alto e nobile alla necessità – lo riprendo perché era talmente aulico che mi portava alla commozione – “faremo questo nell'istruzione preparando al meglio le nuove generazioni all'avventura della vita”, in soldoni 15 milioni di euro per uno dei settori più martoriati dalla crisi che ha sospeso di fatto per un anno l'educazione dei nostri figli, che ha messo in gravissima difficoltà, esponendolo a un costo enorme dal punto di vista economico per riuscire a garantire di mantenere in essere gli strumenti per la comunicazione, il personale insegnante, 15 milioni di euro che non sono assolutamente sufficienti, impegnati anche per il 23, quindi senza alcuna prospettiva di miglioramento. Zero, nessun progresso per quanto riguarda il bonus docenti, che è garantito in tutta Italia, presidente, e che in Alto Adige no, con la promessa che arriverà, che si troveranno le risorse, che si deve inserire in un modo diverso, perché non dobbiamo fare le cose come l'Italia, sostanzialmente l'idea di *una tantum* e poi basta, al contrario dei 500 euro che annualmente vengono messi a disposizione del personale insegnante in tutto il resto d'Italia, ma noi non dobbiamo fare come tutto il resto d'Italia e allora facciamo zero.

O, presidente, i 428 milioni di euro stanziati per gli aiuti diretti all'economia, a chi non ce la fa, e mi è venuto da sorridere, tragicamente intendo dire, perché quando parlavamo prima del piano della spesa, pensavamo alla possibilità di intervenire laddove ci siano, dicevamo prima, anche investimenti sui quali riflettere e allora pensavo, presidente, ma faccio solo questo esempio, perché se volessimo riempire questo spazio di intervento libero fra i pochi spazi liberi che ci rimangono in Alto Adige potremmo citare esempi molto più lunghi, i 60 milioni di euro impegnati, ci ricorda l'assessore Bessone, per il Polo bibliotecario del nulla, che comporterà l'abbattimento peraltro di una struttura sottoposta a tutela morale mondiale in quanto esempio di razionalismo, ossia il complesso Pascoli-Longon, 60 milioni di euro su 428 milioni impegnati dalla Provincia nel ristoro delle attività in difficoltà e tutto questo mi ha fatto tremare il sangue nelle vene, presidente. E mi ha fatto tremare il sangue nelle vene anche il sentimento altezzoso di chi di fronte all'obiezione “beh, almeno diamo un segnale”, quei 400.000 euro di piazza Magnago per 7 obelischi inutili che si copriranno di ruggine entro due anni, ebbene destiniamolo alle aziende che non ce la fanno, sono 400.000 euro, presidente, ma non ci volete dare una risposta chiara. Questo non va bene, questo non alimenta la fiducia nelle istituzioni, presidente.

Nel 2021 andiamo purtroppo incontro drammaticamente, tutti lo sanno, tutti lo sospettano, tutti lo temono, pochi forse hanno ancora il coraggio di ammetterlo, andiamo incontro alla terza ondata prima degli effetti benefici che potrà avere l'eventuale vaccino di cui potremmo disporre e di fronte a questa terza ondata,

presidente, io Le chiedo in sede di replica Lei ci dica che tipo di interventi ha messo a disposizione questo bilancio.

Ci andiamo alla cieca, senza mezzi aggiuntivi, senza margini di manovra, con l'illusione che basterà il *Recovery Fund*, come molti hanno voluto credere o come ci ha voluto far credere a suo tempo – a noi no, a dire la verità – i *bond* che non sono possibili se non riformiamo la Costituzione, perché un ente che partecipa al castello istituzionale della Repubblica, se si indebita, presidente, indebita l'Italia e la nazione intera non indebita solo se stesso. Elementare.

Allora, presidente, certo, avremo dei margini, i margini saranno quelli di riduzione dei vantaggi fiscali che derivano dall'applicazione della tassazione dell'IRAP piuttosto che l'addizionale IRPEF e saranno soldi che dovremo eventualmente andare a chiedere ai cittadini, questi sono i margini che noi oggi abbiamo all'interno del bilancio 2021 se non interverremo con un piano organico di revisione della spesa. Mi domando se, presidente, a proposito di investimenti non si debbano preferire gli investimenti buoni a quelli cattivi, i fondi per l'edilizia abitativa agevolata, liberare alloggi da ridestinare al mercato dell'affitto, permettere a chi non ce la fa di aderire a un'offerta sociale, aiutare concretamente i cittadini. Io mi domando se vivo solo io in un mondo diverso o ci viviamo tutti quanti, mi domando e chiedo se sono solo io che ricevo decine di persone che vengono a espormi situazioni drammatiche e allarmanti, oppure no, le riceviamo tutti ma poi ad alcuni rimane il senso del dramma di queste esperienze e ad altri invece il senso di bastare esclusivamente a se stessi.

Presidente, io ritengo che in queste circostanze si debba essere molto netti, molto determinati nel richiedere partecipazione. Partecipazione non è una parola esclusivamente d'effetto, la partecipazione è la condivisione delle responsabilità, la condivisione delle responsabilità non passa, presidente, attraverso l'assunzione di ordinanze e poi la comunicazione 10 giorni dopo al Consiglio provinciale, non passa, presidente, attraverso – ma l'ho scoperto solo oggi, devo ammetterlo – il fatto che la commissione bilancio si riunisca e poi però i numeri non siano ancora in ordine e si è costretti a convocazioni non ufficiali per cercare di spiegare meglio i numeri che non c'erano al momento dell'approvazione dei documenti.

Così non va, presidente, partecipazione significa avere un ruolo nelle decisioni e nelle scelte strategiche fondamentali e questa evidentemente è una richiesta che fanno tutte le parti politiche, anche quelle di opposizione che sentono su di loro il senso delle responsabilità delle scelte, ognuno poi evidentemente la vede secondo il proprio metro di giudizio, ma la partecipazione è la responsabilità che deve essere condivisa anche a livello di governo provinciale. Allora presidente, ma in questo caso forse più che presidente mi rivolgo alla delegazione degli alleati del presidente Kompatscher all'interno della Giunta provinciale, e chiedo quanto ci sia di partecipato e di condiviso all'interno di questo bilancio, quale sia il bilancio del primo e unico interlocutore e alleato della Volkspartei a livello provinciale, quale sia il bilancio, un bilancio positivo, un bilancio di soddisfazione, un bilancio critico, se c'è una richiesta di miglioramento, quali sono le richieste di miglioramento.

Possiamo cortesemente, presidente, sentire una voce degli alleati della Volkspartei in Giunta provinciale per capire e mettere a fuoco quale sia l'altro punto di vista, se c'è un altro punto di vista? Perché è ovvio, presidente, che se noi abbiamo riserve da svolgere e da mettere in campo rispetto alla Giunta provinciale, queste riserve riguardano tutta la Giunta provinciale e certamente non solo il presidente della Giunta, anche se egli fa quei distinguo nella sua relazione in cui appunto sembra disegnare un quadro di lotta anche personale nei suoi riguardi, e anche su questo forse dovrebbe dirci di più, perché avremmo il diritto di sapere e capire di più.

Presidente, io mi chiedo se è lo spirito di compartecipazione quello che ha espresso il Suo partito in alcuni Comuni dell'Alto Adige – una questione che abbiamo sollevato nei giorni scorsi, unici ovviamente, perché non interessa a nessuno perché i più ormai hanno il timore di doversi esprimere –, quale sia il Suo punto di vista, presidente, sul fatto che la Volkspartei per esempio nel paese di Fortezza, a proposito di compartecipazione, la Volkspartei che agli articoli 1 e 2 del suo statuto ritiene di essere esclusivamente aperta all'iscrizione e partecipazione su ragione linguistica, non so se definire anche etnica, ossia essere un partito che può aprirsi all'iscrizione esclusivamente di cittadini di lingua tedesca e ladina, ebbene, può spiegarci, presidente, quale logica di partecipazione e di condivisione c'è e se sia la medesima logica di partecipazione e condivisione che si tende ad applicare in un futuro anche in provincia, per cui la Volkspartei faccia eleggere a Fortezza candidati di lingua italiana, in quanto italiani e non solo di lingua italiana per dichiarazioni, per poterli poi affermare come assessori, assumendoli in quanto assessori, a dispregio della presenza in consiglio comunale di altri rappresentanti del gruppo linguistico italiano?

Lo Statuto di autonomia, presidente, prevede la compartecipazione dei gruppi linguistici al ruolo attivo nelle istituzioni, qualunque partito, presidente, il nostro *in primis*, qualunque altro partito che non vincoli l'ade-



sione ad esso per una ragione etnico-linguistica ha il titolo di candidare, proporre e permettere la rappresentanza di qualunque gruppo linguistico.

La Volkspartei ha fatto la scelta nel suo statuto di negare il diritto anche alla rappresentanza del gruppo linguistico italiano, può la Volkspartei, presidente sostituire cittadini liberamente eletti, democraticamente eletti da parte di componenti politiche che non hanno un vincolo etnico in consiglio comunale, sostituirli con rappresentanti formalmente italiani, formalmente per dichiarazione italiani, ma che aderiscono a un partito che non permette per suo statuto la rappresentanza del gruppo linguistico italiano e farli anche assessori alla scuola italiana?

Questo, presidente, è un precedente che riguarderà anche la Provincia di Bolzano in un futuro ossia dopo avere avuto come alleati il PD di Tommasini – e mi scuso perché l'ho citato e non è presente, mi sono sbagliato – e oggi i rappresentanti della Lega, domani possiamo pensare che lo stesso metodo usato a Fortezza, mi risulta a Trodena e in forma più mediata in altri Comuni minori, possa essere applicato anche in Provincia, per cui avremo, a proposito di partecipazione, eletti formalmente del gruppo linguistico italiano in un partito che non accetta il fatto che il partito sia rappresentanza degli italiani, che però vengano eletti e trasformati in assessori del gruppo linguistico italiano?

È possibile chiedere un chiarimento di ordine istituzionale e politico per il futuro della convivenza e del giusto ed equilibrato rapporto fra i gruppi linguistici in Alto Adige alle componenti politiche che oggi siedono in Giunta provinciale? Lo possiamo chiedere, o questo rappresenta in un certo qual modo dichiarare cose che non si devono né dire né dichiarare, tanto che nessuno ha sollevato alcuna obiezione al fatto che l'assessore alla scuola del gruppo linguistico italiano del comune di Fortezza sia un eletto della Volkspartei?

Presidente, Lei ha fatto un richiamo alle responsabilità, concordo, ma le responsabilità non sono mai solo degli altri, sono anche di se stessi e noi ci aspettiamo dichiarazioni chiare da questo punto di vista sui temi che abbiamo sollevato e posso dirLe che mi aspetto che Lei non ce le darà, perché questo è il clima di fiducia che si vuole creare in Alto Adige verso le istituzioni.

Proposte tante, decine, Le ricordo presidente che quando Lei in Consiglio provinciale ci chiese di inviargli le proposte perché Lei era disponibile a tutti, io il giorno dopo Le inviai un elenco di 27 proposte, non abbiamo avuto nemmeno il cenno di un riscontro e non abbiamo nemmeno avuto l'applicazione di quelle proposte. E allora io, presidente, mi chiedo se la politica sia *marketing* di comunicazione. Direi di sì, perché in quest'ultimo anno abbiamo visto quasi esclusivamente *marketing* e scimmiettando Conte devo dire che siete riusciti anche a superarlo talvolta e sia stato molto poco sostanza e io Le faccio subito delle proposte fra le più banali, affinché si possa verificare il grado di coerenza rispetto a ciò che si dice.

La scorsa legislatura abbiamo, dico abbiamo perché mi assumo una responsabilità collettiva dell'istituzione, ma giusto sarebbe dire avete, perché l'avete votato voi, fatto lavorare un Comitato per la revisione della spesa pubblica che è costato 400.000 euro all'anno, il Comitato per la revisione della spesa pubblica è costato 400.000 euro all'anno per non rivedere quasi nulla della spesa pubblica. Possiamo ricominciare da qui, presidente, per verificare se è possibile rivedere non necessariamente i criteri, ma le scelte di fondo rispetto ai finanziamenti in Provincia di Bolzano, riconoscendo che oggi esistono delle emergenze e sulle emergenze bisogna essere presenti più di quanto non lo si fosse nel passato?

A proposito di democrazia, presidente, abbiamo sentito parlare del recupero della fisicità delle relazioni politiche, è evidente che questo rende tutto ancora più distaccato anche perché io ho parlato per tutto il tempo in questa mia relazione a uno schermo in cui il presidente Kompatscher è indicato da due parole "Arno Kompatsch" perché "er" non ci sta e questa è la relazione che si vuole favorire fra le forze politiche e nel rapporto ordinato per la crescita comune, la fiducia nelle istituzioni. Quindi sulla fisicità, presidente, possiamo essere d'accordo, è stato detto da altri colleghi, la democrazia è quella rappresentativa, brava collega Foppa che finalmente lo ha riconosciuto dopo tanti anni, la democrazia è quella della presenza, della capacità di relazionarsi, di confrontarsi, di essere schietti e diretti, di potersi parlare per poi magari rimanere sulle proprie posizioni e lo schermo è proprio uno schermo, talvolta è anche uno schermo.

Presidente, quindi io dico che i cittadini sono stati travolti veramente da una valanga di dichiarazioni, di ordinanze, di comunicazioni, di DPCM, di situazioni in continua evoluzione e io avevo fatto una richiesta, credo fosse aprile, forse maggio, bene siamo a dicembre e la riproponiamo in sede di bilancio, ed è la cosa più sciocca che si potesse dire all'interno del bilancio, ma parto proprio dalla cosa più sciocca per vedere se si vogliono fare le cose sciocche per poi approfondire e affrontare le cose serie.

È possibile che la Provincia di Bolzano non sia riuscita a predisporre una pagina internet in cui io entro e ho immediatamente risposta su tutte le mie domande che riguardano l'emergenza Covid? Il che significa ho

risposta sul fatto se io posso uscire dal Comune senza dovermi leggere 14 ordinanze del presidente della Provincia e cercare di rapportarmi con quelle del DPCM, se io che non riesco a pagare la bolletta della luce ho diritto o meno a un provvedimento.

Abbiamo fatto una richiesta semplice: prevedere la predisposizione di una pagina accessibile dalla *homepage* della Rete Civica dell'Alto Adige, in cui siano elencate in modo intuitivo, sinottico, comprensibile a tutti, con linguaggio semplice dove si dice pane al pane, vino al vino, chiaro, semplice, con l'accesso però, per chi non è così semplice, a tutte le fonti, a tutte le misure, le ordinanze, le leggi provinciali, i DPCM, le leggi statali relative ai provvedimenti commentati, quindi spiegate, un Natalino Sapegno che permetta di comprendere esattamente di che cosa si stia parlando e tutto quello che è ovviamente inerente alla pandemia in corso, con le modifiche aggiornate a seconda delle variazioni introdotte, aggiornate non una settimana dopo, aggiornate di notte, nonché tutte le misure di supporto economico e ristori in essere sia a livello provinciale che di rimando a tutte le misure nazionali, qualora primarie o integrative con rinvio alle fonti e anche alle relative modulistiche. A qualunque domanda un'ottima e chiara risposta. È possibile che siamo solo noi che dobbiamo spiegare ai cittadini se possono andare a comprare in macelleria fuori dal Comune ogni giorno e non deve essere la Provincia a spiegarlo in maniera chiara, leggibile e intuitiva?

Ovviamente tutte le altre risposte sono sui tavoli della politica, sono trasformate in iniziative per quanto è nelle nostre possibilità e competenze e quindi io auspico che il 2021, presidente, sia un anno migliore rispetto al 2020, certo è che le premesse non solo di questa manovra di bilancio, ma anche dell'intervento del presidente Kompatscher non sono le migliori premesse per sperare in qualcosa di meglio. Grazie!

**PLONER Franz (Team K):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, das ist voraussichtlich der letzte ordentliche Haushalt, den der Landtag ohne vorerst geplante Schulden beschließen wird. Er umfasst 6,4 Milliarden Euro, der größte Haushalt in der Geschichte des Landes Südtirol. Die Einzelkapitel in unterschiedlichen Kenngrößen stehen einerseits im Zeichen der existenziellen Herausforderung durch die Covid-19-Pandemie und andererseits für den Beginn eines neuen Jahrzehntes, in dem wir die Weichen für eine sich wandelnde Arbeitswelt und ein klimaschonendes ökologisches Wirtschaftswachstum stellen müssen. Sie haben, Herr Landeshauptmann, bei der Vorstellung des Landeshaushaltes mehrmals auf Biodiversität, Ökologisierung und moralisch-ethisches Handeln hingewiesen; leider spiegeln die einzelnen Haushaltskapitel dies nicht in der erwarteten Größe wider.

Paul Köllensperger hat in seinem Minderheitenbericht zum Haushalt auf Folgendes hingewiesen: "*Leider weitestgehend ein Fortschreiben des Ist-Zustandes, als ob eine Vision gänzlich fehlen würde, wie es nach Corona-Pandemie weiter gehen soll. Dabei ist doch eines ganz klar: ein Weiter-so kann es gesundheitlich, wirtschaftlich und auch gesellschaftlich kaum noch geben und somit auch finanziell müssen wir uns daran gewöhnen, umzusteuern und tiefgreifend zu reformieren!*"

Dieser Haushalt zeigt Stärken, aber auch Schwächen vor allem im Bereich nachhaltiger Ökologie und Investitionen in Wissenschaft und Kultur. Die Verantwortung muss nun für den vorgelegten Haushalt der Landtag übernehmen. Eine Antwort auf die Herausforderung durch die Pandemie ist in der Tat ein starker Haushalt, und das ist er in der Gesamtsumme, aber gleichzeitig ist ein ausgewogener Sozialstaat für den Großteil unserer Gesellschaft gefordert. Ich hoffe in der Tat, dass dieser Haushalt, der heute durch den Landtag beschlossen wird, diese beide Komponenten verantwortungsvoll vereinigt.

Die Coronapandemie beschäftigt uns nun beinahe seit einem Jahr. Wir haben viel gelernt, aber auch teilweise zu leichtfertig angewandt. Die anfängliche Hoffnung, dass es sich um eine harmlose Grippe handeln könnte, hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, Covid-19 ist für Menschen mit einer Vorerkrankung oder höherem Lebensalter eine ernstzunehmende und auch tödliche Gefahr. Die Reduzierung von Kontakten ist, ob wir es wollen oder nicht, notwendig. Es ist notwendig Abstand zu halten, auf die Hygiene zu achten, Maske zu tragen, wo immer das sinnvoll ist. Gerade vor Weihnachten als dem Familienfest sind wir alle in besonderer Weise gefordert.

Ja, dieses Jahr hat uns alle in unserem Verhalten, in unserem zwischenmenschlichen Umgang und in unserer Wahrnehmung von Ereignissen stark verändert. Wir alle lebten in den vergangenen Jahrzehnten ziemlich behütet und auf Fortschritt und dem ökonomischen Zwang des "Immer mehr" ausgerichtet. Jetzt bedingt durch die Pandemie und den Konsequenzen deren Eindämmung nicht arbeiten zu können, nicht zur Schule gehen zu dürfen, zu erleben, wie die eigene Mutter, die eigenen Kinder, die Freunde und Bekannten nicht verstehen können, dass man nicht ins Senioren- und Altenheim kommt, dass man Freunde und enge Bekannte nicht besuchen darf, zehrt an unser aller Nerven. Ja, vielleicht hat uns dies als Gesellschaft stärker

gemacht. Statt sich ständig an Egoisten und Lobbyisten abzuarbeiten, sollten wir den vielen Menschen in diesem Land, die solidarisch sind, Respekt zollen. Zollen wir Respekt den Menschen, die rund um die Uhr für uns alle arbeiten, den Pflegekräften, den Erziehern, den Beamten und Ärztinnen, den vielen Arbeitern und Freiwilligen, die in den vergangenen Tagen dafür gesorgt haben, dass die Straßen, Bahnlinien geöffnet werden konnten und der Strom wieder funktionierte, den Paketzustellern und auch den Künstlerinnen und Soloselbstständigen, die gerade nicht auftreten, die gerade nicht musizieren. Sie brauchen unsere Solidarität und letztendlich eine finanzielle Besserstellung. Sie brauchen eine Perspektive, nicht nur eine Perspektive auf den bevorstehenden Impfstoff, sondern eine Perspektive, dass sie wirtschaftlich gut durch die Zeit kommen.

Gleichwohl hat Paul Köllensperger bei der Vorstellung des Minderheitenberichtes ein Manko in der Haushaltsgebarung klar benannt: Die, die keine oder keine organisierte Verbandsstimme haben, haben oft das Nachsehen, während andere mit starker Lobby an der Seite in den Genuss nahezu von Überförderungen kommen. Erinnern wir uns doch an das Entgegenkommen bei der GIS bei den kleinen Betrieben. Nicht den Pächterinnen und Pächtern von unzähligen Bars und Restaurantbetrieben wurde Luft verschafft, sondern den Eigentümerinnen und Eigentümern dieser Immobilien ein "Steuerzuckerle" gegeben, obwohl diese nie 12 Stunden hinter einem Tresen stehen müssen und über jeden einzelnen Kaffee froh sein dürfen, den sie verkaufen oder eben auch nicht! Dies ist nur als Schlaglicht auf manche gut gemeinte, aber dann übereilig wieder zu korrigierende Fördermaßnahme zu betrachten.

Die Pandemie wird uns noch lange begleiten, dessen müssen wir uns bewusst sein. Ich fand es deshalb wirklich wichtig, Herr Landeshauptmann, dass Sie in Ihrer Rede so eindringlich appelliert haben, dass wir es als Gesellschaft durch unser Verhalten in der Hand haben, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Wir können nicht wie bisher in einem Zweiwochenrhythmus das Bekämpfungssystem der Pandemie ständig ändern. Die Menschen werden uns nicht mehr folgen und sie werden in die Politik das Vertrauen verlieren! Im deutschen Bundestag fiel jüngst ein bemerkenswerter Satz von Christian Lintner: *"Der Umgang mit der Pandemie ist Ausdruck der sittlichen Reife eines jeden und einer jeden in unserer Gesellschaft!"* - von den Verantwortungsträgern angefangen, möchte ich präzisierend anfügen. Wir werden mit Einschränkungen – so ehrlich müssen wir sein – bis in das Frühjahr leben müssen, denn die Impfung wird erstmals nur für einen Bruchteil der Bevölkerung ausreichen. Es braucht jetzt einen klaren Stufenplan: "Wann kommt was?" Als Team K ist es nicht unsere Aufgabe, einfach nur zu sagen, was nicht läuft. Wir versuchen mitzudenken und mitzuüberlegen, wie es in dieser schwierigen Situation besser gehen kann, in der wir alle als Gesellschaft, alle als Politik stecken. Deshalb haben wir als Team K Strategiepapiere wie zum Beispiel das Papier unter dem Titel "Wirksame Empfehlungen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie" erarbeitet, um aufzuzeigen wie wir gemeinsam besser durch die nächsten Monate kommen und welche Voraussetzungen wir schaffen sollten, damit die schwächsten Menschen der Gesellschaft – die Jüngsten und Ältesten – am besten geschützt werden können.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, oft habe ich mich bei der Bewältigung der Pandemie nicht des Eindrucks erwehren können, dass Sie und Ihre Landesregierung in vielleicht paternalistisch gut gemeinter, allerdings nicht immer klug getroffener Manier der Bevölkerung und somit auch uns, Ihren Mitbewerbern im politischen Geschäft, die ganze Wahrheit nicht zumuten wollten, so als ob wir, alle Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag nicht auch mündiger Teil der Lösung hätten sein können. Wenn eine Demokratie derartige Herausforderungen bewältigen will und muss, kann sie es sich dann wirklich leisten, ihr höchstes Organ - das ist nun Mal der Landtag mit den gewählten Vertretern der Bürger und Bürgerinnen - wie einen drängelnden Bittsteller um Informationen und klare Faktenvermittlung herabzuwürdigen? Gleichzeitig muss man innerhalb der Südtiroler Sanität feststellen, wie oftmals die linke Hand nicht weiß, was die rechte macht. In jedem anderen Land wären allein schon aus Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit oder Überforderung Rücktritte erfolgt, aber nicht in Südtirol, wo wir nur in unserem eigenen Verständnis die weltbeste Medizin aus öffentlichen Mitteln zu haben glauben!

Ja, wir sind in einer schwierigen Phase dieser Pandemie. Mit den Antigen-Massentests, die von der Bevölkerung in großartiger Weise angenommen wurden, haben wir nur einen Teilerfolg erzielt. Es ist gelungen, die Dynamik der Pandemie zu brechen, vor allem den Druck auf die Intensivstationen und die Krankenhäuser. Wir sehen, dass die Zahlen weiterhin auf hohem Niveau sind. Heute gibt es wiederum 400 Positive. Es besteht sogar die Gefahr, dass unter den erfolgten Lockerungen ein Anstieg droht. Wir haben zu hohe Infektionszahlen, zu hohe Zahlen von Patienten in den Krankenhäusern und auf den Intensivstationen und vor allem zu hohe Zahlen an Todesfällen. Gleichsam erleben wir eine Ermüdung bei den vielen Bürgerinnen und Bürger nach der langen Zeit der Einschränkungen. Erreichen wir mit den jetzigen Maßnahmen, Herr Landeshauptmann, unser gemeinsames Ziel, nämlich die Zahlen nach unten zu drücken? Es braucht entschlossenes Han-

deln und auch Eigenverantwortung der Mitbürger und Mitbürgerinnen. Entschlossenes Handeln bedeutet auch einmal, zusätzliche Maßnahmen zu setzen, wenn die Inzidenzzahlen in Bezirken und Gemeinden zu hoch sind, auch dann, wenn es nicht gewollt wird!

Ich bin der Überzeugung, dass es ein Herunterfahren in der Gesellschaft und für uns alle, auch über den Jahreswechsel braucht. Ansonsten werden wir die Pandemie nicht einschränken. Es ist eine Zeit, in der ein zusätzliches Runterfahren – die Schulen sind geschlossen – möglich und richtig wäre. Das heißt aber nicht, dass wir bis dahin alles ausreizen sollen. Nein, wir müssen bis dahin aufeinander aufpassen! Die staatlichen Vorgaben sind das eine, aber die bürgerliche Eigenverantwortung ist das andere und letztendlich das Entscheidende: Aufeinander achtgeben heißt vor allem die anderen schützen. Das bleibt der Schlüssel zum Erfolg! Es gibt kein besseres Mittel, das wir haben; wir sind darauf angewiesen.

Die Kontroversen der vergangenen Wochen über Lockerungen und weitere Einschränkungen, das ständige Hin und Her und die Uneinheitlichkeit im konkreten Handeln sind für mich und vor allem für die Menschen nur noch schwer erträglich. Die Coronapandemie verlangt von uns allen und insbesondere von unserem Gesundheitssektor viel ab. Der Landeshaushalt mit 1,4 Milliarden Euro für den Gesundheitssektor ist sehr gut dotiert. Im Rahmen des Recovery-Funds soll er noch zusätzlich mit circa 364 Millionen Euro aufgestockt werden. Ja, es ist viel Geld für den Gesundheitsbereich, mit dem die neuen medizinischen, pflegerischen, technischen und rehabilitativen Anforderungen durch die Pandemie abgedeckt werden müssen. Gleichwohl müssen wir mit den Steuermitteln sparsam umgehen. Wir brauchen Kennzahlen, eine regelmäßige Kontrolle der Effizienz und eine Ergebniskontrolle und letztendlich, damit dies auch möglich sein kann, eine effiziente, moderne, anwenderfreundliche Digitalisierung mit Vernetzung aller Stakeholder im Gesundheitssystem. Darauf haben Sie, Herr Landeshauptmann in ihrer Budgetrede erneut hingewiesen. Wenigstens einen guten Aspekt könnte die Coronapandemie haben, nämlich dass die Digitalisierung schneller und rascher nicht nur im Gesundheitswesen vorangetrieben wird.

Die Pandemie zeigt uns allen, wie wichtig eine krisenfeste Gesundheitsversorgung ist, und da brauchen wir Krankenhäuser vor Ort. Die ländlichen Regionen brauchen ihre Krankenhäuser - das haben wir in der Krise gesehen -, denn nur sie sichern die flächendeckende medizinische Versorgung. Dazu gehört eine ausreichende Zahl an Intensivbetten, die entsprechend in allen Krankenhausstandorten einzurichten sind. Die Krankenhäuser müssen krisenfester gemacht werden. Ihnen und den Mitarbeitern gebührt unser Dank, weil sie Unglaubliches in der Krise leisten. Sie tragen die Hauptlast bei der Versorgung schwerstkranker Covid-19-Patienten, und das ist keine einfache Arbeit.

Lassen sie mich noch einen Blick auf die Pflege werfen. Ich möchte ganz konkret die Pflegekräfte in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen für eine Aufwertung, für mehr Attraktivität und für eine stärkere fachliche Einbeziehung der Pflege im Krankenhaus, im Territorium und in der Langzeitpflege sorgen. Seit Monaten arbeiten Pflegekräfte am Limit. Kein Beruf leidet so unter hohem Krankenstand wie die Pflege. Sie braucht mehr Gesundheitsschutz, sie braucht eine bessere Bezahlung und sie braucht bessere Arbeitsbedingungen. Die Coronakrise zeigt uns, dass professionelle Pflege gesellschaftsrelevant ist, von der Intensivstation bis zur Gemeindepflege. Lassen Sie uns gemeinsam die Pflege stärken!

Lassen sie uns Vorsorge treffen für zukünftige Krisen, damit wir die nächsten Krisen wahrnehmen, dass wir sie sehen und heute handeln und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Das bedeutet, dass wir auf der einen Seite in die Gesundheitsversorgung, die wir weiterhin stärken und vor allem in der Primärversorgung ausbauen müssen, investieren. Entscheidend für die Volksgesundheit ist, dass die Menschen in Beschäftigung gehalten werden und sich gleichzeitig qualifizieren und beruflich weiterentwickeln können. Deshalb muss der Landeshaushalt Mittel für die Bildung, für Investitionen und Überbrückungskredite für Unternehmen zur Verfügung stellen, um ihre MitarbeiterInnen halten zu können. Wir müssen wirtschaftliche Substanz sichern, damit wir, wenn die Krise beendet ist, dieses wirtschaftlich leistungsfähige Land wieder schnell hochfahren können. Dabei dürfen wir nicht vergessen – und dafür sollte dieser Haushalt stehen, worauf Paul Köllensperger in seinem Minderheitenbericht hingewiesen hat –, dass wir in einem Jahrzehnt der Veränderungen sind. Deshalb sollten wir eine Durchforstung des Haushaltes vornehmen und Mittel für Investitionen freimachen, die in klima- und umweltschonendes Wirtschaften, neue Arbeitsplätze und eine Digitalisierung, die die Voraussetzung für neue Arbeit in unserem Land ist, ermöglicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben – das spüren wir alle – ganz besondere Wochen. Wir befinden uns in einer entscheidenden, vielleicht in der entscheidenden Phase der Pandemiebekämpfung. Diese zweite Welle ist sehr schmerzhaft. Denken wir also auch an die Menschen, die Tag und Tag an oder mit dem

Virus sterben. Denken wir an die, die in den Krankenhäusern und in den Altenheimen um ihr Leben bangen, die alles geben, dass es für die Kranken und Angehörigen menschlich bleibt. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Wir müssen uns noch einmal anstrengen. Wir haben nach all den Monaten, die wir mit dem Virus verbracht haben, gelernt, dass wir etwas dagegen tun können. Wir müssen die Schutzmaßnahmen einhalten – ja es ist ein bisschen unmenschlich, aber man kann es ertragen! Und wenn dieses Ausnahmejahr 2020 mit all den Folgeerscheinungen nach den nächsten 12 bis 24 Monaten nur mehr eine schwache Erinnerung sein wird, müssen wir gemeinsam das machen, wozu zu Anfang der Pandemie im März der deutsche Bundesgesundheitsminister Spahn gemahnt hat: *"Wir werden uns dann alle gegenseitig viel zu verzeihen haben."* Dem kann man nur zustimmen. Allerdings wird dieses Eingeständnis, das Beste versucht und es nicht immer richtig getroffen zu haben, nur dann glaubwürdig sein, wenn in der Zwischenzeit die Weichen für den nächsten Landeshaushalt so gestellt werden, dass zur Sicherung des Wohlstandes unserer und der nachfolgenden Generationen ein sozialer Ausgleich mit den öffentlichen Mitteln zwischen den unterschiedlichsten Interessensgruppen erfolgt. Paul Köllensperger hat bei der Vorstellung des Minderheitenberichts angemahnt, dass es viele Bereiche gibt, wo wir gefährlich auf Kante genäht sind und andere wo wir meinen, als gäbe es kein Morgen, das Füllhorn steuerlicher Zuwendungen weiter ausschütten zu können.

Ich komme nochmals zurück zum Anfang meiner Rede. Die Corona-Krise hält uns einen Spiegel vor: sie zeigt uns, wie wir wirtschaften, wie wir denken und empfinden und eröffnet Spielräume einer positiven menschlichen Veränderung. Das ist letztendlich der Zusammenhalt der Gesellschaft. Der Landeshaushalt muss so ausgewogen sein, dass er diesem Zusammenhalt Rechnung trägt – Zusammenhalt bedeutet eben nicht nur, den Starken und Jungen alles zu ermöglichen, jegliche Freiheiten zu geben, sondern Zusammenhalt und Solidarität bemisst sich daran, wie wir in der Lage sind, die Alten, die Schwachen, die Verletzlichen und Randgruppen zu schützen. Für diese Ziele sollte es sich sowohl für die politische Mehrheit wie die Minderheit in diesem Hause lohnen, gemeinsam zu kämpfen! Danke schön!

**RENZLER (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich muss gleich zu Beginn meiner Stellungnahme feststellen, dass wir Abgeordneten dieser Legislaturperiode uns mit einer der größten Krisen seit Ende des 2. Weltkrieges befassen müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist einerseits eine besondere Herausforderung für uns alle, andererseits müssen wir unbedingt alles versuchen, um die Corona-Pandemie so gut wie möglich zu überstehen. Wir können in diesen Zeiten nicht normal unsere Tätigkeiten als Abgeordnete weiterführen, sondern haben eine ganz besondere Verantwortung.

Die Corona-Pandemie hat die ganze Welt im Griff. Somit stehen nicht nur wir, sondern alle politischen Vertreter weltweit in der Verantwortung, nach den besten Lösungen zu suchen und zu finden. Die Menschen müssen zusammenrücken, denn nur mit vereinten Kräften ist es möglich, so unbeschadet wie möglich aus dieser Krise zu kommen. Mit diesen Überlegungen möchte ich nun auf den Landeshaushalt überleiten und dazu zunächst einige wichtige Grundgedanken aufwerfen:

Aufgrund der Coronakrise stellt der diesjährige Landeshaushalt eine große Herausforderung dar. Es gilt unzählige Bereiche zu unterstützen und gleichzeitig einen guten Ausgleich zu finden. Der Haushalt wird heuer ein Balanceakt, der uns Abgeordneten alles abverlangt. Wir werden und müssen unsere gesamte Energie aufbringen, um einen guten und gleichzeitig sozial gerechten Haushalt auf die Beine zu stellen. Dabei gelten Prioritäten zu beachten, welche absolut in nachstehender Reihenfolge berücksichtigt werden müssen:

Die Gesundheit unserer Mitbürger ist oberstes Gebot und alles andere muss dieser untergeordnet werden. Dann folgt als nächste die soziale Sicherheit. Erst zum Schluss können dann noch, wenn genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen, andere Forderungen erhoben werden.

Zunächst ist es wichtig, soziale Sicherheit zu garantieren. Mein Vorredner hat die Situation im Bereich des Gesundheitswesens sehr deutlich geschildert und deshalb sei es mir erlaubt, diesen in meiner Rede nur zu streifen und mehr auf die soziale Sicherheit und andere Gesichtspunkte einzugehen.

Sichere Arbeitsplätze haben oberste Priorität. Hier müssen wir gemeinsam mit den Unternehmen und mit der Wirtschaft Akzente setzen, insbesondere, um Arbeitsplätze für die Jungen aber auch für ältere Mitarbeiter zu garantieren. Die Wirtschaft soll und muss in Zukunft einen Teil der Ausbildungskosten für ihre Fachkräfte übernehmen, denn es kann nicht sein, dass dafür nur der Steuerzahler aufkommen muss. Eigenverantwortung ist die Losung und diese gilt auch für die Wirtschaft, die für die Ausbildung ihrer Fachkräfte in Zukunft vermehrt die Verantwortung übernehmen muss. Die durch diese Maßnahmen freiwerdenden Ressourcen können dann anderweitig eingesetzt werden wie beispielsweise im Sozialwesen, welches in finanziellen Nöten

ist. Wir brauchen die Jungen, denn sie sind die Zukunft. Wir brauchen aber auch die Älteren, denn sie sind die Gegenwart. Auch eine gute Ausbildung und gleiche Chancen für Männer und Frauen - unabhängig von Herkunft und Religion - sind unerlässlich. Grundsätzlich ist es wichtig, ein gutes Umfeld und optimale Rahmenbedingungen, und das nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Arbeitnehmer zu schaffen. Wir Arbeitnehmer-Vertreter der Südtiroler Volkspartei werden auch weiterhin unsere ganze Energie dafür einsetzen, um die Arbeitnehmer zu entlasten und um ihre Kaufkraft zu steigern.

Dies vorausgeschickt werde ich nun auf einige wesentliche Punkte des Haushaltsvoranschlags eingehen. Ich möchte mit einem Zitat von Konfuzius einleiten: *"Was du mir sagst, vergesse ich. Was du mir zeigst, daran erinnere ich mich. Was du mich tun lässt, verstehe ich."* Zunächst möchte ich hervorheben, dass der vorgestellte Haushalt im Großen und Ganzen als ausgewogen und sozial gerecht bezeichnet werden kann. Ich stelle auch fest, dass dieser Haushalt übersichtlich und verständlich ist. Damit kann ich der Landesregierung bescheinigen, dass uns im Landtag ein gut ausgearbeiteter, bürgernahe und transparenter Gesetzentwurf vorgelegt wurde.

Der vorliegende Haushalt für 2021 mit einem Gesamtvolumen von rund 6,4 Milliarden Euro beeindruckt auf jeden Fall. Deshalb ist unsere Verantwortung als Abgeordnete umso größer, diesen Haushalt genau zu analysieren. Einleitend möchte ich ein Thema aufwerfen, das mir sehr wichtig ist. Beinahe ein Drittel der Bevölkerung unseres Landes befindet sich in Rente und wie uns allen bekannt ist, betrifft der Kaufkraftverlust nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Rentner. Der Unterschied besteht aber darin, dass die Rentner - im Vergleich zu den Angestellten, welche durch Vertragsverhandlungen periodisch ihre Löhne anpassen - keine Möglichkeit haben, den Verlust auszugleichen. Für das Jahr 2021 sieht der Staat bei den Renten einen Inflationsausgleich von lediglich 0,1% für Renten von unter 2.500 Euro brutto monatlich vor, höhere Einkommensklassen erhalten prozentuell noch weniger. Bei einer normalen Inflationsentwicklung verlieren die Renten im Durchschnitt 1 Prozent an Kaufkraft pro Jahr. In zehn oder fünfzehn Jahren sind die Renten 15 Prozent weniger Wert als zum Zeitpunkt der Pensionierung. Hier muss die Gesellschaft solidarisch werden. Alle müssen dazu beitragen, dass sich die Situation der Rentner nicht noch mehr verschlechtert, sondern sie muss verbessert werden. Deshalb fordere ich die Landesregierung hiermit auf, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Personen mit einer zu geringen Rente auch weiterhin eine finanzielle Stabilität zu garantieren sowie dafür zu sorgen, dass das garantierte Lebensminimum den heutigen Realitäten angepasst und erhöht wird bzw. die Berechnungsparameter dafür abgeändert werden, verbessert und der heutigen Realität angepasst werden.

Nun ein paar Worte zur IRPEF- Steuerbegünstigung. Die Anhebung des Steuersatzes für Betriebe, die ihre Mitarbeiter schlecht behandeln, verbuche ich auch als persönlichen Erfolg. Ich habe nämlich immer wieder gefordert, dass man der Ungleichbehandlung unbedingt Einhalt gewähren muss. Nun wird sich herausstellen, ob man den betroffenen Arbeitnehmern durch diese Maßnahme auch effektiv helfen konnte. In diesem Zusammenhang behalte ich mir vor einen Begehrensantrag zum Steuersplitting einzureichen. Ein Steuersplitting macht allerdings nur Sinn, wenn gleichzeitig die Steuerfreibeträge für alle Familienmitglieder, also auch der Eigene, auf 5.000 Euro erhöht werden so wie dies in Frankreich und anderen Ländern der Fall ist. Ich hoffe, dass dieser Begehrensantrag dann auch vom Landtag angenommen werden wird.

Weiters ist der regionale Zuschlag auf die Einkommenssteuer zu erwähnen, wo die No-Tax-Area von 28.000 Euro seit heuer auf 35.000 Euro erhöht wurde. Zusätzlich wird auch der Steuersatz bei Gutverdienern erhöht, was ich leider nicht so ohne weiteres gutheißen kann, da dadurch wieder einmal, wenn auch nur ein kleiner Teil davon, die Mittelschicht der lohnabhängigen Arbeitnehmer getroffen wird. Es gilt auch in diesem Zusammenhang, dass eine verstärkte Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Beitragshinterziehung benötigt wird, denn wenn alle Steuerschulden richtig und korrekt bezahlt werden, dann bezahlen schlussendlich alle weniger. Hier kann das Land sicherlich einiges dazu beitragen.

In meinen vergangenen Reden habe ich es immer als "nicht arbeitnehmerfreundlich" bezeichnet, dass hier nichts unternommen wird. Die Arbeitnehmer-Mittelschicht ist jene Bevölkerungsgruppe, die als einziger Nettozahler bezeichnet werden kann und im Gegenzug nie wirklich spürbare Steuervorteile oder sonstige Entlastungen für ihre hohen gezahlten Steuern erhalten hat oder noch schlimmer, wie im jetzigen Haushalt vorgesehen, weiter – erlauben Sie mir den Ausdruck - gemolken wird. Alle anderen Bevölkerungsschichten, außer die Rentner und Pensionisten, profitieren hingegen von diesen von den Arbeitnehmern eingezahlten Steuern und lachen insgeheim über die Geduld und Blauäugigkeit der braven Steuerzahler. Nun aber scheint es, als würden wir versuchsweise, von der vorhin erwähnten Ungleichbehandlung abgesehen, in die richtige Richtung gehen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der richtige Weg in Richtung soziale Gerechtigkeit.

Nun möchte ich noch kurz auf die Verhandlungen des Kollektivvertrags für das Personal der öffentlichen Verwaltungen zu sprechen kommen. Wie wir alle wissen, mussten die öffentlichen Bediensteten in den vergangenen Jahren einen enormen Kaufkraftverlust hinnehmen, weil die Gehälter seit langem keine spürbare Erhöhung erfahren haben. Umso mehr verbuche ich es als Miterfolg von uns Arbeitnehmer- Vertretern, dass sich die aktuellen Kollektivvertragsverhandlungen sehr positiv entwickelt haben. Dennoch gibt es in der Landesverwaltung noch einige große Baustellen. Einmal ist das Durchschnittsalter mit rund 48 Jahren schon sehr hoch. In den nächsten 10 Jahren wird beinahe fast die Hälfte der Angestellten in Rente gehen. Deshalb müssen wir unbedingt handeln. Wir müssen die öffentliche Verwaltung für die Jungen attraktiv machen. Es sind Anreize zu schaffen, dass sich die Berufsneulinge und -einsteiger für einen Job beim Land interessieren. Bei den Vertragsverhandlungen im Öffentlichen Dienst geht aber ein Aspekt leider immer wieder verloren. Dieser Aspekt betrifft die Lehrerinnen und Lehrer, die im Staatsdienst stehen und seit mehr als einem Jahrzehnt auf eine adäquate Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation warten und in den letzten Wochen wiederum schwer enttäuscht wurden. Bis dato habe konnte aus allen bisherigen Statements zwar die berechnete Freude über den Abschluss des Vertrages der Öffentlichen Bediensteten im Landesdienst herausgehört werden, leider aber nur zögerliche Worte der Enttäuschung bzw. Empörung über die wiederum fehlgeschlagenen Vertragsverhandlungen mit dieser Berufsgruppe der Lehrer im Staatsdienst. Die Minderbehandlung einer Gruppe kann im Sinne einer gerechten Gleichbehandlung nicht mehr länger hingenommen werden und es müssen äußerste Anstrengungen unternommen werden damit auch diese für unsere Gesellschaft so wichtige Gruppe ihre Leistung anerkannt bekommt sieht und die Anhebung Ihrer Gehälter unmittelbar umgesetzt wird. Diese Lehrer haben sich auch aufgrund ihres großen Verantwortungsbewusstseins in diesen Zeiten zurückgehalten und auf eine korrekte und konkrete Vorgangsweise der Landesseite und der Gewerkschaften vertraut. Sie wurden allerdings auch diesmal wieder tief enttäuscht und nicht wenige von ihnen sind verbittert. Das kann und darf es nicht sein.

Erlauben sie mir bei dieser Gelegenheit auf einen untragbaren Zustand hinzuweisen, welcher alle Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst betrifft. Die vorhin geschilderte Situation der Staatslehrer hat sich nur deshalb so zugespitzt, weil Vertragsverhandlungen nicht zeitgemäß in einem vernünftigen Zeitraum abgeschlossen wurden und sich deshalb die negativen finanziellen Auswirkungen von Jahr zu Jahr vermehrt und zugenommen haben. Das kann und darf es in Zukunft nicht mehr geben. Der finanzielle Teil von Vertragsverhandlungen im öffentlichen Dienst muss jeweils innerhalb sechs Monaten ab Verhandlungsbeginn abgeschlossen werden und die Verhandlungen müssen zeitlich regelmäßig erfolgen. Hier haben wir als Land noch einen sehr großen Handlungsbedarf. Lohnerhöhungen oder Inflationsausgleiche können Ihre positive Wirkung nur dann entfalten, wenn sie zeitnahe und schnell umgesetzt werden, denn alles andere führt nur zu hausgemachten Problemen und diese können wir in Zukunft sicherlich nicht mehr gebrauchen.

Es gibt dann noch einige Punkte, welche für mich als Arbeitnehmer-Vertreter von außerordentlicher Bedeutung sind. Einmal ist das die angekündigte und meiner Ansicht nach längst überfällige Reform der Wohnbauförderung und der Erlass eines entsprechenden neuen Gesetzes. Dieses wird von der Südtiroler Bevölkerung sehnlichst erwartet, und ich hoffe, dass die entsprechenden Arbeiten zügig voranschreiten und auch entsprechend hohe Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, wobei auch eine Überarbeitung der EVVE dringendst anzugehen ist, um diese wieder arbeitnehmerfreundlich zu gestalten.

Vergessen dürfen wir weiters nicht das Pflegegeld. Dieses muss weiterhin im heutigen Ausmaß für alle steuerfinanziert bleiben und so ausbezahlt werden und jährlich automatisch der Inflation angepasst werden. Es wäre wünschenswert, wenn im zukünftigen Haushaltsgesetz 2022 die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für jene Pflegefälle, welche nicht in öffentlichen Strukturen untergebracht und betreut werden - das ist der größte Teil der Pflegefälle - getrennt und eigens angeführt werden. Nur so ist ersichtlich, wie viel die private Pflege dem Land kostet und wo angesetzt werden muss, um die Pflegesicherung weiterhin zum Großteil steuerfinanziert zu gewährleisten. Leider haben wir diese Trennung im heurigen Haushalt nicht vorgenommen, was sehr schade ist.

Erlauben sie mir aber auch, dass ich ein paar Worte zu den finanziellen Forderungen der Wirtschaft, welche ja legitim, aber moralisch nicht immer vertretbar sind, verliere: Die Wirtschaft vertritt immer die Auffassung, die öffentliche Hand soll sich nicht an die Stelle der Unternehmen stellen und Unternehmer spielen. Gleichzeitig verlangt die Wirtschaft aber auch, dass öffentliche Unternehmen, welche Gewinn erwirtschaften, privatisiert werden und die Beteiligungen der öffentlichen Hand abgestoßen werden und nur jene Bereiche von der öffentlichen Hand verwaltet werden sollen, bei welchen man von vornherein weiß, dass sie nicht wirtschaftlich arbeiten können. Jetzt ist es aber genau die Wirtschaft, die am lautesten nach der Unterstützung durch

die öffentliche Hand schreit und sogar von uns Steuerzahlern verlangt, dass ihnen die Allgemeinheit 80 Prozent ihres Umsatzes - wohlgerne nicht des Verdienstaufalles, sondern des Umsatzes - ersetzt. Es ist beinahe nicht zu glauben, mit welcher Unverschämtheit und Unverfrorenheit solche Forderungen gestellt werden. Ich bin auf jeden Fall für eine Unterstützung der Wirtschaft, aber diese muss mit Maß und Ziel erfolgen und darf auf keinen Fall zu Lasten anderer Haushaltskapitel erfolgen. Wenn die derzeitige Notsituation uns auch nichts Gutes gebracht hat, so hat sie uns doch deutlich vor Augen geführt, dass unsere Wirtschaft sehr einseitig und schwach aufgestellt ist und wir in Zukunft auch bei den Förderungen viel mehr differenzieren müssen, um unser Land in Zukunft nicht allzu abhängig von einzelnen Sektoren zu machen. Ich beneide die Landesregierung nicht um diese Aufgabe. In diesem Zusammenhang sei es mir erlaubt, ein konkretes Beispiel zu nennen. Sie können sich sicher noch daran erinnern, dass wir vor circa zwei Jahren ein Gesetz beschließen mussten, das die verpflichtende Einzahlung der Arbeitgeber in einen Solidaritätsfonds vorsah, um nicht einer höheren Besteuerung zu unterliegen. Die Nicht-Einzahlung in einen solchen Solidaritätsfonds rächt sich jetzt in großem Ausmaß. Durch die Einführung der Lohnausgleichskasse auch bei Betrieben mit weniger als fünf Mitarbeitern, die über die Solidaritätsfonds finanziert wird, hat sich leider herausgestellt, dass die Solidaritätsfonds zu wenig Kapital angespart werden, um die sich ergebenden Lasten voll tragen zu können. Deshalb musste das Land 40 Millionen Euro vorstrecken, damit die Mitarbeiter dieser Kleinbetriebe berücksichtigt werden und die Lohnausgleichskasse ausgezahlt werden konnte. Ich möchte betonen, dass es vor allem einen Bereich betrifft, der sich bis zum Schluss strikt geweigert hat, und genau dieser Bereich ist es, der das Geld jetzt am nötigsten hat. Ich beziehe mich auf den Tourismus.

Bevor ich zum Abschluss komme, möchte ich noch auf die finanzielle Unterstützung sozial benachteiligter Menschen zu sprechen kommen. Diese Kategorie muss unbedingt berücksichtigt werden. Es müssen alle Mittel ausgeschöpft und bereitgestellt werden, damit schwächere Kategorien nicht unter die Räder kommen. Eine ausgewogene soziale Fürsorge ist existenziell für eine Sozialgesellschaft. Südtirol hat in Vergangenheit bewiesen, dass die Menschen im Vordergrund stehen. Es gibt eine Vielzahl von Sozialhilfeunterstützungen für Menschen in Not. Die sozialen Unterstützungsmaßnahmen dürfen im Haushalt auf keinen Fall gekürzt, sondern müssen vielmehr aufgestockt werden. Es muss den Menschen auch in den nächsten Jahren möglich sein, ein menschenwürdiges Leben zu leben, und zwar unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung jedes einzelnen und seines Lebensalters. Alle Bereiche im Haushalt sind wichtig. Bei einem geringeren Budget muss man aber entscheiden, welche Bereiche Priorität haben. Nicht alle Finanzierungen sind lebensnotwendig. Im Landshaushalt darf deshalb auf keinen Fall beim Sozialen gespart werden. Eine gerechte Verteilung der Geldmittel ist nämlich die Basis für sozialen Frieden in unserem Land. Es ist unbedingt notwendig, dass auch den Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln ermöglicht wird, ein eigenständiges und finanziell abgesichertes Leben zu leben. Des Weiteren muss auch weiterhin für Jugendliche und junge Erwachsene die finanzielle Unterstützung seitens des Landes beim Bau oder Kauf einer Eigentumswohnung gewährleistet werden.

Ich komme nun zum Schluss und möchte Ihnen, Herr Landeshauptmann, sowie den Mitgliedern Ihrer Regierung und den zuständigen Beamten für ihre Bemühungen bei der Erstellung des vorliegenden Haushaltsvoranschlags danken. Ich bin mir sicher, dass es uns gelingen wird, auch die von mir geforderten Verbesserungen umzusetzen, wobei ich mir natürlich vorbehalten werde, laufend weitere Forderungen im Interesse der Arbeitnehmer, der Senioren und der sozial Schwächeren einzubringen.

**REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten):** Grazie presidente! Egregio presidente, egregio presidente della Giunta provinciale, assessori, care colleghe e cari colleghi, innanzitutto voglio ringraziare chi degli assessori starà ad ascoltare il mio intervento, perché dopo questo fiume di parole capisco che diventa difficile assistere a una riunione così densa di argomenti e di riflessioni.

Sicuramente, come tutti i colleghi hanno accennato, viviamo in una situazione straordinaria, terribile per tanti punti di vista, pensiamo ai morti e a chi è rimasto contagiato da questo virus, al sistema economico messo a dura prova e non sappiamo cosa ci riserverà il futuro, però questa situazione ci ha consegnato anche molte analisi per il futuro e sicuramente anche un cambiamento forse del nostro stile di vita.

Abbiamo scoperto che il nostro territorio, l'Alto Adige/Südtirol, non è un'isola ma un territorio all'interno di un continente, quello europeo, che deve trovare sempre di più una sua identità. Io sono dell'idea, rispetto ad altri colleghi, che l'Europa in questo momento sia la soluzione di un problema mondiale per quanto riguarda la nostra civiltà, il nostro essere, il nostro modo di vivere e la nostra prospettiva e l'Europa sta dando delle



risposte in questo senso anche nella relazione del presidente, in cui si fa ricorso al *Recovery Fund*, non è solo una questione economica, ma è anche una questione di stile e una questione anche oggettivamente di funzione per il prossimo futuro ad esempio per quanto riguarda i vaccini, cioè una richiesta europea che tutti si parta insieme, che non ci sia una partenza diversa da Stato a Stato.

Per cui l'Europa a mio modo di vedere e di chi è convinto europeista – noi lo siamo e mi sembra che gran parte della Giunta lo sia –, è un'ancora di salvezza per noi. Noi riteniamo che l'ente pubblico debba pensare in termini di interesse collettivo e pensare a equilibrare i disequilibri, cioè bisogna pensare, come è stato anche sottolineato, alla redistribuzione, noi stiamo vivendo una vera e propria disparità sociale, i ricchi sono sempre più ricchi e i poveri si stanno sempre più impoverendo.

Faccio presente, caro presidente, non so se mi sta ascoltando, che più volte ha parlato di un termine bello che è coesione sociale che è il cuore del mio intervento di oggi, tutto andrà in ottica di questo termine e non so se lo apprezzerà o no, io spero che ne faccia un'ampia riflessione.

Le dico che anche sotto il profilo ideologico destra e sinistra hanno una visione completamente diversa non tanto nell'ottica pandemica, ma proprio nella gestione di prospettiva. L'argomento delle destre è sempre stato che arricchire i ricchi arricchisce tutti, ma quando i ricchi si arricchiscono quando gli altri si impoveriscono perché sono questi ultimi che pagano ad esempio il costo per salvare vite umane, il patto sociale che c'è salta e viene messo in discussione e questo quando serve la massima solidarietà.

Le misure di sostegno all'economia in questo momento le sta pagando il debito pubblico, cioè noi e qualcuno poi pagherà il conto, i grandi gruppi di interesse hanno la capacità di orientare l'opinione pubblica, la sinistra, e faccio anche autocritica, io sono di centrosinistra, provengo dal centro, il centrosinistra dovrebbe assumere un ruolo di garante del riequilibrio, ma sembra che stia tentennando, mentre la destra è riuscita negli anni passati a catturare il discontento unendo un'alleanza politica fra questo e la grande ricchezza, vedi Trump ad esempio, però sembra che il vento stia cambiando, speriamo, lo auspichiamo.

In questo momento, caro presidente, Le chiediamo di trovare il coraggio di riequilibrare la ricchezza, perché questo è il patto sociale e mi pare che questo bilancio non dia queste risposte. Un riequilibrio, ad esempio, e sottolineo ad esempio, tra la realtà urbana e le realtà periferiche di questa provincia.

Egregio presidente, mi voglio soffermare su quattro argomenti che la Sua relazione ha individuato e che hanno stimolato la mia attenzione, e cioè il Covid che naturalmente è uno degli argomenti fondamentali, la scuola, la parità di genere e il termine finale che Lei ha usato per finire in crescendo, quasi fosse al quarto tempo di un concerto, la coesione sociale.

Prima una riflessione sul Covid, che ha visto il sistema sanitario provinciale, a mio avviso, crollare di fronte alla prima, ma soprattutto alla seconda ondata e i dati di fine novembre – io ho fatto una fotografia sui dati di fine novembre – sono inequivocabili.

Il 29 novembre 2020 c'erano in Italia 1.560.000 persone contagiate, poi abbiamo diviso, in Lombardia erano 398.000, in Veneto 137.000, in Trentino 15.073, abbiamo preso in esame anche quelle del Tirolo del nord che erano 33.395 e in provincia di Bolzano 23.137, cioè complessivamente in Italia c'erano 2.600 persone su 100.000 cittadini, perciò 3.950 in Lombardia, 2.790 nel Veneto, 2.790 nel Trentino, perciò era alto, 4.430 nel Tirolo del nord e 4.370 in provincia di Bolzano.

A fine maggio, a prima ondata conclusa, il numero di contagi rilevati era di 1/5 rispetto ai casi complessivi comunicati in data 29 novembre 2020. Se consideriamo per la nostra provincia i dati di prevalenza dei contagi di fine maggio con quelli di oggi, riscontriamo che da una percentuale simile a quella nazionale della metà di quella lombarda e nettamente inferiore a quella di Trento, siamo passati a quasi un raddoppio rispetto a quella nazionale, superando anche quella lombarda e incrementando di almeno tre volte quella dei nostri vicini di Trento. Questi sono i dati e si possono andare a trovare, li abbiamo trovati noi, il nostro *team* della sanità, per cui questo ci dice che qualcosa è accaduto nella provincia di Bolzano, qualcosa non è stato monitorato, poi se andiamo a verificare i dati sul personale sanitario contagiato, che sono scarsamente disponibili, sembra di poter dire che in provincia di Bolzano il 29 novembre avevamo 600 positivi a fronte di 400 guariti della prima fase, per un totale di 1.006. I medici di base e i pediatri di libera scelta sono 6 contagiati attivi su 36 complessivi e rispetto ai pochi dati nazionali disponibili sembrerebbe che noi abbiamo in proporzione circa il doppio dei contagi tra il personale sanitario.

Allora la domanda che si è posta alla sanità, soprattutto all'assessore Widmann che mi pare che sui giornali faccia più l'assessore all'economia che l'assessore alla sanità, perché questa è l'impressione che dà, dice "bisogna aprire, bisogna aprire, bisogna chiudere, bisogna aprire, bisogna chiudere", mi sembra che questo con il presidente che fa i DPCM, però lui fa annunci in questa direzione, beh insomma alla fine dovrà

spiegare l'andamento del contagio nella nostra provincia in questa seconda ondata, almeno questo lo chiediamo, abbiamo chiesto con la commissione d'inchiesta il pasticcio delle mascherine, perché quello è un grande pasticcio che costa alle casse tanti soldi, chiediamo quali sono le cause di questa seconda, di quale entità effettiva se rapportata alla prima ondata e come si spiega questo impressionante aumento di contagi nella nostra provincia e anche l'elevato aumento dei contagi in ambito sanitario. Sono attribuibili a carenze organizzative? Non sono state introdotte tempestive modalità di monitoraggio costante? Per quale motivo in ambito ospedaliero non si è dato un concreto supporto al dipartimento di prevenzione che è stato chiesto con mozioni, queste maledette USCA non funzionano. 1.250.000 aveva la sanità nel 2020, nel 2021 ne ha 1.450.000, è una cifra incredibile, ebbene, cosa sta succedendo, qual è la valutazione? Venga il presidente a dirci qual è la valutazione della Giunta provinciale, il parere espresso dalla commissione di esperti.

Abbiamo dovuto fare una domanda per accedere a questi atti, perché sono tenuti in un cassetto, si parla di un'altra commissione creata ad arte forse che per aprire e chiudere le porte, come fosse una porta girevole di un albergo, questo è quello che sta accadendo e su questo c'è indignazione, scusatemi, parliamo di 600 morti, abbiamo fatto un minuto di silenzio, ma questa è indignazione, c'è qualcosa che non ha funzionato. Nel Veneto ha funzionato, nel Trentino forse adesso non funziona più come prima, però ha funzionato in quel periodo e su questo noi ci dobbiamo fare delle domande, questo è un primo aspetto.

Sempre nella relazione del presidente passiamo a un altro argomento che è quello dove si dà una grande importanza alla formazione, alla scuola e quant'altro e si cerca anche di arrivare a mettere soldi a favore del contratto pubblico, quello della scuola e nella legge di bilancio gli unici riferimenti alla scuola sono le graduatorie per dirigenti scolastici e le graduatorie per il personale insegnante delle scuole statali. Nella relazione del presidente il riferimento alla scuola è a pagina 9, impegno rispetto alla preoccupazione per il futuro, "nell'istruzione, preparando al meglio le nuove generazioni all'avventura della vita", viene scritto, qualche accenno poi al sostegno alle persone, alle famiglie, "negli ambiti istruzione, famiglia e sociale saranno destinati più di un miliardo e mezzo di euro con l'intento di riuscire, assieme ai diversi partner, a motivare, assistere, formare e includere il maggior numero di persone possibile."

Noi diciamo che tutto questo va bene, però vorremmo che ci fosse un salto di qualità, e il salto di qualità è che la scuola pubblica può e deve essere il luogo dove la *vision* e gli intenti menzionati dal presidente della Giunta provinciale possono realizzarsi, purché su di essa si investa e la si sostenga non solo economicamente, ma anche in termini di visibilità e di riconoscimento del valore, contribuendo a ridarle autorevolezza. La scuola è il luogo fisico – ma la pandemia ci ha mostrato che non si esaurisce con esso – dove si apprendono contenuti e comportamenti, ma dove anche si impara a imparare.

Si deve passare da un modello di scuola chiusa, organizzata per classi, rigidamente scandita dagli orari delle lezioni, a una scuola aperta, un punto di riferimento culturale per tutta la popolazione, un posto dove poter sperimentare per apprendere a qualsiasi età, un *lifelong learning*. Preparare al meglio le nuove generazioni all'avventura della vita significa creare condizioni, luogo, tempo e spazi per sperimentare e confrontarsi, mettendo in gioco ognuno le proprie capacità per il raggiungimento degli obiettivi di crescita individuale. È un modello di scuola-laboratorio che permette di scoprire i talenti di ciascuno e fare leva su di essi per coinvolgere, includere e trovare la dimensione di ciascuno e spesso motivare al raggiungimento di un più elevato grado di istruzione. Questo ovviamente non significa una scuola autocentrata, viceversa una scuola-laboratorio si rapporta con tutto il mondo produttivo in modo perenne e scambio di esperienze.

Come si può favorire il passaggio verso questo modello di scuola che è un salto di qualità? Bisogna investire con formazione mirata del personale scolastico, garantire gli investimenti per la manutenzione degli edifici, il rinnovamento degli arredi, l'adeguatezza tecnologica delle infrastrutture informatiche, reti veloci ed efficienti. Faccio un esempio, non c'è la vicepresidente, la collega Mattei, per quanto riguarda la scuola alberghiera Ritz di lingua italiana, è in più sedi e attende una sistemazione adeguata, ho fatto anche un'interrogazione in questo senso.

Garantire un numero sufficiente di insegnanti, di educatori, di personale ausiliario per poter tenere aperti e presidiati gli edifici scolastici e garantire la sorveglianza, favorire il dialogo e la permanenza degli allievi a scuola anche in orario extrascolastico, non solo bambini e adolescenti, ma anche adulti, avviare un processo vero di sburocratizzazione della scuola e semplificazione degli atti amministrativi per consentire ai dirigenti scolastici di rifocalizzare l'attenzione lì dove dovrebbe essere la progettazione e il monitoraggio delle attività didattiche ed extra-didattiche.

In più, presidente, quella cosa che ha sempre sottolineato e mi ha acceso l'attenzione, a pagina 12 evidenzia un altro tema, "soprattutto in tema di parità di genere in Alto Adige si intravede ancora del potenziale

sopito che dovremmo possibilmente risvegliare con ragionamenti e azioni esemplari, soprattutto in considerazione del fatto che “molte donne si sono accollate il maggior carico di lavoro conseguente alla crisi come fosse una cosa del tutto scontata” e che “è diventato ancora un po' più difficile riuscire a infrangere il soffitto di cristallo”.

Bene, noi diciamo che, finita l'emergenza pandemica, non potremo pensare di ritornare a comportarci come prima, la popolazione della città di Bolzano, ad esempio, sta invecchiando rapidamente e noi come Provincia dobbiamo, se vogliamo essere esemplari, considerare i bambini e le bambine un bene comune. Lo studio *Next Generation* dell'Europa *Leaves Women Behind* rileva che la disparità di genere costa all'Italia, e di conseguenza anche all'Alto Adige, 370 miliardi di euro. L'obiettivo del Partito Democratico nei prossimi 5 anni è di dare posto al 60% dei bambini negli asili nido d'Italia, so che qua la Provincia di Bolzano non vede molto bene gli asili nido, però questa è una cosa importante che c'è nei grandi centri urbani. In realtà alle realtà urbane interessa non avere i famosi 300 euro o 200 euro a bambino, ma avere servizi, questo è quello che conta, cioè a dare soldi sono capaci tutti, dare servizi è un po' più complicato e dare buoni servizi, perché è quello che serve essenzialmente e se l'Alto Adige/Südtirol vorrà essere esemplare, non dovrà più permettere che 800 donne all'anno si licenzino perché nasce un bambino o si ammala un anziano, e dovrà iniziare a porre in essere politiche diversificate sul territorio che permettano alle donne che lo desiderano di scegliere veramente se rimanere a casa e prendersi cura dei più piccoli o dei più deboli, godendo anche di un contributo economico, o se mandare i figli al nido e perseguire anche il proprio progetto di vita al di fuori dalla famiglia. Dobbiamo porci l'obiettivo che abbia una visione di futuro e metterlo in atto almeno nelle realtà urbane della nostra provincia, servono risposte nuove a problemi vecchi a cui le vecchie risposte non sono bastate.

Destiniamo come Provincia una parte delle risorse derivanti dal *Recovery Fund* che, come il presidente della Giunta provinciale ha affermato, potrà offrire nuove opportunità per realizzare importanti investimenti e l'abbattimento della disparità di genere, ossia la costruzioni di asili nido e l'abbattimento delle quote di iscrizione a carico delle famiglie.

Poi, sotto questo profilo vorrei anche fare un ragionamento su quello che in questo bilancio non c'è, cioè un aiuto sostanziale, come è stato detto anche da altri colleghi, legato ai famosi Ristori. L'ultima delibera era la n. 270 del 15 aprile 2020, che ha istituito la concessione di un sussidio alle piccole imprese per far fronte alla crisi provocata dall'emergenza Covid-19 e prevede l'erogazione di un importo fino a 10.000 euro per imprese, professionisti, autonomi, cioè piccole imprese, piccoli artigiani con un reddito imponibile all'anno precedente inferiore a 50.000 euro e 85.000 euro con più soci e che in uno dei mesi marzo, aprile e maggio 2020 avesse subito una riduzione di fatturato di almeno il 50% rispetto allo stesso mese dell'anno precedente.

Precedentemente a questa sessione su questa cosa c'è stata una discussione in cui si è cercato di trovare una soluzione e noi diciamo che la riduzione di fatturato annuale al di sotto del quale è prevista la restituzione del sussidio è molto alta, per un'impresa con 5 dipendenti subire una riduzione di fatturato del 20% può verosimilmente compromettere la continuità dell'attività.

Non è stata fornita l'indicazione sulle modalità dell'eventuale rimborso e l'applicazione degli interessi si configura come penalità per chi nonostante la crisi e la riduzione molto consistente di fatturato nel periodo di *lockdown* è riuscito a limitare i danni. Il fatturato annuo, e questo sta avvenendo adesso in dicembre, come indicatore per innescare l'obbligo di restituzione si presta a comportamenti opportunistici di chi, avendone la possibilità, può ritardare la fatturazione al nuovo anno.

Al fine di rendere più equa e corretta la misura, considerando il perdurare dello stato di crisi pandemica e l'assenza di ulteriori sussidi per le piccole e medie imprese, si propongono i seguenti correttivi:

- stabilire come indicatore per la restituzione del sussidio ricevuto il reddito netto dell'anno 2020 come risultante dalla relativa dichiarazione dei redditi,
- prevedere che il rimborso sia dovuto qualora il reddito annuo come sopra definito sia superiore a quello dell'anno precedente 2019,
- prevedere la possibilità di ravvedimento e restituzione spontanea anche rateale entro il 31/12/2022 senza applicazione di interessi,
- prevedere l'applicazione degli interessi legali e di una sanzione solo a seguito di accertamento da parte dell'amministrazione che faccia emergere l'obbligo di restituzione del sussidio.

Queste sono delle proposte che noi facciamo, perciò abbiamo fatto delle proposte legate appunto alla scuola, all'ambito della parità di genere, a questi ristori, perciò dico alla Giunta “valutatele”, ma io mi domando, caro presidente della Giunta provinciale Kompatscher, perché gli assessori non parlano? Perché parla solo il

presidente? Perché gli assessori non ci raccontano cosa hanno intenzione di fare nel 2021 che è un anno estremamente difficile?

Io me lo domando, io ho fatto l'amministratore per tanti anni e devo dire che ogni anno io parlavo in aula, raccontavo ciò che noi avevamo fatto e ciò che noi volevamo fare per le deleghe che avevamo. Io questo lo ritengo importante, invece Lei parla di 47 progetti per investimenti di 2,4 miliardi parlando di infrastrutture per la mobilità, investimenti per l'istruzione e la formazione, per la sanità, il sociale nonché per la transizione verde e digitale.

Non sappiamo cosa sono questi 47 progetti, almeno avere un'idea su cosa ci si basa o si sta studiando, o dire "ci vediamo a gennaio, le racconto a voi, all'aula", parliamone, vediamo cosa si può fare insieme", se l'aula ha un suo senso in questa situazione. Se Lei chiede alla fine del Suo intervento, facciamo le cose insieme e insieme io non ho visto niente fino adesso, può darsi che venga smentito dai fatti, ma fino adesso no.

Allora, signor presidente della Giunta provinciale, care colleghe e cari colleghi, io volevo fare un ragionamento, so che qua mi trovo solo, però lo faccio, perché comunque devo farlo, perché ci credo. Si parla di coesione sociale, che in sociologia indica l'insieme dei comportamenti e dei legami di affinità e solidarietà tra individui o comunità tesi ad attenuare in senso costruttivo disparità legate a situazioni sociali, economiche culturali ed etniche, ebbene più volte ho ribadito in quest'aula che c'è un problema tra cos'è l'area urbana e l'area periferica, questo è un problema che ho toccato con mano nei miei quasi 15 anni come assessore al Comune di Bolzano, 100 e passa mila abitanti, e Vi posso assicurare che questo problema esiste. Ho partecipato negli ultimi 3 anni da amministratore al Consorzio dei Comuni – c'era anche il collega Locher – e Vi posso assicurare che questo problema, quando parlavamo di problematiche legate alla città di Bolzano, cascavano tutti dal pero, come diciamo noi, era una cosa completamente nuova.

Sono andato un po' a cercare e nel 2009 era stato fatto dalla Giunta provinciale uno studio molto approfondito sul problema delle grandi superfici di vendita – probabilmente il collega Staffler si ricorda – e questo studio dava la dimostrazione che andare a creare grandi superfici di vendita in centri urbani andava a impoverire le periferie, per cui diceva in modo molto appropriato e puntuale che era opportuno fare un ragionamento di grande attenzione su quali superfici di vendita si andava a toccare. Questo aveva una sua logica, è stato dimostrato, per cui sarebbe interessante fare un ragionamento inverso in quanto non si può centrifugare tutto e livellare tutto. Io Vi dico che a Bolzano c'è un problema legato al sociale, c'è una densità abitativa molto consistente che crea disagi, crea degrado, crea un problema che probabilmente da altre parti non c'è e non è una questione legata solo alla città di Bolzano.

Abbiamo un sistema di case di riposo, penso a Don Bosco, con 180 utenti, non esistono da nessun'altra parte in provincia case di riposo di queste dimensioni, abbiamo il problema dei senzatetto che non è, assessora Deeg, un problema della città, perché quello dei senzatetto è un problema dello Stato, della Provincia e anche del Comune, ma è un problema e se Voi leggete le cronache di Merano ci sono dei senzatetto che hanno occupato degli edifici abbandonati ed è un problema per la questione dell'ordine pubblico e quant'altro, perciò c'è questo problema nelle realtà urbane.

C'è un problema di costi, alcuni hanno parlato dei costi che ci sono nell'ambito dell'edilizia, degli alloggi e quant'altro, ci sono dei problemi seri, per un monolocale di 30 metri chiedono 600 euro al mese di affitto ed è tantissimo per chi ha un lavoro con cui guadagna 1.100-1.200 euro al mese.

C'è un problema legato alla mobilità, per esempio è uno scandalo che la città di Bolzano non abbia una variante pagata dalla Provincia, è uno scandalo e questo scandalo nasce ancora ai tempi di Durnwalder, che naturalmente riusciva a mettere uno contro l'altro e diceva "la città di Bolzano non decide, non facciamo" e cosa abbiamo? Abbiamo un aborto che si chiama strada arginale, costruita con i soldi del Comune e non utilizzabile, recentemente è morto un ragazzo, bisogna andare a sinistra e a destra!

È questo che ha la città di Bolzano, è questo il ragionamento che c'è e si aspettano i soldi di chi? Dell'A22, da sempre si aspettano i soldi dell'A22, da vent'anni si aspettano i soldi dell'A22. Però l'A22 ha un piccolo problema, deve avere la concessione, "eh, ma la concessione deve andare in gara, l'Europa deve verificare" e sono 20 anni. Colpa di chi? Dello Stato italiano, non è mai colpa di questa Provincia, mai colpa di nessuno! Ci sono le varianti dappertutto, a Bolzano non ci sono, e pensate che ci sia un discontento in questo senso? C'è una scontentezza? C'è un problema da parte delle categorie economiche che dicono che a Bolzano diventa dura circolare quando piove? C'è un problema di inquinamento sotto questo profilo? Sì, c'è, ma questa è la realtà urbana, la realtà urbana ha questo tipo di problematiche.

Vi faccio un esempio sulla scuola: noi diciamo che dobbiamo migliorare l'edilizia scolastica soprattutto delle scuole di lingua italiana, perché c'è una mancanza di aule e sono dislocate in più sedi, ci sarebbero

anche le Aufschnaiter che hanno un problema ventennale e hanno bisogno di essere rifatte ed è la più grossa scuola primaria e secondaria di lingua tedesca che c'è a Bolzano.

Quello che noi notiamo è che le scuole dell'infanzia di lingua tedesca sono prese d'assalto dalle famiglie italiane e straniere che si tramuteranno in iscrizioni di massa alle scuole primarie e secondarie di primo e secondo grado in lingua tedesca, io Vi invito ad andare una volta all'uscita della scuola Aufschnaiter e sentirete parlare italiano e chi vive in questa città sa perfettamente che sta nascendo un grande problema per chi deve insegnare, perché non è pronto a questo tipo di situazione.

Questa è una questione nella città urbana, nella città urbana c'è questo tipo di problema che non può essere affrontato con una selezione a monte, tesi linguistiche di ingresso, ma deve avere una visione più ampia che ponga in essere sperimentazioni con personale formato a insegnare ai bambini non di madrelingua, prevedendo una sperimentazione del cosiddetto terzo binario, con scuole per l'infanzia aperte a bambini di entrambe le lingue, così come accade nei nidi.

Queste sono realtà nuove da affrontare, da vedere, questo è quello che ci aspettiamo, un salto di qualità, non ci aspettiamo situazioni amorfe, morte, perché Vi posso assicurare che sapere le lingue è una delle cose fondamentali. Sono stati fatti anche degli errori, perché si è nascosto facendo la terza lingua, la scuola trilingue, facendo l'inglese, ma non si è accentuato né sul mondo di lingua tedesca, oppure aver mandato i ragazzi a imparare l'italiano nel resto d'Italia e perciò bisogna affrontare anche il problema della tassa linguistica pagata dalle famiglie per mandare i figli in Germania o nel resto d'Italia a imparare la seconda lingua, mentre si potrebbe favorire lo scambio in soggiorni familiari sul territorio.

Queste sono altre situazioni da fare, questa è coesione sociale, non è altro, è capire come sta evolvendo la società di questo territorio, di questa provincia e questo bilancio è fatto come al solito con il bilancino e se andate a vedere gli altri anni come cala e che problematiche ci saranno nel prossimo futuro. A questo noi dobbiamo stare attenti, su questo noi dobbiamo ragionare, questo è quello che mi preoccupa e, caro presidente della Giunta provinciale non mi dica che non esiste un caso sulle realtà urbane, non me lo dica che non esiste, esiste eccome e Lei lo tocca con mano, riceve le telefonate dei sindaci, o adesso del commissario di Merano, non lo so, ma esiste un problema serio e non se ne fa menzione in questa relazione, non si dice niente di questo, niente, come se non esistesse e si parla di coesione sociale e andiamo avanti tutti insieme, sì, lo vogliamo fare, siamo disponibili, siamo con Lei sotto questo profilo, ma capisca anche quali altri problemi esistono e come devono essere affrontati, con coraggio, con un salto di qualità, anche scontrandosi magari con alcune *lobby* o con qualche logica che ancora in modo pervicace esiste all'interno del Suo partito, è questo che noi Le chiediamo.

Nel programma avete parlato di tavoli, tanti falegnami ci sono, ho visto tanti falegnami e non ho visto poi nessun tavolo né sulla mobilità, né il tavolo di Bolzano, né il tavolo di Merano, né il tavolo di Bressanone, né il tavolo di Ora, nessun tipo di tavolo ho visto, dove sono? E nel bilancio non c'è niente in questo senso.

Mi piacerebbe che anche gli altri assessori parlassero in merito a questo, veramente è un invito che faccio agli assessori, parlate! L'assessora Deeg ha avuto subito l'intenzione di parlare dei problemi che ci sono nell'ambito del sociale e nell'ambito dell'edilizia agevolata dopo di me e La ringrazio per questo, perché ci dirà qualcosa in questo senso e veramente La ringrazio, perché va controcorrente rispetto a tutta la Giunta. L'assessore alla sanità doveva essere il primo a parlare, a dirci come diavolo funziona con il Covid, dopo lo *screening* di massa che c'è stato, quella bellissima esperienza sia di volontariato, tutta la popolazione si è unita in quel momento per andare a sconfiggere qualcosa, per conoscere e avere gli elementi per sconfiggere e quello vuol dire "lavoriamo insieme", la sfida si affronta insieme, ma se si riconosce che esistono dei problemi diversi da quello che esiste magari all'interno di qualche partito di maggioranza relativo in cui esiste una battaglia interna, a noi non interessa, a noi interessa uscire da questa crisi e i dati del 2022 e 2023 sono inequivocabili, sono bestiali, c'è una decrescita, ci saranno dei tagli e i tagli non so se siamo capaci perché non li abbiamo mai visti in questa Provincia, abbiamo visto sempre una crescita, non abbiamo mai visto tagli.

**DEEG (SVP):** Sehr geschätzter Präsident, geschätztes Präsidium, sehr geschätzter Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich werde versuchen, etwas ruhiger Stellung zu nehmen, und zwar in meiner Funktion als Landtagsabgeordnete, da der Landeshauptmann für die Regierung Stellung nimmt. Ich mache das aus einer sehr persönlichen Optik, das darf ich sagen.

Das Jahr 2020 war und ist ein ganz besonderes Jahr. Der Kollege Knoll hat von einem außergewöhnlichen Jahr gesprochen, und ich glaube, wir alle würden das so unterschreiben. Für mich persönlich ist es ein Jahr, das mir, aber wohl uns allen, in Erinnerung bleiben wird. Ich bedanke mich vorab schon für die sehr

angeregte Debatte und muss sagen, dass ich selten eine so lebendige, aktive und auch sehr konstruktive Diskussion wie heuer rund um den Haushalt erlebt habe. Wir reden über den Haushalt, schauen aber kurz vor Weihnachten und Jahresende auf vieles, was wir in diesem Jahr erfahren durften und mussten, zurück, vor allem aber auch auf das, was wir in diesem Jahr gelernt haben. Es geht darum, welche Schlüsse wir aus den Erfahrungen der schwierigen vergangenen Wochen und Monate ziehen können und welche politischen Entscheidungen wir getroffen haben und auch noch im kommenden Jahr treffen müssen.

Ich darf kurz mit einigen persönlichen kurzen Erfahrungen in doch vielen Bereichen innerhalb und außerhalb der Verwaltung in diesem Jahr beginnen. Grundsätzlich war es für mich ein Jahr, in dem ich unheimlich viel lernen durfte und auch musste. Wir haben sehr viele schwierige Diskussionen geführt und auch schwierige Entscheidungen getroffen. Jetzt diskutieren wir darüber, wie Weihnachten 2020 in den Familien, in den Seniorenwohnheimen in diesem Land ausschauen. Natürlich gehen die Diskussionen und Meinungen dazu auseinander, was ich nicht als Problem sehe. Es wird immer als Problem dargestellt, wenn man nicht einer Meinung ist. Wo war 2020 diese eine Meinung? Wenn ich mir das Hin und Her zwischen den verschiedenen Ministern der deutschen Bundesländer und der Kanzlerin anschau, dann frage ich mich, wo Sie da diese eine Meinung sehen. Haben Sie diese eine Meinung bei den vielen Stellungnahmen von Wissenschaftlern und Forschern, Epidemiologen, Experten im Bereich von Infektionsbekämpfung usw. gefunden? Ich glaube, dass wir in diesem Jahr gelernt haben, gemeinsam jeden Tag auf die Suche zu gehen, Neues zu hinterfragen, aber auch zu akzeptieren, dass es grundsätzlich immer ein gemeinsames Ringen um den richtigen Weg ist. Ich glaube, dass es in Krisen, wie wir sie derzeit erleben, vor allem darum geht, verlässliche Leitplanken zu haben. Die Menschen wünschen sich Verlässlichkeit, was in diesen Schwierigkeiten leider nicht immer der Fall ist, weil sich Situationen sehr schnell ändern, weshalb Entscheidungen anders zu treffen sind. Die Rahmenbedingungen haben sich dauernd geändert. Einer der positiven Aspekte in diesem Jahr war sicher jener, dass die Stimme der Wissenschaft und der Forschung an Wichtigkeit gewonnen hat. Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, aber ich habe selten so viele Diskussionsendungen wie in diesem Jahr verfolgt, verschiedenen Experten zugehört und wissenschaftliche Berichte gelesen. Dasselbe gilt in Bezug auf Richtlinien im Bereich der Seniorenheime. Die ersten sind im Mai dieses Jahres gekommen, eigentlich viel zu spät. Ich bin nicht immer hundertprozentig fit in Englisch, aber wir haben versucht, sie in englischer Sprache zu lesen und versucht, das Positive herauszuholen. Wissenschaft und Forschung waren sich vielfach uneins. Im letzten Jahr um diese Zeit sind wir hier gesessen und haben auch schon nach China geblickt und gesehen, was dort passiert. Wir wollten uns wahrscheinlich alle nicht vorstellen, dass wir in ähnlichen Situationen landen könnten. Wir waren auf Vieles gut vorbereitet, aber nie genug. Nachdem es ein Ereignis war, wie es das letzte Mal sicher vor 100 Jahren stattgefunden hat, war es unsere Aufgabe, die Krise zu meistern und Entscheidungen zu treffen, die ständig neu bewertet werden mussten. In diesem Jahr sind unzählig viele Gespräche geführt worden und eine Krisensitzung hat die nächste abgelöst. Im Grunde genommen war man in diesem Jahr vielfach im Krisenmodus unterwegs. Ich habe gerade im Sozialbereich sehr viel gesehen und – ich darf es noch einmal sagen – sehr viel gelernt. Der Sozialbereich steht in sehr enger Verbindung mit den Menschen. Ich darf vielleicht ganz kurz berichten, mit welchen Erfahrungen und Emotionen die Menschen in diesen Diensten konfrontiert waren. Eine der schlimmsten Erfahrungen in diesem Jahr war die Einsamkeit der Menschen in den stationären Einrichtungen. Das hat mich sehr getroffen. Da wurde zugesperrt, in der Meinung, die Leute damit schützen zu können. Dann hat man gesehen, dass das zum Teil nicht möglich war, weil der Virus immer etwas schneller war, aber die Leute waren einfach einsam. Wir haben daraus gelernt; das darf ich auch sagen. Wir haben in der zweiten Welle aus dieser Geschichte gelernt. Es war oft ein Gefühl der Hilflosigkeit. Das erlebe ich auch heute noch. Wir haben jetzt vieles, was wir im Frühjahr nicht gehabt haben. Wir haben Antigentests, Masken usw., aber trotzdem haben wir das Gefühl, dass es eine unsichtbare Macht gibt. Ich erlebe Menschen, die sich tagtäglich in ihrer Arbeit mit aller Kraft, die sie haben, gegen diesen Virus stemmen und dabei trotzdem ihre Menschlichkeit behalten. Ich habe es schon einmal gesagt: Das ist zum Teil ein Kampf gegen etwas, das oft leider schneller ist, trotz allem, was wir gelernt haben und trotz der Mittel, die wir jetzt zur Verfügung haben. Ich erlebe junge Menschen, auch Handwerker, Betriebe, Familien, Seniorinnen und Senioren, die Zukunftsängste haben. Es muss unsere Aufgabe sein, den Menschen etwas mehr Zuversicht und Perspektive zu geben und ihnen zu sagen: "Es ist schwierig, aber wir werden es schaffen." Man darf diesen Satz schon fast nicht mehr benutzen, aber das ist einfach mein Credo. Natürlich muss man auch ansprechen, was nicht funktioniert, aber wir müssen auch unsere Stärken sehen, von denen es viele gibt. Wir haben in vielen Bereichen geglaubt, stabile Fundamente zu haben, aber diese haben Risse bekommen. Wir haben immer wieder Gleichgewichte neu suchen müssen. Wahrscheinlich haben wir in der Politik, aber auch in un-

serem privaten Umfeld Prioritäten neu gesetzt, wobei ich glaube, dass wir ein stärkeres Gespür dafür bekommen haben, was eigentlich wirklich wichtig ist. Natürlich hat es viele Diskussionen geben, oft um Kleinigkeiten. Es ist schlimm, wenn wir uns oft gerade in Kleinigkeiten verheddern. Oft ist es auch so, dass die Töne in den politischen Diskussionen und vor allem in den sozialen Netzwerken – die Kollegin Ladurner hat es bereits erwähnt – härter geworden sind. Ich habe das Gefühl gehabt, dass einige resigniert haben. Gott sei Dank sind es aber nur einige wenige, und die müssen wir wieder auffangen und wieder auf dem Weg mitnehmen.

Viele Menschen sind in diesem Jahr erkrankt, viele von ihnen sind wieder geheilt. Auch in den Seniorenheimen haben wir mittlerweile mehr als 750 Genesene. Ich glaube, dass wir eines der höchsten Outcomes italien- und europaweit haben, wobei natürlich auch viele Menscheng gestorben sind. Wer die Haushaltsrede von Kanzlerin Merkel verfolgt hat, die eine sehr nüchterne Persönlichkeit ist, so muss ich sagen, dass ich sie noch nie so emotional gesehen habe. Sie hat gesagt, dass wir der Toten gedenken und wirklich um jeden einzelnen trauern müssen. Es wäre nicht richtig, diese Trauer nicht ernst zu nehmen. Wir schieben das Sterben immer in die Krankenhäuser und Seniorenwohnheime; dort ist man es gewohnt, mit dem Sterben umzugehen. In den Seniorenheimen sterben in Nicht-Pandemiezeiten leider bis zu 1.000 Menschen pro Jahr, weshalb es die Leute dort gewohnt sind, beim Sterben zu begleiten. Wir sind mit dieser Heftigkeit konfrontiert gewesen, weshalb wir es jetzt zulassen, dass Angehörige trotz der Risiken in fast alle Strukturen hineingehen dürfen, weil wir manche Dinge nicht wiederholen können. Einen lieben Menschen am Sterbebett zu begleiten, können wir im Leben nicht mehr aufholen, wie viele andere Dinge auch, die wir jungen, aber auch älteren Menschen in diesen Zeiten zugemutet haben. Ich glaube, dass wir im Laufe des Jahres verstanden haben, was die Dynamik einer Pandemie ist. Wir haben auch Einblick in die Unbarmherzigkeit des Begriffs "geometrisches Wachstum" bekommen. Das war für uns alle überraschend: Es beginnt langsam und schleichend und auf einmal geht es durch die Decke.

An dieser Stelle möchte ich aber auch andere Seiten hervorheben. In diesem Jahr sind auch die Stärken unseres Landes und unserer Gesellschaft sichtbar geworden. Ich denke, dass wir insgesamt auf vieles stolz sein können, was in diesem Jahr an Großartigem geleistet wurde. Es hat unheimlich viel Solidarität, sehr viel Zusammenhalt, sehr viel Mut und Disziplin gegeben. Wir haben gesehen, wie viele Menschen freiwillig an diesen flächendeckenden Testungen teilgenommen haben. Natürlich sind damit auch Erwartungshaltungen verknüpft, und gerade das zeichnet die Menschen in unserem Land aus. Ich habe auch diesen ungebrochenen Willen und die enormen Kräfte, die freigesetzt wurden, gespürt, sich gegen diese unsichtbare Gewalt eines hochansteckenden und unbarmherzigen Virus und auch gegen die sozialen und wirtschaftlichen Folgewirkungen einer Pandemie zu stellen. Der Kollege Urzi hat den Südtiroler Weg nicht unbedingt freundlich dargestellt, aber wenn man gesehen hat, wie viel Mut die Menschen nach der ersten Welle gehabt haben, auch unter schwierigen Auflagen wieder aufzutun und wieder zu beginnen, dann muss ich sagen, dass ich großen Respekt vor diesen Leistungen habe. Es liegt an uns, auch einmal danke zu sagen für all das, was die Menschen in diesem Land in diesem besonderen Pandemiejahr geleistet haben. Auch in den Familien und Nachbarschaften hat es ganz viel Zusammenhalt gegeben, vor allem ehrenamtlichen Einsatz, Solidarität und Spendenbereitschaft. Gerade jetzt vor Weihnachten sehen wir, wie viele Menschen spenden. Manchmal sind es sogar Kinder, die lieber eine Kleinigkeit spenden, als sich etwas zu kaufen.

Die Kollegin Foppa hat die Rolle der Frau in diesem Jahr unterstrichen. Es war ein Jahr der Frauen, weil uns gerade der Begriff der systemrelevanten Berufe in dieser Zeit bewusst wurde und gerade Frauen in diesen systemrelevanten Berufen – in der Pflege, in den Krankenhäusern, in den Seniorenwohnheimen usw. – tätig sind. Viele Menschen in diesem Land haben einen ganz anderen Blick in Zusammenhang mit diesen Berufen bekommen. Was mich besonders beeindruckt hat, ist, dass diese Menschen ganz unterschiedlich reagiert haben, so wie wir auch. Die Menschen, die in den systemrelevanten Berufen gearbeitet haben, haben ihre Ängste überwinden müssen und sind an ihren Arbeitsplatz gegangen, wobei zu sagen ist, dass es meistens nicht diejenigen sind, die am besten bezahlt sind. Das müssen wir der Ehrlichkeit halber auch sagen. Wir haben eine Prämie bereitgestellt, aber sie erwarten sich, dass diese Anerkennung auch weitergetragen wird. Die Pandemie wird hoffentlich mit dem Lichtblick der Impfungen irgendwann überwunden sein, aber diese Anerkennung muss weitergetragen werden. Sie haben alles gegeben, um tatkräftig und mit vollem Einsatz mitzuhelfen und diese Krise gemeinsam zu meistern, und das tun sie immer noch. Tagtäglich leisten sie in unseren Krankenhäusern, in der Pflege, in den sozialen Einrichtungen genauso wie in den Geschäften Gutes. Dafür schulden wir ihnen Anerkennung und Dankbarkeit. Ich möchte einfach noch einmal ein herzliches Dankeschön an sie alle richten! Damit verbunden ist auch der Auftrag, sie bei den politischen Diskussionen und Zielsetzungen nicht zu vergessen.

Stark betroffen von der Krise waren in besonderem Ausmaß natürlich die Kinder und Jugendlichen, die Familien, die Senioren und Menschen mit Behinderung, vor allem aber auch jene Menschen, die schon vor der Krise besonders belastet waren. Deshalb ist es für mich mehr als wichtig, dass wir gerade in diesen Krisenzeiten klare Akzente des gesellschaftlichen Zusammenhaltes setzen. Wir gehen natürlich davon aus, dass es im Sozialbereich steigende Ausgaben für das Jahr 2021 geben wird. Menschen, die das erste Mal in der Lohnausgleichskasse waren, das erste Mal ihren saisonalen Arbeitsplatz nicht antreten konnten, aus der Arbeitslosigkeit nicht herausgekommen sind ... Wir haben versucht, einiges zu machen und wir haben vieles aufgefangen, wenngleich nicht alles. Einiges wird uns 2021 noch einholen. Bleiben wird letztendlich das, was bereits vor der Krise eine Herausforderung war, nämlich der demographische Wandel. Kollege Repetto, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass es Unterschiede zwischen dem urbanen und ländlichen Raum gibt. Das erklärt aber trotzdem nicht, warum die Stadt Bozen 700 Plätze für Seniorenwohnheime nicht errichtet hat. Die ländlichen Gemeinden haben das gemacht, mit Eigenmitteln und Beiträgen des Landes, aber die bekommt auch die Stadt Bozen. Aber man muss es angehen. Wir wollen uns anschauen, warum Menschen in diesem Land unter der Brücke leben; ich spreche von jenen, die schon länger bei uns sind und vielleicht sogar eine Arbeit haben, aber trotzdem keine Unterkunft finden. Ich hatte heute wieder eine Aussprache mit den privaten Organisationen, die mit diesen Menschen arbeiten. Wir sind in Austausch mit dem Neuner-Haus in Wien; wir müssen neue Wege gehen, wobei sich die Menschen erwarten, dass wir einen gemeinsamen Weg gehen.

Die Kapitel sind im Sozialbereich nicht zur Gänze durchfinanziert, so wie in anderen Bereichen, aber ich vertraue darauf, dass wir es trotz vielfältiger anderer Notwendigkeiten schaffen, die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen. Gerade in Krisenzeiten müssen wir in diesen Bereich, der alle Bevölkerungsgruppen trifft - von der Kleinkindbetreuung über die Pflege – investieren. Der soziale Zusammenhalt ist die Basis für die gesamte Gesellschaft. Ist die Welt durch diese Pandemie gerechter geworden? Sicher nicht! Wenn mehr als 60 Prozent des Weltvermögens Männern gehört, wobei das Gesamtvermögen in diesem Jahr von 8,7 Billionen Dollar auf 10,2 Billionen Dollar gestiegen. Ich möchte damit nur sagen, dass die soziale Kluft nicht geschlossen werden konnte, sondern die Unterschiede haben sich zum Teil sogar noch verstärkt. Natürlich gibt es auch Gewinner der Krise – sie wurden heute schon genannt. Das ist natürlich der Bereich der pharmazeutischen Betriebe. Sie werden den Artikel in der "Zeit" mit dem Titel "Impfe und herrsche" vielleicht gelesen haben. Dort steht, dass hier eine neue geopolitische Weichenstellung über das Thema Impfen erfolgt. Das sind Dinge, die mir schon Sorgen machen. Wir müssen versuchen, gewisse Dinge richtiger und sozial gerechter zu gestalten. Wir werden nicht die Weltpolitik ändern und auch nicht die großen weltweiten Entwicklungen aufhalten, aber wir können auf Landesebene einige Akzente setzen. Es wurde auch viel über Nachhaltigkeit usw. gesprochen. Die Klimakrise ist eine Krise der Menschheit. Wenn wir sagen, dass wir jetzt alles in die Mobilität investieren, so wird das Grundproblem damit aber nicht gelöst. Wir müssen uns über die Endlichkeit von Ressourcen unterhalten müssen, und diese Bereitschaft werden wir in diesem Jahr haben müssen. Wir werden aber auch über Nachhaltigkeit von Wirtschaftsabläufen und wirtschaftlichen Tätigkeiten reden müssen. Dann werden wir auch über valide Konzepte und dazugehörige Finanzstrategien reden müssen.

Und damit komme ich zum Schluss. Die laufenden Kosten sind anzuschauen, wobei Personalkosten Fixkosten sind. Kollege Staffler, wenn im Bereichsübergreifenden Kollektivvertrag endlich etwas hinzukommt, ist das ein Kostenanteil, der im Bereich der Fixkosten liegt. Den müssen wir stemmen und da können wir auch nicht einsparen. Wenn wir schauen, wo die großen Akzente liegen, so sind sie nicht so falsch. Ich habe meinen Schülern immer gesagt, dass der Landeshaushalt das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm ist. Die Akzente sind im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich, im Sozialbereich. Sagen Sie mir, wo in diesem Haushalt die Akzente falsch gesetzt sind. Wenn wir sie durchleuchten, dann sagen Sie mir bitte konkret, wo Sie einsparen würden. Natürlich kann man sagen, dass es da und dort fehlt, aber bitte bringen Sie konkrete Vorschläge. Natürlich weiß immer jeder, wo etwas hinzuzufügen ist, aber wenn es darum geht, irgendwo etwas wegzunehmen oder umzuschichten, wird die Sache schon schwieriger. Diese Diskussionen werden wir dann gemeinsam führen. Wir werden in Zukunft noch mehr über die Hintergründe informieren und sichtbar machen müssen, dass Politik immer auch ein Weg der Kompromisse ist. Dem geht manchmal einen schmerzhaften Diskurs voraus. Eines hat mich erschreckt: Wenn vom Wert der demokratischen Grund- und Menschenrechte gesprochen wird – ich beziehe mich nicht auf notwendige Einschränkungen im Bereich des Gesundheitsschutzes – und gleichzeitig gesagt wird, dass es China mit seinem System schafft, eine Pandemie besser zu bekämpfen, so schockiert mich das. Wenn wir Angst vor demokratischen Debatten haben, die kritisch und schwierig sein dürfen und auch in einer Landesregierung Platz haben müssen – es ist der Mehrwert der Mehrheitspartei, dass wir eben vielfältig aufgestellt sind - ... Wir wollen diese Debatten nicht führen wollen, dann



habe ich wirklich ein Problem. Menschen sind auf die Straße gegangen und haben für diese demokratischen Grund- und Menschenrechte gekämpft, und wenn wir diese jetzt in Frage stellen, dann frage ich mich, was diese Pandemie mit uns gemacht hat. Das sollte es nicht sein! Ich freue mich auf viele schwierige politische Debatten und auf das Ringen für einen gemeinsamen Konsens. Das ist der Weg, den ich gerne mit Ihnen allen gehe. In diesem Sinne lassen Sie uns die wesentlichen Dinge nicht aus den Augen verlieren.

Ich schließe ab und danke noch einmal allen, die in diesem Jahr im Großen und Kleinen mitgeholfen haben, dieses Land gut durch die Krise zu bringen, die angepackt, geholfen und unterstützt haben und auch jetzt sehr viel ehrenamtlich helfen. Ich danke allen, die ihre Stimme erhoben, weniger für sich als auch für andere, für jene, die selbst sehr leise sind und deren Stimme in dieser Not auch oft verstummt ist. Danke allen, die helfen, konstruktiv mitzudenken und die bereit sind, die Herausforderungen, die im Jahr 2021 und in den Folgejahren auf uns warten, mit uns in der Landesregierung und hier im Landtag zu gehen. Wir brauchen jede und jeden einzelnen auf diesem Weg, und ich bin mehr als zuversichtlich und sicher, dass wir es mit diesen gebündelten Kräften und Stärken, die dieses Land und seine Menschen in diesem Jahr an den Tag gelegt haben, schaffen werden, durch die vielleicht noch anstehenden schwierigen Wochen und Monate zu kommen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, für Ihre Geduld und dafür, dass ich mitunter ein bisschen emotional geworden bin. Danke schön!

**PRÄSIDENT:** Vielen Dank, Frau Landesrätin! Consigliere Nicolini, oggi ho l'intenzione di chiudere alle ore 17.30, non so se Lei vuole intervenire per un quarto d'ora e poi riprendere domani mattina, o cosa intende fare.

**NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Penso che in un quarto d'ora dovrei aver finito il mio intervento. Ringrazio il presidente!

Abbiamo già parlato tanto di questa pandemia e di come ci ha cambiato la vita, quindi vorrei tornare un po' al filo del discorso e commentare la presentazione del disegno di bilancio che il *Landeshauptmann* ci ha fatto venerdì scorso.

Io ho apprezzato sinceramente la presentazione, ci sono state tante belle parole totalmente condivisibili, a partire dal richiamo all'unità e alla collaborazione, sul quale io credo che tutte le forze anche di opposizione abbiano dato la propria disponibilità, mai come in questo periodo ci siamo sentiti tutti uniti ad affrontare questo grande problema che abbiamo davanti a noi, ma anche per l'oggetto della presentazione, per le priorità che son state date devo dire che la presentazione è stata condivisibile.

Si è data priorità alla lotta al cambiamento climatico, dunque alla transizione energetica, alla digitalizzazione, quindi sburocratizzazione, alla formazione dove ci vogliono più risorse con uno sguardo sempre agli ultimi, dove nessuno deve rimanere indietro e questo è il programma del Movimento 5 Stelle. Se poi devo aggiungere anche il pauperismo e il sentimento francescano che è stato falsamente forse aggiunto anche dal collega di Fratelli d'Italia, direi che c'è proprio dentro la nostra *mission*, il nostro programma elettorale, le ragioni principali per cui esistiamo.

Io spero che queste parole non lo mettano in imbarazzo rispetto agli altri componenti di Giunta, perché vedo che sembra che ci sia una sorta di isolamento o una non condivisione totale rispetto a quali sono le priorità, vorrei però iniziare con questa via autonoma.

Si è già accennato che all'interno del discorso un punto che anch'io ho particolarmente condiviso è stato il fatto che la via autonoma non ha portato particolare fortuna, quella scelta verso maggio, e in autunno ci ha fatto piombare in una situazione che è peggiore rispetto a quella dei nostri vicini. Forse è stato il caso che ci ha portato in questa situazione, però qualche comportamento sbagliato probabilmente lo abbiamo avuto.

Io non sono contro una via autonoma per principio ma ero contro questa, perché la via autonoma, la *Südtiroler Weg* è stata adottata come un principio, in modo conflittuale rispetto a quello che era il resto della nazione, mi ha dato l'impressione che questa ricerca di più indipendenza non sia stata fatta sulla base di dati scientifici o guardando qual era l'interesse in campo medico, ma soprattutto su pressione della *lobby* e di alcune parti diciamo un po' più estremiste, quindi io credo che dobbiamo anche prendere la nostra via autonoma, ne abbiamo gli ambiti, ne abbiamo la possibilità, però sempre nel rispetto e nella ricerca di un consenso, nella ricerca di un dialogo.

In effetti le cose non sono andate bene anche perché noi pensavamo di avere una soluzione che facesse per noi, però i dati dimostrano che la pandemia è globale, la pandemia è dappertutto, agisce con estrema irregolarità, quindi nessuno ha la soluzione in mano.

Noi siamo stati tutti uniti quando c'è stato il grande *test* di massa, abbiamo partecipato, con tutte le opposizioni, anche noi eravamo orgogliosi e abbiamo cercato dal primo momento di supportare questa azione e l'abbiamo pienamente condivisa, però poi tutto questo sostegno ci chiediamo dove ci sta portando, perché i numeri stanno diminuendo come dappertutto con estrema lentezza e irregolarità e poi c'è un confronto anche un po' impietoso, non so se è perché abito nel confine meridionale della nostra provincia, però il Trentino è sempre rimasto una zona gialla pur avendo un andamento epidemiologico forse anche peggiore del nostro e quindi penso che questa penalità che abbiamo provato – per tutto il mese di novembre siamo stati prigionieri dei nostri Comuni, non tanto dei nostri confini nazionali, ma proprio dei nostri Comuni – l'abbiamo vissuta perché avevamo delle carenze strutturali e queste carenze strutturali arrivavano soprattutto dal settore sanitario, dove nonostante avessimo così tante risorse, perché è stato già ricordato, abbiamo 1,4 miliardi di euro, dunque abbiamo le risorse *pro capite* più alte di tutta Italia, però abbiamo avuto sempre questi ostacoli del personale sanitario e lì c'è proprio un problema, perché abbiamo più difficoltà degli altri a trovare il personale sanitario e lì ecco che si innestano alcuni problemi che abbiamo qui in Alto Adige, tipici nostri, che sono quelli della lingua.

Io ho sentito che alcuni prima di noi hanno detto che ci si è dimenticati di questa grande problematica, ci si è dimenticati del bilinguismo, però, come ha detto il precedente oratore, questa crisi ci ha dato anche un cambiamento nella prospettiva delle nostre priorità e dei nostri problemi e quindi abbiamo appreso con consapevolezza che forse all'interno di questa pandemia, di questi grandi problemi, ci sono problemi che rimangono problemi ma possono passare anche in secondo piano, ci sono delle priorità e la priorità è quella della salute, quindi è chiaro che dovremo anche fare delle deroghe rispetto a quello che è un obiettivo prioritario come la tutela della salute.

Vi dicevo, in Trentino sono andati avanti, adesso noi siamo zona arancione, dunque ci sembra di aver riconquistato tante libertà rispetto a come abbiamo vissuto nel mese scorso, però siamo stati penalizzati fortemente, anche le nostre attività economiche sono state penalizzate fortemente per una carenza strutturale della nostra provincia, perché l'andamento economico è stato uguale, però in Trentino si è continuato ad andare nei ristoranti. Abitando io anche vicino al Trentino, nei ristoranti di frontiera normalmente si parlava tedesco, perché erano anche ben frequentati dai nostri cittadini, però questa cosa ci ha fatto capire comunque che la pandemia è globale, non ha confini e quello che dobbiamo fare è gestire bene le nostre risorse per non cadere ancora in una situazione dove siamo peggio degli altri.

C'è da dire che, come in tutte le crisi, e in effetti le crisi sono anche normali, tutta la vita è fatta di crisi, crisi vuol dire cambiamento, questa crisi è stata particolarmente forte, comunque un dato comune di tutte le crisi è che sono sempre gli ultimi a pagarne maggiormente le conseguenze e anche in questo caso si è aperta la forbice e gli ultimi stanno scivolando nella depressione, nello sconforto, nella solitudine, tantissimi dei nostri cittadini ed è a questi prima di tutto che dobbiamo pensare.

Però è anche nostro compito cercare di alzare lo sguardo verso l'orizzonte, cercare anche delle soluzioni e io credo che proprio per il fatto che nelle crisi pagano gli ultimi, il nostro territorio, che per benessere e ricchezza non si trova tra i territori ultimi, dovrà probabilmente uscirne meglio degli altri se saprà adeguarsi a questo cambiamento e se saprà agire bene in questo momento così importante.

Tornando agli obiettivi che erano stati dati come priorità all'interno della legge di bilancio, per prima cosa era stato accennato al cambiamento climatico e lì spero che la Provincia faccia la sua parte e non vada soltanto al traino dello Stato. Sappiamo che a livello governativo statale la prima misura per combattere la crisi sia finanziaria-economica, ma anche ambientale è stato il *SuperEcobonus*, questa è una misura epocale, una misura che il Movimento 5 Stelle aveva già provato a portare due anni fa e adesso è il momento in cui bisogna mettere più risorse, adesso si sta proprio discutendo la proroga di questo provvedimento e la mia parte politica sta mettendo tutta la spinta che ha per far sì che avvenga questa proroga, ci sono già problemi anche all'interno della maggioranza di Governo, ma io credo che sia una cosa importantissima. Anche oggi la CNA, il mondo delle imprese, CasaClima, anche quel tavolo che era stato fatto qui, tutti chiedono di prorogare questo tavolo e fare anche degli adeguamenti a livello provinciale, esattamente quello che era in una mia mozione di un paio di mesi fa. Ed ecco allora che al di là delle parole, che sono condivisibili, spero che ci siano anche dei fatti che seguono, perché finora tutta questa volontà di combattere il cambiamento climatico e per la transizione energetica non si è fatto tanto.

Inoltre questo *SuperEcobonus* è una forte iniezione al mondo delle imprese, è giusto pagare chi lavora e non pagare le Casse Integrazioni, noi vediamo che questa iniziativa ha avuto un grandissimo successo,

perché è quasi impossibile attualmente trovare un professionista che sia disponibile e non sia oberato di lavoro per fare una valutazione sulla propria casa.

Quindi al di là degli aspetti ideologici, io chiedo alla Provincia di sostenere questo intervento, adattarlo anche alle caratteristiche della nostra provincia per far sì che abbia la maggiore effettività.

La seconda delle priorità che è stata accennata era la digitalizzazione e anche lì devo dire che se da una parte tutti sono d'accordo e condividono la sburocratizzazione e digitalizzazione, bisogna andare in questa direzione, nei fatti però vedo che c'è una fortissima resistenza nella Giunta a capire che cos'è la digitalizzazione, cos'è avere una pubblica amministrazione al passo coi tempi. Noi adesso siamo passati attraverso le elezioni comunali, quindi abbiamo sperimentato sulla nostra pelle quali sono i metodi arcaici addirittura del fare le scartoffie, le marche da bollo per tutti questi moduli avanti e indietro, ai tempi della digitalizzazione sono inaccettabili queste cose. Poi anche nel mondo delle imprese, per fare domanda di contributi tante volte l'imprenditore o si affida a società esterne perché la burocrazia che sta dietro alla domanda è talmente complessa, oppure rinuncia a fare domanda e abbiamo visto che invece con la digitalizzazione è molto più facile per il cittadino esercitare questo suo diritto, abbiamo visto quanto è facile chiedere il *Bonus Vacanze* ad esempio, adesso quanto è facile anche chiedere il *cashback*, è un modo per andare concretamente a implementare i benefici della digitalizzazione, è giusto che le banche dati siano interoperabili tra di loro, che ci si attivi di più su questi sistemi e soprattutto si capisca anche tutto il mondo che sta dietro alla digitalizzazione, che vuol dire competenza, che vuol dire sostenibilità digitale, autonomia digitale, sovranità digitale. Io su questi argomenti ho presentato tante volte delle mozioni o anche la telemedicina e sempre ho trovato una Giunta insensibile a queste richieste, anche il progetto FUSS, tanto per dire, andare verso l'*open source* significa dare risorse sul territorio e creare competenza sul territorio e non affidarsi alle multinazionali, perché pagare delle licenze *Microsoft* è come voler incrementare la cultura e dare a tutti un abbonamento a *Netflix*, è una forma di cultura anche questa, però dobbiamo capire che dobbiamo crearla la competenza digitale, non dobbiamo soltanto parlarne in belle parole, inoltre tutti i sistemi di digitalizzazione contribuiscono alla lotta all'evasione e a dare più diritti al cittadino, perché arrivano immediatamente.

Vedo che sono già le 17.30, magari faccio un accenno soltanto all'Alto Adige in Europa o come piccola Europa, anche questo passaggio mi trovava particolarmente d'accordo, anche se devo dire che per tante cose vedo che l'Alto Adige differisce molto nel modo di pensare rispetto ai principi europei, ma anche l'apertura che c'è in Europa.

Io sono rimasto colpito – è già stato accennato da un mio collega – da un intervento di venerdì scorso in occasione di un'audizione in commissione di inchiesta, normalmente sono abbastanza noiose, però abbiamo trovato una persona che ci spiegava un po' il sistema Alto Adige visto da fuori, era un'amministrativista di grande fama e diceva che mai in Italia si trovava a vedere una provincia che fa tantissima resistenza ad applicare il cambiamento, soprattutto quello dettato dall'Europa, come la Provincia autonoma di Bolzano, questo perché c'è una fatica proprio ad adattarsi al cambiamento. Ci sono delle situazioni di potere che sono molto resistenti a questo e noi dobbiamo sforzarci di cambiare, perché le capacità ce le abbiamo, noi ci consideriamo sempre una delle migliori province e migliori *Länder* europei, dove ci sono maggiori capacità, però vedo che quando c'è da parlare di tutela della concorrenza facciamo fatica a recepire questi principi, così come la trasparenza, ad esempio, e questi sono a tutela delle piccole e medie imprese, non sono a tutela dell'Europa, questi principi devono entrare all'interno dei principi della Giunta, che vedo che fa molta resistenza al cambiamento, veramente ci si basa ancora su tante logiche di vecchie *lobby*, deve cambiare proprio la mentalità, i modelli di *governance* sono diversi e questo tipo di Europa, questo tipo di principio lo dobbiamo adottare anche noi, non dobbiamo avere paura di confrontarci con l'esterno anche quando si parla di gare o quando si parla di competizione, perché noi abbiamo già un livello molto alto di capacità.

Sono stato chiamato in causa come Movimento 5 Stelle nel primo intervento dei Verdi e non ho capito perché in piena pandemia si invoca l'assembramento, ci si lamenta sul parlamentarismo, non so cosa c'entrasse il Movimento 5 Stelle o se è perché io non sono in sala, però io l'ho già detto, io credo che noi dobbiamo utilizzare questi sistemi moderni che esistevano ancora prima della pandemia e quindi dobbiamo imparare a usarli meglio. Tra l'altro lo *smart working* ha un effetto benefico su quello che è lo spostamento, la mobilità, c'è una riduzione enorme, noi dobbiamo per primi dare il buon esempio che si possono utilizzare questi mezzi senza avere paura che ci siano delle remore o delle minori capacità o problemi a usarle.

Leggevo proprio questa mattina che la pubblica amministrazione solo a livello ministeriale ha risparmiato 50 milioni ricorrendo allo *smart working* e questi soldi andranno tutti di nuovo agli impiegati pubblici sotto forma

di contratto integrativo, quindi noi dobbiamo puntare anche sullo *smart working* in modo molto forte, ne abbiamo la possibilità, quindi non capivo perché i Verdi hanno fatto una critica proprio al Movimento 5 Stelle.

Per chiudere, visto che sono arrivato al tempo in cui poi si inizia a fare qualcos'altro, l'ultimo appello è per i giovani, perché loro soffrono particolarmente in questa pandemia, i giovani, gli ultimi, le persone che non hanno voce, che non hanno una *lobby* dietro le spalle, che non possono parlare alla stampa, non possono accedere direttamente neanche in Consiglio o comunque far valere la propria voce. Io sono convinto che bisogna veramente fare qualcosa per i nostri giovani, soprattutto per gli adolescenti, perché stiamo togliendo loro una parte della vita così importante in questo periodo. Noi adulti ci siamo adattati presto, è diventata una quasi normalità, anche da imprenditore devo dire che si può ancora lavorare in questa pandemia, però dobbiamo pensare, stanziare delle risorse, far sì che possano ritrovare questa socialità, visto anche che loro poi col la digitalizzazione sono già un passo più avanti rispetto a noi. Grazie!

**PRÄSIDENT:** Bevor ich die Sitzung schlieÙe, teile ich mit, dass mittlerweile 30 Tagesordnungen eingegangen sind, von denen eine nicht zulässig ist.

Weiters teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

*Die Sitzung ist geschlossen.*

**Ore 17.35 Uhr**

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:  
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

DEEG (43)  
DELLO SBARBA (6)  
FOPPA (1)  
KNOLL (20)  
LADURNER (13)  
NICOLINI 47  
PLONER Franz (32)  
RENZLER (35)  
REPETTO (38)  
RIEDER 17  
URZÌ (19, 24, 25)